

Glocalist

REVIEW



Ausgabe Nr. 239-240/2009

Herausgegeben von:

Christian Neugebauer

Euro 3,- 24.08.2009

www.glocalist.com

office@glocalist.com

ISSN 1729-6722

Digitale Wochenzeitung von und für die Zivilgesellschaft | Gegr. 2003



INHALT

Editorial - Ein wenig in eigener Sache und vier Strategiefelder für eine
erfolgreiche Wende zur Nachhaltigkeit 4

Wochenrückblick

Größtes Solarkraftwerk Deutschlands eröffnet 5
Obama überreicht Medal of Freedom an Yunus 5
Umfrage: Konsumenten wollen Nachhaltigkeit 6
Aktion grüner Fuhrpark 7
Erneuerbare Energien schaffen täglich 80 Arbeitsplätze 7
EU: Steuerbehörden sollen zusammen arbeiten 8

VISION SUMMIT

Entstehung und Zielsetzung 2009 9

Wirtschaft

Welche Orientierung steuert die Globalisierung? Menschenbilder und
Leitbilder und ihre Wirkung – Vorschlag zu einer Zeitdiagnose;
Barbara Strohschein 10
Fehler im Finanzsystem - Wie Sparer sich vor weiteren Verlusten schützen
können; Jörg Schallehn 14
Die Subprime-Krise 2007/2008: Finanztechnische Modellierungsfragen und
Grenzen der Modellierbarkeit; F. J. Radermacher 17

Nachhaltigkeit

PhilosophieArena für Nachhaltigkeit 38
Einführung in die Nachhaltigkeitskritik; Davide Brocchi, Köln 40

CSR

CSR aus gewerkschaftlicher Sicht – Gastbeitrag von Claus Matecki. 44

Gutes Leben

Die Botschaft: Wer sich mal so richtig positiv fühlen will 46
Honig vom Teebaum haut Bakterien um: Ohne Beipackzettel 47
Studie: Bioprodukte besser für Körper und Seele 48

Entwicklungspolitik

WWF, Vattenfall und Germanwatch arbeiten zusammen 49

Ökologie

Manipulation: Nicht nur falsch – auch böse...

Greenpeace von BBC gelehmt Gerd Leipold beim BBC-Interview am 4.

August 2009. 50

Soziales

Am 19.8.09 wurde der 1. Welttag der humanitären Hilfe begangen . . . 52

Kultur

Tango-Theater: L'amour fou?! Die geliebte Stimme 54

EU-Report

Kurzmeldungen 55



IMPRESSUM:

Anschrift: Glocalist Medien, Bechardg. 16/20, 1030 Wien.

Tel: +43/1/710 16 46

Glocalist Medien - Berlin:

Rolandufer 13, 10179 Berlin-Mitte

Tel: +49/30/4005455-0

Fax: +49/30/4005455-20

Web: www.glocalist.com

Verleger/Eigentümer: „arbeitsraum-philosophie“ agentur für analoge und digitale kommunikationswirtschaft GmbH

Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer:

office@glocalist.com

Chefredaktion:

Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim

chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen:

anzeigenleitung@glocalist.com

Abonnement: www.glocalist.com

unter Menüpunkt „Abonnement“.

Bilder: Sofern nicht anders

angegeben: Archiv Glocalist Medien sowie Autorenbilder

BEIRAT ÖSTERREICH:

Anna Spinka, Industriellenvereinigung

Sigrid Greutter-Kuhn, debra-austria (Schmetterlingskinder)

Nicholas Hauser, Sekretär der GPA

Kurt Krickler, ist Mitbegründer und seither Mitarbeiter der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien

Wolfgang Pekny, Greenpeace -

Plattform Footprint

Dieter Schindlauer, Obmann des

Vereins ZARA

Christiana Weidel, Obfrau World of

NGOs

Ernst Kurt Weigel, Freier Autor &

Theatermacher

BEIRAT

DEUTSCHLAND: Michael

Assländer, Deutsches Netzwerk

Wirtschaftsethik Martin Dieckmann,

Referent für Medienpolitik und

Medienwirtschaft beim ver.

di-Bundesvorstand Stefan

Nährlich, Geschäftsführer der

Aktiven Bürgerschaft Peter Wahl,

GF „Weltwirtschaft, Ökologie &

Entwicklung – WEED“.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und LeserInnenbriefe wird keine Haftung und Gewährleistung übernommen. Der Herausgeber und die Redaktion behalten sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge drücken nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion aus und für Beiträge und ihren Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die AutorInnen. Unverlangte Sendungen, für die weder Verlag noch Redaktion eine Haftung übernehmen, werden nur dann zurückgesandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.

Ein wenig in eigener Sache

und vier Strategiefelder für eine erfolgreiche Wende zur Nachhaltigkeit

Zu viel Kraft in den Lungen, aber zu wenige Trompeten, so lässt sich die Stimmung in der Nachhaltigkeitsszene charakterisieren. Die Trompeten werden gerade in den verschiedenen Kreisen und Zirkel in Berlin und man höre und staune auch in München geschmiedet. Wien verharrt in der üblichen Bedeutungslosigkeit und schürft am nächsten sozialpartnerschaftlichen Konsenspapier.

Die Investorensuche für die Glocalist Medien dürfte bald zu einem Happy-End führen, zahlreiche „Endrunden“ resp. Drittrunden mit namhaften Verlagshäusern, Investoren der Verantwortung und mehr stehen an. Die Vorabbuchungen für die Relaunch Ausgabe des Glocalist Magazine im November - wo das Glocalist Magazine im neuen Kleid und erweiterten Fokus (Fairer Konsum und Wellness) im Rahmen des Vision Summit (November, Berlin 2009) als erstes europäisches Medium für Nachhaltigkeit auf Social Business Prinzipien präsentiert werden soll - liegen vor und spiegeln eine positive Grundstimmung wieder.

Zahlreiche Netzwerke und neue, alte Projekte stellen sich neu auf und erstmalig werden die Trittbrettfahrer der Nachhaltigkeit aussondiert. Unternehmen erkennen ebenfalls mehr und mehr die Nebenerwerbsethiker und Trittbrettfahrer.

Vor allem im Venture- und Finanzierungsbereich dürften absehbar gewaltige Nägel mit Köpfen entstehen wie auch in der Entwicklung und Aufbau von Webcommunities auf Grund neuer Technologieentwicklungen, aber auch der Erkenntnis, dass sich Menschen werden real und nicht nur virtuell vernetzen müssen.

Die Notwendigkeit der Wende zur Nachhaltigkeit ist in den Führungsetagen aufgeklärter Unternehmen angekommen, es fehlen

nun die richtigen Partner, Strategien, Projekte wie Unternehmen auf der Bürger- und zivilgesellschaftlichen Ebene wie auch aus der originären Nachhaltigkeitsszene. Einige Professoren werden in die wohl verdiente zweite Reihe zurücktreten müssen; ihre Bücher und Analysen waren und sind wichtig, aber jetzt geht es um das Machen konkreter, praktischer Lösungen. Als politische Führungsköpfe werden sie ebenfalls nicht wirken können, da sie von hahnenkämpferischen Eitelkeiten zerfressen sind. Aber man wird Think-Tanks der Nachhaltigkeit brauchen.

Vier Strategiefelder gilt es nun auszurollen, zu verdichten und zu entwickeln. Diese wurden von den Glocalist Medien entwickelt und als Strategie vom Genisis Institute (Berlin) und Humboldt Viadrina School of Governance (Berlin) adaptiert übernommen.

Die vier Felder, die nun mit konkreten Projekten, Unternehmen und Köpfen ausgestattet werden sollen, sind: Schaffung eines Unternehmensverbundes der Nachhaltigkeit, der nicht ausschließlich Verbandsziele vor sich herträgt, sondern konkrete Wertschöpfungsketten der Nachhaltigkeit schließt und schafft. Dieser Verband wird auf den Namen „Forum Zukunftsunternehmen“ hören und sich am 21. September in Berlin konstituieren.

Zweitens, braucht es Think-Tanks der Nachhaltigkeit mit einer kritischen Größe. Diese Größe wird über Netzwerkstrukturen geschaffen, wo das Genisis Institute und Humboldt Viadrina gerade vernetzen und verdichten.

Drittens, Schaffung von Medien 3.0. der Nachhaltigkeit, wofür die Glocalist Medien Beispiel sind und geben werden.

Und schließlich viertens, geht es um die Schaffung eines Finanzplatzes der Nachhal-



CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER

tigkeit in Europa; dieser soll in Berlin sein. Darum wird sich besonders meine Person bemühen; entsprechende erste Schritte wurden gesetzt und werden im Laufe von Mitte September der Öffentlichkeit präsentiert. Die Initiative für einen Finanzplatz der Nachhaltigkeit wird schließlich im Rahmen des Vision Summit breit vorgestellt werden.

Die Kraft in den Lungen ist da, es fehlen noch die Trompeten. Die werden gerade gebaut und die Glocalist Medien sind mit dabei. ■

Größtes Solarkraftwerk Deutschlands eröffnet

Das größte Solarkraftwerk Deutschlands hört auf den mythopoetischen Namen Lieberose und liegt in der Gemeinde Turnow-Preilack (Brandenburg). Ein ehemaliges Militärgelände - der größte Truppenübungsplatz der Sowjet-Armee - wird einer ökologischen Nutzung zugeführt und ökologisch saniert.

Der Solarpark Lieberose ist seit heute das größte Sonnenkraftwerk in Deutschland. Mit der gemeinsamen Montage des 560.000 Solarmoduls haben Bundesminister Wolfgang Tiefensee, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder, und der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck die Anlage zum bundesweit größten Photovoltaik-Park gemacht.

Das Solarkraftwerk gilt in vielerlei Hinsicht als ein besonderes Projekt der Solarbranche. Ein Investitionsvolumen von mehr als 160 Millionen Euro wurde auf den Weg gebracht, das mit einer Leistung von rund 53 Megawatt und einer Fläche von mehr als 210 Fußballfeldern die zweitgrößte Photovoltaik-Anlage der Welt ist.

„Der technologische Vorsprung ist ein Pfund, mit dem die ostdeutsche Solarbranche wuchern kann. Denn bei den neuen Energien ist der Kuchen noch nicht verteilt. Hier entwickelt sich Ostdeutschland zum Vorreiter. Wir wissen, es macht keinen Sinn mit China um die günstigste Fertigung zu konkurrieren. Vielmehr muss sich die ostdeutsche Solarindustrie auf ihre Stärken konzentrieren. Das sind auch das Wissen und Können, das in Unternehmen, Netzwerken, Forschungseinrichtungen und Universitäten gebündelt wird.“, sagte Minister Tiefensee heute bei der feierlichen Einweihung des Solarparks vor mehr als 300 Gästen.

Lieberose ist aber nicht nur in Leistung und Finanzierung beispielhaft, sondern auch ein Modellprojekt der Renaturierung militärischer Liegenschaften oder sonstiger Brachflächen. „Der Solarpark ist ein wichtiger Schritt auf unserem Weg, die Solarenergie in Brandenburg zu einem bedeutenden Wirt-

schaftsfaktor auszubauen. Ich schreibe dem Solarpark Lieberose zudem eine Vorbildfunktion in punkto Konversion zu.“, betonte der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck.

Bis Ende dieses Jahres soll Lieberose komplett ans Netz gebracht werden. Im voll ausgebauten Zustand werden dann rund 700.000 Dünnschicht-Module allein mit der Kraft der Sonne pro Jahr genug klimafreundlichen Strom erzeugen, um den Bedarf von rund 15.000 Haushalten zu decken.

Obama überreicht Medal of Freedom an Yunus

Am 12. August überreichte US-Präsident Barack Obama die „Medal of Freedom“ an Nobelpreisträger (2006) Muhammad Yunus für seinen Social Business Ansatz.

In einer feierlichen Zeremonie im Weißen Haus wurde am Mittwoch, 12. August, die „Medal of Freedom“, die höchste zivile Auszeichnung der USA, an Professor Muhammad Yunus verliehen. Ausgewählt wurden die diesjährigen Preisträger aufgrund ihres Engagements als „agents of change“ – als Wegbereiter für eine bessere Zukunft.

Präsident Obama hob insbesondere den unermüdlichen Einsatz eines jeden Preisträgers hervor, „die trotz Hürden und Hindernissen ihren Weg gegangen sind und die Welt besser gemacht haben“.

„Diese Auszeichnung bedeutet mir sehr viel und mit mir freut sich ganz Bangladesch. Der Preis ist ein Zeichen der Anerkennung. Es zeigt, dass unsere Arbeit Wirkung entfaltet und ermutigt uns, weiter zumachen“, so Yunus nach der Zeremonie im Weißen Haus.

Muhammad Yunus wurde für seinen Beitrag zur Bekämpfung der Armut geehrt, die er als größte Gefahr für den Weltfrieden sieht. 1983 gründete er die Grameen Bank, die zunächst Mikrokredite von oft weniger als fünf Euro an bedürftige Menschen in Bangladesch vergab. Mittlerweile gibt es acht Millionen Kunden in 40 Ländern – die Kreditausfallrate beträgt

dabei weniger als drei Prozent. 2006 wurden Yunus und die Grameen Bank mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Seine Idee des „Grameen Social Business“ setzt sich auch in Europa immer mehr durch. Nach einem Joint Venture mit Danone zur Versorgung der Bevölkerung mit einem preiswerten, angereicherten Joghurt, folgten Veolia mit einem Projekt zur Aufbereitung von Trinkwasser sowie die BASF als erstes deutsches Unternehmen mit Social Business Modellen für Nahrungsmittelzusätze und Moskitonetze. Alle Joint Ventures arbeiten dabei nach dem Prinzip der wirtschaftlichen und finanziellen Nachhaltigkeit – Gewinne verbleiben nach Rückzahlung des zinsfreien Anfangsinvestments im Unternehmen und werden in die Expansion und Verbesserung der Arbeitsbedingungen investiert.

Im November wird Professor Yunus auf seiner Deutschlandreise unter anderem auch Berlin besuchen und dort an den Feierlichkeiten anlässlich „20 Jahre Mauerfall“ sowie am Vision Summit teilnehmen, die in diesem Jahr unter dem Leitmotiv „Another Wall to Fall“ steht; gemeint ist damit die Überwindung der Armut in der Welt durch den Social Business-Ansatz.

„Das Thema CR ist gesellschaftlich zu wichtig geworden, um es zu ignorieren. Unternehmen müssen daher im eigenen Interesse eine ganzheitliche CR-Strategie entwickeln und in ihre Unternehmensstrategie einbinden“, sagt Regina Schmidt, Partnerin im Competence Center Consumer Goods&Retail bei Roland Berger Strategy Consultants.

Die internationale Strategieberatung hat zusammen mit GfK Panel Services Deutschland die Einstellungen der Konsumenten zum Thema CR abgefragt und sie mit dem tatsächlichen Kaufverhalten verglichen. Basis sind jeweils 20.000 analysierte Haushalte der GfK-Haushaltspanels (GfK Consumer Scan und Consumer Scope). Aus den Befragungen ergeben sich fünf Konsumententypen, die sich hinsichtlich ihrer CR-Einstellungen und -Anforderungen unterscheiden: den „Verantwortungsbewussten Engagierten“, den „Kritisch Konsumierenden“, den „Fortschrittlichen Macher“, den „Ich-zentrierten Genießer“ und den „Eigenverantwortlichen Familienmenschen“.

Die Zustimmung zur Frage „Kaufen Sie umweltverträgliche Produkte?“ bei den „Verantwortungsbewussten Engagierten“ mit 58 Prozent und bei den „Kritisch Konsumierenden“ mit 59 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Diese beiden Konsumentengruppen geben entsprechend überdurchschnittlich viel beispielsweise für ökologische Wasch- und Reinigungsmittel aus. Beispiel Bio-Produkte: Jeweils 32 Prozent der „Verantwortungsbewussten Engagierten“ und der „Kritisch Konsumierenden“ geben an, dass sie bei Nahrungsmitteln lieber Bioprodukte kaufen. Sie liegen damit nicht nur in Bezug auf ihre Einstellung über dem Durchschnitt der Bevölkerung (21 Prozent), sondern geben auch tatsächlich einen größeren Anteil ihrer Nahrungsmittel-Ausgaben für Bio-Produkte aus.

Die verschiedenen Konsumententypen kaufen nicht nur unterschiedliche Produkte, sie gehen auch anders einkaufen. Die Gesamtausgaben der „Verantwortungsbewussten Engagierten“ und die „Kritischen Konsumenten“ sind im Vergleich zu den anderen CR-Konsumententypen mit 25.573 Euro bzw. 24.332 Euro pro Jahr am höchsten.

Umfrage: Konsumenten wollen Nachhaltigkeit

Konsumenten wollen ein sozial und ökologisch verantwortliches Management und nehmen dafür nachweislich höhere Preise in Kauf. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie von Roland Berger Strategy Consultants in Zusammenarbeit mit GfK Panel Services Deutschland.

Die Studie analysiert Einstellungen der Konsumenten zum Thema CR und stellt sie dem tatsächlichen Kaufverhalten gegenüber. Das Ergebnis: Konsumenten mit hohen CR-Ansprüchen sind eine starke Zielgruppe. Es lohnt sich also für Unternehmen, CR ganzheitlich in ihr Geschäftsmodell zu integrieren: Richtig umgesetzt, lässt sich damit gutes Geld verdienen.

Aktion grüner Fuhrpark

*Der VCD möchte Unternehmen helfen, den Kraftstoffverbrauch zu senken, Kosten zu sparen und die Umwelt zu entlasten. Mit dem Projekt *Grüne Flotte im Betrieb“ sollen vor allem KMUs beraten werden.*

Steigende Kraftstoffkosten und zunehmende Fahrtbeschränkungen für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß stellen Unternehmen mit eigenem Fuhrpark vor große Herausforderungen. Im Rahmen seines neuen Projekts *Grüne Flotte im Betrieb“ möchte der ökologisch orientierte Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) Möglichkeiten aufzeigen, wie Unternehmen ihren Kraftstoffverbrauch reduzieren und den Schadstoffausstoß ihrer Fahrzeugflotte verringern können. Dabei sollen gezielt kleine und mittlere Unternehmen beraten werden, denen meistens das Wissen über mögliche Alternativen, häufig aber auch die Zeit fehlt, sich im Tagesgeschäft damit zu beschäftigen.

*Oft sind es einfache Maßnahmen, mit denen der Kraftstoffverbrauch reduziert, Kosten gesenkt und die Umwelt entlastet werden kann“, betont VCD-Experte Michael Müller-Görnert. Der richtige Reifendruck spare beispielsweise zwei Prozent Sprit, und ein Routenplaner, der die kürzeste Strecke auswählt, schone nicht nur Nerven, sondern an der Tankstelle auch den Geldbeutel. Große Einsparpotenziale beim Kraftstoffverbrauch hängen jedoch nicht allein von der Technik ab, sondern auch vom Fahrer. Durch entsprechendes Fahrtraining könne der Verbrauch eines Pkw um bis zu einem Viertel gesenkt werden, bei Lkw seien es immerhin bis zu 15 Prozent. Wer schon bei der Neuanschaffung auf einen niedrigen Verbrauch achte, spare bereits ab dem ersten Kilometer. Aber auch die passende Fahrzeuggröße und die Art des Antriebes beeinflussten die Betriebskosten enorm.

Der VCD wird im Rahmen seines neuen Projekts die einzelnen Maßnahmen in einem Leitfaden hinsichtlich ihrer Kosten und ihres Nutzens erläutern und ihre Wirkung durch Praxisbeispiele untermauern. Zusätzlich sollen einzelne Unternehmen individuell beraten werden, wie sie ihren Fuhrpark ökonomisch und ökologisch optimieren können.

*Fast elf Prozent aller Autos in Deutschland gehören zu einem Firmenfuhrpark. Deshalb dürfte es gerade bei den derzeitigen Spritkosten für Firmen einen hohen Anreiz geben, sich zu

informieren und aktiv zu werden“, vermutet Müller-Görnert und ergänzt: *Wir rufen alle interessierten kleinen und mittleren Unternehmen auf, sich in den kommenden Monaten an uns zu wenden.“

Das Projekt *Grüne Flotte im Betrieb“ wird finanziell unterstützt von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt und läuft von Juni 2009 bis Oktober 2010.

Erneuerbare Energien schaffen täglich 80 Arbeitsplätze

Die Branche der Erneuerbaren Energien ist ein zuverlässiger Jobmotor in Deutschland. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) beschäftigen Anlagenhersteller, Zulieferer und Planer rund 280.000 Menschen. Eine Jobplattform gibt Auskunft.

Allein im vergangenen Jahr ist die Zahl der Arbeitsplätze um 30.000 gestiegen – das sind etwa 80 neue Arbeitsplätze pro Tag.

Seit 1998 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Branche der Erneuerbaren Energien vervierfacht (+332 %). Im Vergleich dazu legten Wirtschaftszweige wie die Automobilindustrie in den letzten zehn Jahren nur schwach zu (+5 %) oder reduzierten ihre Belegschaften, wie die Textilindustrie (-37 %) oder der Braun- und Steinkohlebergbau (-35 % bzw. -58 %).

Der Bedarf an Fachkräften ist im Bereich Erneuerbare Energien trotz Wirtschaftskrise weiterhin hoch: Einer Untersuchung des Wissenschaftsladens Bonn zufolge ist die Zahl der Stellenangebote im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent gestiegen. Diesen Trend haben auch Universitäten und Fachhochschulen erkannt. Mehr als 250 Studiengänge setzen einen Schwerpunkt in diesem Bereich.

Karriere in der erneuerbaren Energiebranche

Über Studium, Ausbildung und Berufseinstieg in die Branche der Erneuerbaren Energien informiert www.erneuerbare-karriere.de. Das neue Online-Angebot der Agentur für Erneuerbare Energien liefert Schülern, Studenten, Berufsanfängern und Quereinsteigern Wissenswertes zum Arbeitsmarkt der Erneuerbaren Energien.

Jobprofile und Unternehmensportraits geben Einblicke in die vielfältigen Berufsbilder von Wind- und Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie. Eine interaktive Karte mit Forschungsinstituten im Bereich Erneuerbare Energien schafft Orientierung für Unternehmen, Doktoranden und wissenschaftliches Personal. Links zu Stiftungen und Förderprogrammen runden das Angebot ab.

„Die Branche benötigt gut ausgebildete Fachkräfte, die etwas bewegen wollen“ sagt Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien. „Frische Ideen sichern die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Branche und bringen uns den Klimaschutzziele näher. Deshalb ist ein umfassendes Informationsangebot im Internet sehr wichtig, um Jobangebote und Bewerber zusammen zu bringen,“ so Mayer weiter.

EU: Steuerbehörden sollen zusammenarbeiten

Um Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen, schlägt nun die EU-Kommission Maßnahmen für eine wirksamere Zusammenarbeit der Steuerbehörden vor. Die Eurofisc soll dafür geschaffen werden.

Schon 2006 startete die EU einen Gedankenaustausch zwischen allen betroffenen Parteien über eine europäische Strategie zur Bekämpfung. In einer Mitteilung der Kommission wurde festgestellt, dass der Steuerbetrug immer besorgniserregendere Ausmaße annimmt und dass es für die Mitgliedstaaten immer schwerer wird, im Alleingang dagegen vorzugehen.

Im Rahmen ihrer Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs hat die Kommission gestern einen Vorschlag für eine Neufassung der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer angenommen. Damit soll ein Rechtsrahmen für den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden erweitert und verstärkt werden.

Einer der Schlüsselpunkte des Vorschlags ist die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Einrichtung von Eurofisc, einer gemeinsamen operativen Struktur, die den Mitgliedstaaten ein rasches Eingreifen bei der Bekämpfung von grenzüberschreitendem MwSt-Betrug ermöglicht. Außerdem verabschiedete die Kommission heute einen Bericht über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden.

László Kovács, für Steuern und Zollunion zuständiges Kommissionsmitglied, sagte hierzu: „In der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist eine wirksame Bekämpfung des Steuerbetrugs wichtiger denn je, und der Schlüssel dazu ist eine gut funktionierende Zusammenarbeit der Steuerbehörden. Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, den Steuerbehörden alle technischen und rechtlichen Möglichkeiten an die Hand zu geben, damit sie gegen europaweiten MwSt-Betrug vorgehen und sicherstellen können, dass jede Steuerbehörde das Steueraufkommen anderer Mitgliedstaaten genauso wirksam schützt wie das eigene.“

Eines der Elemente des Vorschlags mit dem höchsten Neuerungswert ist die Einrichtung von Eurofisc. Es handelt sich um eine operative Struktur, die es den Mitgliedstaaten in der Praxis ermöglicht, gemeinsam gegen Betrug vorzugehen. Sie soll einen sehr schnellen Austausch sachdienlicher Informationen zwischen allen Mitgliedstaaten und die Einführung einer gemeinsamen Risikoanalyse und einer gemeinsamen strategischen Analyse ermöglichen. Dadurch können die Mitgliedstaaten Betrug rechtzeitig unterbinden und Betrüger dingfest machen; darüber hinaus werden das Entstehen und die Verbreitung neuer Betrugsmuster in der Gemeinschaft erschwert.

Der Vorschlag der Kommission sieht weiters den Austausch der Informationen der Datenbanken unter den Mitgliedstaaten vor, die Vereinheitlichung der Datenqualität und die Möglichkeit einer Validierung der Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer für Geschäftsleute. Die Mitgliedstaaten bekommen die erforderlichen Instrumente für eine engere Zusammenarbeit und einen rascheren Informationsaustausch in die Hand und sind gemäß der neugefassten Verordnung auch gemeinsam für den Schutz der Mehrwertsteuereinnahmen in allen Mitgliedstaaten verantwortlich. ■

VISION SUMMIT - Entstehung und Zielsetzung

Das innovative internationale Konferenzformat des VISION SUMMIT wurde 2007 von Peter Spiegel in seiner damaligen Rolle als Generalsekretär des Global Economic Network ins Leben gerufen. Seit seiner Gründung im August 2008 ist das GENISIS Institute unter der Leitung von Peter Spiegel Veranstalter des VISION SUMMIT. Der erste "Gipfel der Visionen" fand anlässlich des G8-Gipfels 2007 in Deutschland statt, um die besten „Concepts for the Future“ - zukunftsorientierte Konzepte für die Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme wie Armut, Klimawandel und Ressourcenknappheit - auszuwählen und vorzustellen. Der VISION SUMMIT ist bewusst ausschließlich lösungsorientiert ausgerichtet. Die zur Vorstellung ausgewählten Konzepte müssen zugleich visionär und umsetzbar sein sowie echte Entscheidungshilfen für eine systemisch bessere Gestaltung der großen globalen Herausforderungen darstellen.



FRIEDENSNOBELPREISTRÄGER YUNUS ERÖFFNET DEN VISION SUMMIT 2008

VISION SUMMIT 2009

8. November in Berlin

Der diesjährige VISION SUMMIT wird am 8. November in Berlin unter dem Motto "SOCIAL BUSINESS: ANOTHER WALL TO FALL" veranstaltet. In Anlehnung an den am 9. November stattfindenden 20. Jahrestag des Berliner Mauerfalls rückt der VISION SUMMIT 2009 die Frage in den Fokus, welche Mauer als nächstes fallen muss: Die Mauer der Armut. Inhaltlicher Schwerpunkt wird auch dieses Jahr das Thema Social Business als nachhaltige Lösung für die weltweite Armutsbekämpfung sein. Neben Muhammad Yunus werden nach aktuellem Stand zahlreiche weitere Friedensnobelpreisträger und internationale Vordenker teilnehmen, um gemeinsam den starken Impuls zu setzen: Spätestens in 20 Jahren muss die Mauer der Armut endgültig weltweit überwunden sein! Umfassende Informationen unter www.visionsummit.org.

Glocalist Medien sind Medienpartner des Vision Summit 2008 und 2009.

Welche Orientierung steuert die Globalisierung?

*Menschenbilder und Leitbilder und ihre Wirkung
Vorschlag zu einer Zeitdiagnose*

Dr. Barbara Strohschein



Alles verändert sich rasant und global, und keiner weiß, wohin und wie. Wer sind wir und was wollen wir? Das sind Fragen, die in der Luft liegen und die nicht beantwortet sind. Die Ursache dafür liegt in der global wirkenden Orientierungslosigkeit. Die Frage nach der Orientierung wiederum hängt mit diesen Fragen zusammen: Welche Menschenbilder wirken wo? Welche Leitbilder gelten wie?

Was Menschenbilder und Leitbilder sind

„Menschenbilder“ zeigen sich in „sichtbaren“ Bildern in der Kultur- und Alltagswelt. Sie entstehen aus der nationalen Kultur, aus sozialen Schichten. Sie existieren jedoch auch als individuelle, „unsichtbare“ Vorstellungen vom Menschen. Sie prägen den Einzelnen aus den Erfahrungen in seiner Familie, die beeinflusst wird durch die Gesellschaft, in der sie lebt. Beide

Arten von Menschenbildern sind mit Urteilen und Klischees verbunden, wie „man zu sein hat“.

Leitbilder hingegen leiten sich aus verbindlich geltenden Glaubens- und Wissenssystemen ab und vermitteln Werte, wie z.B. im Christentum oder im Sozialismus.

Menschenbilder wie Leitbilder sagen etwas über die Wertsetzungen in einer Gesellschaft aus. Selten jedoch wird darüber nachgedacht, woher diese „Menschenbilder“ kommen und wie sie massiv und unbemerkt wirken – gleich, ob sie sichtbar und ausgesprochen werden oder unsichtbar und unformuliert bleiben.

Menschenbilder und Leitbilder in der Globalisierung?

Die grenzüberschreitende Globalisierung (als Bezeichnung von übernational wirkenden Prozessen) ist konfrontiert mit Grenzen aller Art: Grenzen zwischen Nationen, Grenzen der Verständigung zwischen Kulturen und Religionen.

In diesen „Grenzen“ wirken jeweils Menschen- und Leitbilder, die notgedrungen kulturbedingt sind. Ein Inder, ein Afrikaner, ein Europäer, ein Amerikaner, ein Russe, ein Chinese haben sehr verschiedene Vorstellungen vom Menschen und davon, wie dieser handeln soll. Doch diese Kulturbestimmtheit ist meist nicht bewusst: Einfach deshalb, weil die Kultur, in der ein Mensch lebt, so selbstverständlich ist. Sie wird erst bewusst, durch das Kontrasterlebnis, also wenn eine andere Kultur direkt „erlebt“ wird.

Diese Grenzbestimmtheit macht deutlich, dass die Globalisierung an sich keine Menschenbilder und auch keine Leitbilder hervorbringen kann.

Die Globalisierung hat kein „Subjekt“, keine „Institution Staat“ oder ein verbindliches Gesellschaftssystem, das übernational gilt.

Wie Menschenbilder das Denken und Handeln beeinflussen

Obgleich die Wertzuschreibungen, die in den Menschen- und Leitbildern liegen, nicht bewusst sind, steuern sie emotional das Handeln, Denken und Fühlen. Sie wirken sowohl kollektiv wie individuell: Wer in einem Land aufwächst, in dem die Frauen nur verschleiert auf die Straße gehen dürfen, wird mit westlich geprägten, emanzipierten Frauen seine Not haben. Wenn ein Mann in einer Familie groß wird, in der jemand nur dann etwas gilt, der Erfolg hat, wird mit Erfolglosigkeit seine Schwierigkeiten haben. Wenn ein Kollege in einem Team als machtbeseßten gilt, wird er Probleme haben, seine Mitmenschen davon zu überzeugen, dass er auch andere Seiten hat. Wenn ein Staat von einem anderen feindlichen Staat als terroristisch und militärisch aggressiv eingestuft wird, werden die Friedensverhandlungen von wenig Erfolg gekrönt sein.

Diese kollektiven wie individuellen „Bilder“ mit den entsprechenden „Urteilen“ und Wertzuschreibungen sind schwer oder gar nicht zu verändern. Sie sitzen fest und sind „erfahrungsresistent“. Dies umso mehr, wenn sie im Dienst eigener ungelöster (politischer oder psychischer) Konflikte stehen: Das heißt, wenn sie gebraucht werden, um das eigene (politische oder psychische) Gleichgewicht zu erhalten.

Dieser Wirkmechanismus erklärt die Ursachen für viele Krisen im zwischenmenschlichen Bereich wie auch in internationalen Konflikten.

Soziale Typen in der Globalisierung

Wenn von Menschenbildern oder Leitbildern in der Globalisierung nicht die Rede sein kann, wäre zu fragen: Welche Menschentypen bringt die Globalisierung weltweit hervor? Und welche „Wertungen“ sind damit verbunden? Nach Max Weber sind dies soziale Typen, Menschengruppen mit vergleichbaren Charakteristika und Lebensumständen:

Der arbeitslose Mensch, die machtlosen Verlierer

Durch Maschinisierung der Arbeitswelt werden viele Menschen als Arbeitskraft nicht mehr gebraucht, ohne daß dadurch der Produktionszuwachs beeinträchtigt wäre. Die Folge ist eine weltweit zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der Menschen dieser Gruppe nimmt rapide zu. Die Betroffenen sind nicht organisiert, haben keine Lobby.

Der entmachtete und entrechtete Mensch

Die Macht der Gewerkschaften ist fast auf den Nullpunkt gesunken. Das hat zur Folge, dass die Arbeitnehmer immer weniger geschützt sind. Das gilt nicht nur für die westlichen Länder, sondern noch mehr vor allem für das südöstliche Ausland. Die Auslagerung der Produktionsstätten führt dazu, dass Menschen zwar Arbeit bekommen, jedoch unter Bedingungen, die z.B. in Europa undenkbar wären.

Der global vernetzte Wissens-Mensch

Wissenschaftler und Kulturschaffende fühlen bestimmten Zielen verpflichtet und vernetzen sich über ihre nationalen Grenzen hinaus. Zu dieser Gruppe zählen auch die Peacemaker, Peace Research-Wissenschaftler, Umwelt-NGOler, wie auch die Unternehmer, die im Kontext des social business tätig sind, neue Formen der Marktwirtschaft finden und sozial-ökologische Projekte realisieren. (Zum Beispiel Prof. Yunus.)

Der interkulturell arbeitende Mensch

Viele Führungskräfte, die ins Ausland gehen, werden nicht auf die neue Situation vorbereitet. Sie wissen nicht, mit welchen Kulturstandards sie zu rechnen haben. Ihr Augenmerk richten sie auf rein geschäftliche Aspekte, ohne dass sie in Betracht ziehen, dass jedes Unternehmen in einen kulturspezifischen Kontext eingebunden ist. Die Konflikte sind vorprogrammiert. (Untersuchungen dazu von D.Flader)

Der flexible Mensch ohne soziales Netz

Von immer mehr Menschen, vor allem aus der Medien-, Kreativ- und IT-Branche, wird Flexibilität verlangt, wenn sie ihren Arbeitsplatz behalten wollen. Dieser Flexibilitätsanspruch führt zu Desorientierungen, Heimatlosigkeit, Bindungslosigkeit. Wer dauernd hin- und hergeschoben wird oder sich hin-

und herschieben lässt, ist gut manipulierbar. (Analysen dazu von R. Sennett)

Der grenzenlosen Globalplayer

Eine winzig kleine Minderheit von Reichen erlebt die ökonomischen Vorzüge der Globalisierung. Die Individualisierung geschieht hier auf „höchster Ebene“. Die Privilegien ermöglichen Handlungsspielräume, die kaum eingeschränkt sind. Doch die Empathiefähigkeit der globalplayer ist in der Regel begrenzt, weil sie von konkreten Erfahrungen mit Menschen aus anderen Milieus abgeschottet sind und in einer eigenen „Welt“ leben.

Die riskant Ausgegrenzten

Wer keine Ausbildung genossen hat, ist nicht nur Verlierer, sondern zudem gefährdet und gefährlich. Zu diesem Typus zählen nicht nur die Rechtsradikalen der westlichen Länder, sondern auch die Terroristen vor allem aus arabischen resp. islamischen Ländern. Zu den riskant Ausgegrenzten zählt auch die lost generation, die passiv, arbeitslos, unmotiviert und ohne jede Zukunftsperspektive ist: Jugendliche, die in keiner Weise qualifiziert sind oder wurden. Keine Bildung und keine Perspektive sind dabei die geeignetsten Voraussetzungen für Radikalismus jeder Art.

Der globale Mensch als Marktteilnehmer

Kein Mensch kann sich dem „Markt“ entziehen – völlig gleich, wo er und wie er lebt und denkt. Der Markt wirkt als global wirkendes Verkaufs- und Kaufsystems. In ihm werden Angebot und Nachfrage bestimmt. Nach seinen Gesetzen wird geregelt, wer ersetzt wird und wer nicht, wer Macht hat und wer nicht.

Das Menschsein ist heute verknüpft mit der Grundfrage nach seiner Verwertung. Alles, was nicht verwertbar scheint (so wie er selbst auch), wird abgestoßen.

Der „Marktmensch“ ist als ein konsumierendes, kaufendes und seine Arbeit verkaufendes Einzelsubjekt in verschiedenen Funktionszusammenhängen zu definieren, das sich nach Preisen, aber nicht nach Werten zu richten hat. Ein „neues Menschenbild“?

Es gibt heute keinen Wertekanon der Globalisierung, in dem Maßstäbe für übernationales Handeln gesetzt sind. Daher ist es auch in der nationalen Wirtschaft und Politik, die in einem globalen Zusammenhang steht, völlig unklar, wer das „Subjekt“ des Handelns und das „Subjekt“ der Zukunft sein soll, für das geplant wird: etwa der Markt?

Die Frage, wie es zu einem neuen Bewusstsein des Menschen und seiner Wertigkeit an sich kommen kann, bleibt offen. Menschenbilder und Leitbilder formen sich in einer Epoche. Welche werden es in der Epoche der Globalisierung sein, über die Grenzen hinaus?

Das hängt von der Frage ab, wie bewusst Menschen aller Länder sich global langfristig zu sich selbst, zu ihrer Gattung und ihren Lebensbedingungen verhalten. Mit Idealismus oder einer Doktrin wird diese Frage nicht zu beantworten sein. Dafür mit Vernunft und dem Selbsterhaltungstrieb und der Einsicht, dass die Realität nicht von Zwängen, sondern von Menschen gemacht wird. Sie können sich und ihre Lebensbedingungen zerstören wie erhalten – je nachdem, welche Menschen- und Leitbilder ihnen wichtig erscheinen.

Über „Zerfall“ und Wertewandel wird allzeit diskutiert und geklagt. Zerfall heißt Zerstörung. Doch Zerstörung bedeutet auch das Verschwinden von dem, was nicht mehr den Notwendigkeiten der Zeit entspricht. Notwendig scheint jedoch das Leben, wenn man es denn will.

Dr. Barbara Strohschein, Studium der Philosophie, Psychologie und Soziologie, Promotion an der Universität Hamburg, lebt als Philosophin, Autorin und Coach in Berlin. Sie ist als wissenschaftlicher Rat in der Vermögensakademie, Bonn-Bad Godesberg tätig und forscht in einem Projekt zum Thema »Management und Ethik«. Als Lektorin und Redakteurin war sie in Redaktionen und Verlagen und als Moderatorin in Rundfunk und Fernsehen aktiv. 2006 gründete sie cor amati, ihre philosophische Praxis für Werte, für Einzelberatung und Teams.
www.coramati.de

Fördergemeinschaft  Deutsche Kinderherzzentren e.V.

Kleine Herzpatienten brauchen auch Ihre Hilfe!



Alle 84 Minuten kommt in Deutschland ein Kind mit einem angeborenen Herzfehler zur Welt. Die meisten Babys mit dieser häufigsten Organfehlbildung bei Neugeborenen können heute aufwachsen wie ihre gesunden Altersgenossen. Dafür setzen wir uns seit 20 Jahren mit der Unterstützung unserer Spender ein.

Trotz aller medizinischen Fortschritte gibt es auch heute noch viel zu tun: Denn jeden Tag werden 12 kleine Herzkinder operiert, jeden Monat 2 Herztransplantationen bei Kindern durchgeführt und jedes Jahr brauchen über 600 Kinder und Jugendliche eine mitwachsende Herzklappe.

Bitte helfen auch Sie mit, damit wir wichtige Forschungsprojekte fördern und Diagnostik und Behandlung weiter verbessern können!

Spendenkonto:

Bank im Bistum Essen

Konto: 23 230

BLZ: 360 602 95

www.kinderherzen.de

Fehler im Finanzsystem –

Wie Sparer sich vor weiteren Verlusten schützen können

Jörg Schallehn



Im siebten Jahrhundert vor Christus entdeckte König Midas, dass sich aus einem begrenzten Vorrat an Münzmetall weit mehr Münzen herstellen lassen, wenn man den Metallgehalt je Münze stark reduziert. Das Geldangebot wurde so von seiner Begrenzung durch die verfügbaren Geld-Rohstoffe gelöst. Für den Markt gab es fortan keine Finanzierungsengpässe mehr. König Midas befriedigte die zunehmende Geld-Nachfrage und stellte die benötigten Finanzierungsmittel zur Verfügung. Diese Rolle übernehmen heute die Banken mit ihrer Kreditwirtschaft. Doch das System leidet seit seiner Erfindung unter einem schwerwiegenden Konstruktionsfehler: einer getrennten Kontrolle von Geld und Kredit. Daraus wurde heute eine Finanzblase von 500 Billionen US-Dollar geschaffen. Die Gefahr einer Inflation ist stark gestiegen und selbst

eine Währungsreform ist möglich. Sparer sollten sich schützen und ihr Portfolio neu strukturieren. Aus Sicht der Vermögensakademie wird daher ein rascher Ausstieg aus den Nominalwerten empfohlen.

Problematik

Das Chaos im Finanzsystem ist entstanden, weil vier grundlegende Kernsätze des Wirtschaftens missachtet wurden:

1. Kreditaufnahme heißt immer: Sich heute leisten, was erst morgen durch Sparen möglich gewesen wäre. Bezogen auf ihr eigenes Grundkapital müsste die Deutsche Bank mind. 68 Jahre sparen.

2. Es muss eine Balance bestehen zwischen der (wert-)schöpfenden Kraft, d.h. dem persönlichen Vermögen, und den eingegangenen Verpflichtungen. In der Sprache der Banken bedeutet dies die Prüfung von Kreditwürdigkeit (Wie habe ich mich in der Vergangenheit verhalten?) und Kreditfähigkeit (Kann ich heute sicherstellen, dass ich meinen zukünftigen Verpflichtungen nachkommen werde?).
3. Geld gewinnt seine Eignung als Tauschmittel durch seine Herkunft als erstrangiger Schuldschein auf Eigentum. Zu viel Geld bedeutet zu viele Schulden und eine Entwertung der Tauschmitteleinheit.
4. Eigentum wird beliehen und Besitz wird bewirtschaftet.

Viele Wirtschaftsteilnehmer haben weder verstanden, welche primäre Aufgabe Geld hat, noch unterscheiden sie Eigentum und Besitz¹ und schon gar nicht berücksichtigen sie in angemessener Weise persönliches Vermögen.

Auswirkungen

Infolge der Globalisierung ist kein Staat der Erde mehr vor Finanzkrisen sicher. Die Staaten können das Geld der Sparer weder schützen noch die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten garantieren. Die regelmäßige Wiederkehr solcher Krisen ist diesem System eingeschrieben. Geld wird geschöpft, die Preise explodieren, weil Marktteilnehmer künstlich geschaffen werden. Da diese nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, werden Wertsteigerungen nur vorgegaukelt. Damit handelt es sich in Wahrheit lediglich um Preissteigerungen, die nicht von Eigentum gedeckt sind. Zentralbanken, Geschäftsbanken, und Politik haben sich nicht an die oben genannten Grundregeln des Wirtschaftens gehalten. So konnte eine Blasenwirtschaft entstehen, die inzwischen überirdische Dimensionen angenommen hat: Allein 500 Billionen US-Dollar an Derivaten wurden auf-gebaut, die lediglich 50 Billionen US-Dollar des Welt-Bruttoinlandsprodukts gegenüberstehen. Damit ist die Gefahr einer Inflation gestiegen. Wie heftig wird sie ausfallen? Alles ist möglich – von einer norma-

len über eine galoppierende bis hin zu einer Hyperinflation, am Ende eventuell die Währungsreform? Der gemeinsame Nenner einer Inflation ist die Entschuldung von Staaten und Banken auf Kosten der Sparer und Steuerzahler.

Empfehlung

Wir empfehlen jedem einzelnen Sparer eine grundlegende Analyse der Vermögenszusammensetzung. In Anbetracht der mittelfristigen Inflationsgefahr ist von Investitionen in Nominalwerte abzuraten. Stattdessen sollte der Fokus auf Sachwerte liegen, um das Portfolio mit mehr Stabilität und Sicherheit auszustatten. Die Höhe von vorhandenen Krediten, die ebenfalls Nominalwerte sind, ist zu überprüfen und mit den Sachwerten entsprechend abzugleichen.

Nominalwerte sind:

- Staats- und Unternehmensanleihen
- Renten- und Lebensversicherungen
- Festgelder
- Kredite

Adäquate Sachwerte sind:

- Immobilien mit Indexklauseln, die einer hohen Inflation Rechnung tragen
- Wasser-, Wind- und Solarkraftwerke – wenn der Strom auch über die Börse gehandelt werden kann
- Rohstoffe – hier sind Lagerung und Haltbarkeit zu beachten
- Unternehmensbeteiligungen – wenn die Wahrscheinlichkeit besteht, dass das Unternehmen gut und nachhaltig aufgestellt ist

Die Lage richtig zu beurteilen ist ein wichtiger Aspekt. Da es aber entscheidend sein wird, als einer der Ersten zu handeln, stellt sich die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt nicht wirklich. Denn eins ist sicher: Wenn Viele bzw. Alle die Wahrheit erkennen, kann es zu spät sein.

1) Vergleich Prof. Gunnar Heinsohn: Eigentumsökonomik, 2008

Über die Vermögensakademie

Die Vermögensakademie GmbH ist eine unabhängige Vereinigung von Experten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik und Philosophie. Sie wurde vom Unternehmer Jörg Schallehn (Schallehn Gruppe Bonn und Wiesbaden), dessen Professionalität im nachhaltigen Management materiellen Vermögens liegt und von Dr. Claudio Weiss, einem Psychologen, Philosophen und Leadership Trainer in Zürich, der sich mit der Entwicklung menschlichem Vermögen befasst, 2006 mit Sitz in München gegründet.

Ihnen gemeinsam ist die Sorge um die Zukunft der mittelständischen und familiengeführten Unternehmer, die sich vielfältigen existenziellen Herausforderungen gegenübersehen. In der Umsetzung des Beratungskonzeptes spielen die Analyse und Entwicklung vier grundlegender Facetten von Vermögen eine tragende Rolle:

- Das persönliche Vermögen, wie Gesundheit und Fähigkeiten, innere Antriebe und Beziehungen
- Das Unternehmens-Vermögen, z.B. Mitarbeiter, materielle Werte und Mittel, Strategie und Unternehmenskultur

- Das Familien-Vermögen, insbesondere bei Familienunternehmen der Zusammenhalt, die Ordnung im System, Verpflichtungen oder Verträge
- Das Privat-Vermögen, wie Eigentumswerte, wirtschaftendes und Luxusvermögen, Versorgungssicherheit im Alter.

Der Ansatz der Vermögensakademie lautet: Vermögen ist viel mehr als Besitz und Geld.

Jörg Schallehn, Geschäftsführer und Mitgründer der Vermögensakademie GmbH, München ■

Die Subprime-Krise 2007/2008:

Finanztechnische Modellierungsfragen und Grenzen der Modellierbarkeit¹

Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher ²

Zur Einordnung

Die nachfolgende Darstellung soll Elemente der **Subprime-Krise** in den USA besser verstehbar machen. Diese wurde beinahe zum Auslöser eines Kollaps der Weltfinanzmärkte und der Weltwirtschaft und ist in ihren langfristigen Folgen nach wie vor nicht voll abschätzbar. Zur Subprime-Krise werden Berechnungsbeispiele vorgestellt. Die Beispiele beinhalten Vereinfachung des tatsächlichen Geschehens, bilden aber den Kern des Problems ab und dienen der Klärung prinzipieller Mechanismen, auch wenn manche Details übergangen werden. Der Kern der wirkenden Mechanismen wird deutlich. Wie entstanden durch **Verbriefung** hohe Gewinne, wieso wurden bestimmte Fonds als **absolut sicher** deklariert („geratet“), wieso wurden überhöhte **Hypotheken** massiv vertrieben, wieso haben die **Hausbesitzer** solche Hypotheken akzeptiert, wieso hat der Zusammenbruch dieses Spezialmarktes so viele **Schockwellen** in die übrige Ökonomie in Gang gesetzt? Die aufgeworfenen Fragen werden in 25 Kapiteln, gegliedert in die drei Teile „Verbriefungen im Hypothekenmarkt – eine Finanzmarktinnovation“, „Die Risikothematik und Schocksituation“ sowie „Systemische Risiken – Kettenreaktionen und Brandbeschleuniger“ behandelt.

Die Aufarbeitung der weiteren Thematik, der Weltfinanzmarktkrise, des Umgangs mit dieser sowie der Aussichten für die Zukunft ist Gegenstand eines Tandem-Textes desselben Autors: „Weltfinanzmarktkrise: Hintergründe, Wirkungsmechanismen, Perspektiven, 2009“.

1 Interner FAW/n Bericht, Dezember 2008 / aktualisiert März 2009

2 Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Korrespondenzadresse: FAW/n, Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. 0731-50 39 100, Fax 0731-50 39 111, E-Mail: radermacher@faw-neu-ulm.de, <http://www.faw-neu-ulm.de>

I. Verbriefungen im Hypothekenmarkt – eine Finanzmarktinnovation

In den letzten Jahren wanderte immer mehr Wertschöpfung von der Realökonomie in den Finanzsektor. Dort wurde immer mehr Geld verdient, es wurden immer weniger Steuern bezahlt und immer höhere, fast schon absurde, Renditen auf Eigenkapital verdient: der „heilige Gral“ des sogenannten **freien Weltmarktes** und der „kollektiven Intelligenz“ des Weltfinanzsystems. Was stand dahinter? Vor allem eine gigantische Ausweitung der Geldmenge über das Kreditsystem. Eine Rolle hierfür spielten Basel II, die internationalen Bilanzierungsrichtlinien und erhebliche Geschäfte von Banken außerhalb der Bankbilanzen. Die Grundlage hierzu waren Innovationen im Finanzsektor, sogenannte **Finanzmarktinnovationen**. Eine der wichtigsten war das Instrument der **Verbriefungen**. Die dabei wirksamen Mechanismen werden im Weiteren beschrieben.

1.1. Klassisches Bankmodell im Bereich Hypotheken (vereinfacht)

Eine Bank lebt z. B. klassischerweise von Kreditvergaben. Sie sucht dazu Kreditnehmer. Sie schätzt deren Bonität ein. Im Spezialfall der **Hypothek** geht es um den Bau oder den Kauf von Häusern. Diese dienen zugleich als Sicherheit für den Kredit (die Hypothek), ähnlich der Situation bei Automobilen, wenn man Automobile auf Kredit kauft oder least. Die Bank vergibt z. B. Hypothekenkredite mit festem oder variablem Zins. Im Beispiel unterstellen wir einen festen Zins für den gesamten Kreditzeitraum von **20 Jahren**.

Die Bank trägt das Risiko, dass Kunden irgendwann nicht zahlen können. Sie arbeitet dazu in traditionellem Bankenumfeld eng mit den Kunden zusammen und organisiert bei temporären Zahlungsproblemen Überbrückungslösungen. Im Fall der definitiven Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers organisiert die Bank die Zwangsversteigerung des Hauses. Mit der Kreditvergabe blockiert die Bank einen Teil ihres Eigenkapitals für lange Zeit. Dadurch reduziert sie ihre Möglichkeiten, weitere Kredite zu generieren, denn Kredite sind, abhängig von der Bonität des Kreditnehmers bzw. von verfügbaren Sicherheiten, mit einem prozentualen Eigenkapitalanteil der Bank zu hinterlegen.

In der Regel zahlt der Hypotheknehmer jährlich den immer gleichen Betrag zurück, die sogenannte **Annuität**. Diese wird oft noch in Monatsbeiträgen gestückelt. Die Annuität setzt sich aus Zinszahlungen und Tilgung des Kredits zusammen. Der Umfang der Zinszahlungen nimmt dadurch jedes Jahr ab, weil der verbliebene ausgeliehene Betrag (die so genannte „Restschuld“) jedes Jahr durch die Tilgung abnimmt. Auf Bankseite bedeutet das, dass das gebundene Eigenkapital jedes Jahr geringer wird bzw. dass permanent Eigenkapital frei wird.

1.2. Modernes Bankmodell im Bereich Hypotheken

In den letzten Jahren sind viele sogenannte **Finanzmarktinnovationen** entstanden. Im Besonderen mit der sogenannten **Verbriefung** großer Bündel von Krediten zu neuen handelbaren Produkten (sogenannte „Special Purpose Vehicles“), wurde es für entsprechend positionierte Banken möglich, sich mit hohem Gewinn relativ rasch von großen Mengen Krediten zu trennen, um dann das Spiel aufs Neue zu beginnen. Für die Bank bedeutet das, dass sie alle Risiken aus den Kreditvergaben los ist. Die Frage ist, wie man andere dafür gewinnt, die entsprechenden Pakete zu übernehmen. Das Ganze muss attraktiv und sicher sein bzw. zumindest so erscheinen.

Da die Bank die Risiken auf andere verlagern kann, wird sie bei der Kreditvergabe weniger vorsichtig sein. Der, der die Papiere übernimmt, kann das Risiko selber u. U. nicht richtig einschätzen. Es besteht dann die Gefahr, dass immer öfter jemand den Hypothekenkredit bekommt, bei dem alles andere als sicher ist, ob er zukünftig immer wird zahlen können. Auch ist der Kredit vielleicht größer, als das Haus Wert hat. In **Boomzeiten** bewegt sich beides nach oben: der Preis der Häuser und die Hypothekenkredite, die mit diesen Häusern als Sicherheit gewährt werden. Der Kunde nutzt vielleicht den Kredit teilweise zum Kauf von Möbeln oder um in Urlaub zu fahren. Auch kann er hoffen, Zahlungsprobleme in der Zukunft zum Teil durch neue Kredite bewältigen zu können, die aus dem wachsenden Wert der Häuser resultieren.

Warum geht der Kunde das Risiko ein? Vielleicht ist oder war ihm die Lage unklar. In den USA wurde er teilweise mit niedrigen Zinsen in Verträge gelockt, wobei die höheren Zinsen/Kosten auf die Zukunft verschoben wurden. Besonders wichtig: In den USA haftet der Kunde **maximal mit dem Verlust des Hauses** (Zwangsversteigerung), nicht für den Wert des Kredites. Es gibt also zur Not einen Weg aus der Misere, wenn der Verlust des Hauses im schlimmsten Fall akzeptiert wird.

1.3. Beispielannahmen für den Verbriefungsprozess

Wir unterstellen im Weiteren, dass die betrachtete Bank in einem Jahr in einem bestimmten Geschäftssegment **1000 Hypothekenkreditnehmer** findet, die je eine Hypothek à 1 Million Dollar mit Laufzeit von 20 Jahren in Anspruch nehmen. Als Kosten zum Finden dieser Kunden werden im Beispiel etwa 25 Millionen Dollar Opportunitätskosten und Bearbeitungsgebühren angenommen. Dies zahlen die Kunden als Nebenzahlung in Form von 0.25 % der Kreditsumme. Die Bank verfügt also nach einem Jahr Akquirierung über 1000 Hypothekenkreditnehmer mit einem Gesamtkreditvolumen von 1 Milliarde Euro. Dem stehen wegen der 0,25 % Nebenzahlung keine eigenen Aufwendungen gegenüber bis auf die Eigenkapitalhinterlegung (vgl. 4).

1.4. „Rating von Hypotheken“

Hypothekenkredite sind verhältnismäßig gut bewertet („geratet“), da das beliehene Haus als Sicherheit für den Kredit dient. Die Bank muss deshalb im Rahmen der zurzeit gültigen Vorschriften von Basel II für die Kreditsumme von 1 Milliarde z. B. (nur) 40 Millionen Eigenkapital ($1 \text{ Mrd.} \times 0,5 \times 0,08$) hinterlegen.

1.5. Zins für Hypotheken

Im letzten Jahrzehnt war ein Zins von 7 % und mehr für US Hypotheken normal, bei einer Laufzeit von fünf bis zehn Jahren. Dabei ist zu bedenken, dass die Inflation nicht kompensiert wird. Wir rechnen im Weiteren mit **7 % festem Zins für 20 Jahre**. Das ist günstig für den Kreditnehmer und ist nur in Zeiten niedriger Zinsen und bei Verfügbarkeit von billigem Geld möglich.

1.6. Verbriefung als Finanzmarktinnovation

Durch **Verbriefung / Sekurisierung**, eine sogenannte **Finanzmarktinnovation der 90iger Jahre**, kann die Bank, wie oben bereits erwähnt, Kredite weiterverkaufen. Wir unterstellen im Weiteren der Einfachheit halber, dass die 1000 Kredite als Paket weitergeben werden, entweder an einen interessierten fremden Investor oder z. B. an eine eigens zu diesem Zweck gegründete **Fondstochter** (Zweckgesellschaft) der Bank. Im Weiteren wird exemplarisch der Fall einer Fondstochter betrach-

tet. Diese übernimmt das Bündel von 1000 Hypothekenkrediten und zahlt z. B. 1200 Millionen Euro an die Mutter für die Hergabe der Kredite. **Das ist das eigentliche Thema.** Statt einer mühevollen Betreuung von 1000 Hypothekenkrediten schon nach einem Jahr 200 Millionen Euro Gewinn auf die Hand und alle Risiken los. Für die Bank / Mutter ist das Thema der 1000 Hypothekenkredite damit erledigt. Das hinterlegte Eigenkapital von 40 Millionen Euro wird wieder frei. Die nächste Runde im nächsten Jahr folgt, solange der Markt die verbrieften Kreditpakete aufnimmt. In den langen Boomzeiten am US-Immobilienmarkt war hier „**Bonanza**“ ohne Ende: Traumrenditen, hohe Gehälter, Boni für Führungskräfte und Chefverkäufer etc.

1.7. Geschäftsmodell der Fondstochter

Die Fondstochter hat folgendes Geschäftsmodell. 1000 Hypotheken a' 1 Millionen Euro über 20 Jahre bei 7 % festem Zins in Form einer Annuität bedeuten etwa 94 Millionen Geldzufluss an den Fonds pro Jahr über diesen Zeitraum. Wir unterstellen, dass die Fondstochter (von der Mutter vorfinanziert) seit einem halben Jahr **Anteilnehmer** gesucht und gefunden hat, z. B. 100 Anleger mit Anteilen zu je 12 Millionen Euro. Die 100 Kunden werden bedient aus dem Annuitätenrückfluss über 20 Jahre (1000 Hypotheken im Gesamtwert 1 Milliarde) bei 7 % Zins. Wie die beiliegende Annuitätentabelle 1 zeigt, führt das zu dem genannten Geldstrom, den die ursprünglichen Hypothekennehmer generieren, von jährlich 94.389.880 Euro, falls keine Hypotheken ausfallen.

Tilgungsplan

Nr.	Annuität	Kapitalquote	Zinsquote	Restschuld
1	94.392,93	24.392,93	70.000,00	975.607,07
2	94.392,93	26.100,43	68.292,50	949.506,64
3	94.392,93	27.927,46	66.465,47	921.579,18
4	94.392,93	29.882,38	64.510,54	891.696,80
5	94.392,93	31.974,15	62.418,78	859.722,65
6	94.392,93	34.212,34	60.180,59	825.510,31
7	94.392,93	36.607,20	57.785,72	788.903,11
8	94.392,93	39.169,71	55.223,22	749.733,40
9	94.392,93	41.911,59	52.481,34	707.821,81
10	94.392,93	44.845,40	49.547,53	662.976,41
11	94.392,93	47.984,58	46.408,35	614.991,83
12	94.392,93	51.343,50	43.049,43	563.648,34
13	94.392,93	54.937,54	39.455,38	508.710,79
14	94.392,93	58.783,17	35.609,76	449.927,62
15	94.392,93	62.897,99	31.494,93	387.029,63
16	94.392,93	67.300,85	27.092,07	319.728,78
17	94.392,93	72.011,91	22.381,01	247.716,87
18	94.392,93	77.052,74	17.340,18	170.664,12
19	94.392,93	82.446,44	11.946,49	88.217,69
20	94.392,93	88.217,69	6.175,24	0,00

Annuitätentabelle 1³: 7% p.a. 20 Jahre auf €1.000.000

1.8. Wie setzt der Fonds sein Geld ein?

Die Fondstochter hat auf dem Markt 1200 Millionen von Anteilnehmern besorgt und setzt das Geld im Beispiel wie folgt ein:

- 1000 Millionen dienen zur Ablösung der Hypotheken bei der Bank (Mutter)
- **200 Millionen gehen als Gewinn an die Mutter.** Dies ist ein massiver Input in die Rendite der

³ Diese und alle weiteren Berechnungen wurden durchgeführt mit dem Web-basierten Tilgungsrechner www.webfinancialtools.com/ratenkredit.html.

- Mutter, die im nächsten Jahr erneut dasselbe Spiel betreibt
- Jährlich 4,389 Millionen dienen zur Finanzierung der Betreuung des Fonds, inklusive Abwicklung von Zahlungsausfällen. Hiermit sind (unterstellt) die gesamten Kosten zur Findung der Anteilnehmer, zur Betreuung des Fonds und ein eventueller Gewinn bei der Tochter abgedeckt.
 - es bleiben, wenn es in der Bedienung der Hypotheken nicht zu Ausfällen kommt, 20 Jahre lang nutzbare Einnahmen von 90 Millionen Euro zur Bedienung der Anlagehalter dieses Fonds (100 Halter mit Paketen zu je 12 Millionen Euro). Dies entspricht einer Durchschnittsverzinsung von 4,217 % für einen Annuitätenstrom von 90 Millionen Euro (vgl. die beiliegende Annuitätentabelle 2).

Tilgungsplan

Nr.	Annuität	Kapitalquote	Zinsquote	Restschuld
1	90.003,07	39.399,07	50.604,00	1.160.600,93
2	90.003,07	41.060,53	48.942,54	1.119.540,40
3	90.003,07	42.792,05	47.211,02	1.076.748,35
4	90.003,07	44.596,59	45.406,48	1.032.151,75
5	90.003,07	46.477,23	43.525,84	985.674,52
6	90.003,07	48.437,18	41.565,89	937.237,35
7	90.003,07	50.479,77	39.523,30	886.757,57
8	90.003,07	52.608,50	37.394,57	834.149,07
9	90.003,07	54.827,00	35.176,07	779.322,07
10	90.003,07	57.139,06	32.864,01	722.183,01
11	90.003,07	59.548,61	30.454,46	662.634,39
12	90.003,07	62.059,78	27.943,29	600.574,61
13	90.003,07	64.676,84	25.326,23	535.897,78
14	90.003,07	67.404,26	22.598,81	468.493,51
15	90.003,07	70.246,70	19.756,37	398.246,81
16	90.003,07	73.209,00	16.794,07	325.037,81
17	90.003,07	76.296,23	13.706,84	248.741,58
18	90.003,07	79.513,64	10.489,43	169.227,95
19	90.003,07	82.866,73	7.136,34	86.361,22
20	90.003,07	86.361,22	3.641,85	0,00

Annuitätentabelle 2 / Zinssatz 4,217 %

1.9. Welche Typen von Anteilspapieren gibt es?

Es ist üblich, die Fondspapiere in mehrere (Risiko-)Klassen zu differenzieren. Eine Einteilung ist die in **Senior**, **Mezzanine** und **untergeordnetes Kapital** (Equity). Bei schlechter Entwicklung der Zahlungen auf Hypothekendarlehen haben Zahlungen für Senior Tranchen Vorrang vor Zahlungen auf Mezzanine Tranchen und diese wiederum Vorrang vor Zahlungen für untergeordnetes Kapital. In einer anderen Einteilung wird unterschieden zwischen AAA-Tranche, AA-Tranche, A-Tranche, BB-Tranche und Eigenkapital.

Im Folgenden wird eine vereinfachte Betrachtung gewählt, die aber alle wesentlichen Effekte deutlich macht. Hierzu wird angenommen, dass die Fondsanteilseigner aufgeteilt sind in nur zwei Gruppen, nämlich einerseits in die Halter von **Risikopapieren** (20 % der Papiere; z. B. halten 20 Abnehmer Anteile von je 12 Millionen Euro, zusammen 240 Millionen Euro, vom Risikotyp), andererseits in die Restgruppe. 80 Fondsnehmer halten hier z. B. Anteile von je 12 Millionen Euro (zusammen 960 Millionen Euro) im **Sicherheitsbereich/Sicherheitspapiere** (80 % der Papiere).

I.10. Wie unterscheiden sich die Anteilstypen bzgl. der Risiken?

Bzgl. der Übernahme des Risikos von Zahlungsausfällen sind die Bedingungen für beide Anteilstypen je spezifisch wie folgt geregelt: Sollten in den Zahlungsrückläufen pro Jahr in einem Jahr Ausfälle auftreten, so werden diese zunächst gleichmäßig und ausschließlich von Haltern der Risikopapiere getragen, und zwar bis zur Höhe der für diese Anteilsgruppe (gemäß 9) vorgesehenen jährlichen Bedienung (25 Millionen Euro). Erst bei Verlusten bei den Rückflüssen, die über 25 Millionen hinausgehen, sind die Anteilshalter des Fonds im Sicherheitsbereich betroffen. Ihre Auszahlungen werden dann gleichmäßig um den Verlustbetrag gekürzt, der 25 Millionen übersteigt.

I.11. Wie werden die Papiere entlohnt?

Die Fondsnehmer im Risikosegment werden für die deutlich höhere Risikoübernahme besonders entlohnt. Ihnen fließen, wie schon angedeutet, 25 Millionen der im günstigsten Fall jährlich verfügbaren 90 Millionen Euro an Rückflüssen zu. Dies entspricht einer Rendite / Zinssatz von 8,304 % (vgl. die beiliegende Annuitätentabelle 3). Die Fondsnehmer im Sicherheitsbereich erhalten zusammen 65 Millionen der 90 Millionen. Die Verzinsung ist in diesem Fall 3,970 % (vgl. die beiliegende Annuitätentabelle 4).

Tilgungsplan

Nr.	Annuität	Kapitalquote	Zinsquote	Restschuld
1	25.000,11	5.070,51	19.929,60	234.929,49
2	25.000,11	5.491,57	19.508,54	229.437,91
3	25.000,11	5.947,59	19.052,52	223.490,32
4	25.000,11	6.441,48	18.558,64	217.048,85
5	25.000,11	6.976,38	18.023,74	210.072,47
6	25.000,11	7.555,70	17.444,42	202.516,77
7	25.000,11	8.183,12	16.816,99	194.333,65
8	25.000,11	8.862,65	16.137,47	185.471,00
9	25.000,11	9.598,60	15.401,51	175.872,39
10	25.000,11	10.395,67	14.604,44	165.476,72
11	25.000,11	11.258,93	13.741,19	154.217,80
12	25.000,11	12.193,87	12.806,25	142.023,93
13	25.000,11	13.206,45	11.793,67	128.817,48
14	25.000,11	14.303,11	10.697,00	114.514,37
15	25.000,11	15.490,84	9.509,27	99.023,52
16	25.000,11	16.777,20	8.222,91	82.246,32
17	25.000,11	18.170,38	6.829,73	64.075,94
18	25.000,11	19.679,25	5.320,87	44.396,69
19	25.000,11	21.313,41	3.686,70	23.083,28
20	25.000,11	23.083,28	1.916,84	0,00

Annuitätentabelle 3 / Zinssatz 8,304 %

Tilgungsplan

Nr.	Annuität	Kapitalquote	Zinsquote	Restschuld
1	64.999,30	35.440,90	29.558,40	924.559,10
2	64.999,30	36.532,13	28.467,17	888.026,97
3	64.999,30	37.656,95	27.342,35	850.370,02
4	64.999,30	38.816,41	26.182,89	811.553,62
5	64.999,30	40.011,56	24.987,74	771.542,05
6	64.999,30	41.243,52	23.755,78	730.298,53
7	64.999,30	42.513,41	22.485,89	687.785,12
8	64.999,30	43.822,40	21.176,90	643.962,72
9	64.999,30	45.171,69	19.827,61	598.791,04
10	64.999,30	46.562,52	18.436,78	552.228,51
11	64.999,30	47.996,18	17.003,12	504.232,33
12	64.999,30	49.473,99	15.525,31	454.758,34
13	64.999,30	50.997,29	14.002,01	403.761,05
14	64.999,30	52.567,50	12.431,80	351.193,55
15	64.999,30	54.186,05	10.813,25	297.007,50
16	64.999,30	55.854,44	9.144,86	241.153,06
17	64.999,30	57.574,20	7.425,10	183.578,86
18	64.999,30	59.346,91	5.652,39	124.231,95
19	64.999,30	61.174,20	3.825,10	63.057,75
20	64.999,30	63.057,75	1.941,55	0,00

Annuitätentabelle 4 / Zinssatz 3,970 %

II. Die Risikothematik und Schocksituationen

Das Weltfinanzsystem basiert ganz wesentlich auf dem Konstrukt sogenannter **Sicherheiten**. Sicherheiten sollen den Geldgeber bei Kreditgewährung vor Verlusten schützen, wenn sich die mit dem Kredit betriebenen Geschäfte am Markt als nicht erfolgreich erweisen sollten. Mit Basel II gewannen Sicherheiten eine zentrale Bedeutung für die Geschäftstätigkeit von Banken und für den Umfang an Kredit, der bei gegebenem Eigenkapital gewährt werden kann.

In den vergangenen Jahren hatten Sicherheiten ihren Wert, selbst wenn sie inhärent nicht sicher waren. Im Aufwärtstrend kam es in der Regel nicht zum „Schwur“. Für Subprimes zeigen die folgenden Ausführungen sogar noch mehr: dass nämlich die inhärente Werthaltigkeit der den Hypothekenkrediten zugrunde liegenden Immobilien in der Einzelfallbetrachtung „gute Ratings“ höherer Tranchen (insbesondere Senior-Tranchen) in Verbriefungsprozessen sachgerecht begründeten. Dies gilt sogar für **Schocksituationen**. Die aktuelle Weltfinanzkrise ist insofern nicht begründet in fundamental falschen Einschätzungen der Werthaltigkeit von Hypotheken bzw. Subprimes. Die Probleme der aktuellen Krise liegen auf der systemischen Ebene. Die Subprimes waren dabei nur der Auslöser.

II.1. Risikoabschätzung

Die Risiken bzgl. der jährlichen Bezahlungen der Annuitäten auf die im Beispiel unterstellten 1000 Hypotheken a' 1 Million Euro werden unter verschiedenen Annahmen berechnet. Dabei wird als **Risikodimension 1** für die Ausfallwahrscheinlichkeit ein **Normalmodell** (Ausfallwahrscheinlichkeit 0,2 % pro Jahr, d. h. im Mittel 2 Ausfälle pro Jahr, angenähert im Mittel 40 Ausfälle auf 20 Jahre) und ein **Schockfall** (Ausfallwahrscheinlichkeit 2 % pro Jahr, d. h. im Mittel 20 Ausfälle pro Jahr, angenähert im Mittel 400 Ausfälle auf 20 Jahre bei 1000 Hypotheken) betrachtet.

Zusätzlich wird unter diesen Annahmen als **Risikodimension 2** im Normalfall von einem jährlichen Ausfall von 7 Hypotheken ausgegangen, Jahr für Jahr, wobei im 0,2 % Ausfallszenario die Wahrscheinlichkeit für bis zu **7 Ausfälle in einem Jahr bei 0,9989** liegt, ein höherer Ausfall also nur etwa 1 Promille Wahrscheinlichkeit hat. In dem dies Jahr für Jahr unterstellt wird, wird zusätzlich ein extremer Umfang **stochastischer Abhängigkeit** großer Schäden (Krise) abgedeckt. Für den Schockfall, also 2 % Ausfallwahrscheinlichkeit, wird analog die zusätzliche Variante von 35 Ausfällen betrachtet, wobei die Wahrscheinlichkeit für bis zu **35 Ausfälle in einem Jahr bei 0,9993** liegt, also deutlich unter einem Promille.

Hinzu kommt als **3. Risikodimension**, dass davon ausgegangen wird, dass die Hypotheken von vornherein in zu großer Höhe gewährt wurden. Im Beispiel läuft die Hypothek über eine Million Euro, als realistischer Häuserwert wird nur 800.000 unterstellt. Bei Ausfall wird als zusätzliches Risiko, gerade für krisenartige Verhältnisse unterstellt, dass über Verkauf / Zwangsversteigerung je nach betrachtetem Risikofall nur noch 70 % bzw. 60 % bzw. 50 % von dem ursprünglichen Hypothekwert von 1.000.000 Euro erschlossen werden können. Wird versteigert, wird der Ersteigerungsbetrag bis in Höhe des jeweiligen Barwertes der Hypothek am Finanzmarkt angelegt. Es wird unterstellt, dass die Bank dabei die Durchschnittsverzinsung von 4,217 % realisieren werden kann. Sofern der Versteigerungsbetrag den aktuellen Barwert der Hypothek überschreitet, geht der Überschuss an den zahlungsunfähigen Hausbesitzer. Unterstellt man für ausgefallene, kapitalisierte Hypotheken ein Nullrisiko, sind alle oben genannten Werte **Überschätzungen**, d. h. die Anzahl der mittleren Ausfälle pro Jahr sinkt unter 2 (Normalfall) bzw. 20 (Schockfall) und die Wahrscheinlichkeit für mehr als 7 bzw. mehr als 35

Ausfälle wird noch geringer als oben angegeben. Im Weiteren wird als **4. Risikodimension** mit diesen Überschätzungen gerechnet.

II.2. Ausfälle und mögliche Verluste

Die **nachfolgende Tabelle** (5) der annuisierten Verluste gibt folgendes an: wir betrachten den Ausfall einer einzelnen Hypothek zu einem bestimmten Zeitpunkt, z. B. zum Ende eines Jahres, nachdem in diesem Jahr die Hypothek bezahlt wurde, sodass in den Folgejahren die Begleichung der Hypothek entfällt. Erstmalig tritt damit ein solcher Verlust für das zweite Jahr auf. Wir unterstellen der Einfachheit halber, dass keine Überbrückungslösungen gesucht werden und die Immobilie sofort an die Bank fällt und die Bank diese in Form einer Versteigerung verkauft. Wir betrachten dann in den 3 Spalten von Tabelle 5 die oben diskutierten 3 Fälle der Risikodimension 3, dass die Immobilie zu 70 % bzw. 60 % bzw. 50 % des Hypothekenwerts verkauft wird, also für 700 000 bzw. 600 000 bzw. 500 000 Euro. In den ersten Jahren wird der Verkaufserlös unter der Restschuld liegen. Es tritt also ein Verlust auf. Der Verlust durch Ausfall einer einzelnen Hypothek wird allerdings Jahr für Jahr kleiner, da mit jedem Jahr länger getilgt wurde. Ab einschließlich dem 12., bzw. 14., bzw. 15. Jahr ist der Jahresverlust für Hypothekenausfälle bei jährlich 1 Ausfall für das 70 % bzw. 60 % bzw. 50 % Ausfallmodell gleich Null.

Die Idee ist nun die **Annuisierung dieses Verlustes**. Der Differenzbetrag zwischen Restschuld und Verkaufswert wird also gleichmäßig über die Restlaufzeit verteilt. Der Differenzbetrag zu dem ursprünglichen Geldfluss von 90 Millionen Euro pro Hypothek und Jahr ist dann die interessante Verlustgröße.

Auswirkung eines einzigen Kreditausfalls in annuisierter Form für die gesamte Restlaufzeit:

Tabelle (5) der annuisierten Verluste

n	70%	60%	50%
1	0	0	0
2	35.718,99	43.473,86	51.228,73
3	33.728,06	41.767,35	49.806,63
4	31.491,58	39.850,37	48.209,15
5	28.963,45	37.683,40	46.403,75
6	26.085,27	35.216,38	44.347,50
7	22.781,95	32.384,96	41.987,98
8	18.955,30	29.104,98	39.254,66
9	14.474,43	25.264,23	36.054,04
10	9.160,82	20.710,29	32.259,18
11	2.764,59	15.227,23	27.689,87
12	0	8.507,39	22.090,00
13	0	86,11	15.072,27
14	0	0	5.379,70
15	0	0	0
16	0	0	0
17	0	0	0
18	0	0	0
19	0	0	0
20	0	0	0

Die Tabelle ist nach dem Gesagten wie folgt zu lesen: Fällt z. B. ein Kredit im Jahr $n=4$ aus, d.h. nach drei Zahlungen aus, dann ist die Restschuld gemäß Annuitätentabelle 2 1.076.748 Euro. Geht man von einem

Anfangskapital von 1.076.748 Euro aus, und zahlt diese über 17 Jahre in Form von Annuitäten bei 4,217 % Zinsen (vgl. Annuitätentabelle 2) ab, führt dies gerade wieder zu einer Jahresbelastung von 90.003,07 Euro. Bringt die Zwangsversteigerung 700.000 Euro, **fehlen** 376.748 Euro. Die Annuität von 90.003,97 Euro ist nun anteilig auf die 700.000 Euro und die 376.748 Euro aufzuteilen. Dies führt zu dem aus der Versteigerung resultierenden Anteil von 58.508 Euro pro Jahr an Rückflüssen und dazu korrespondierend zu dem Verlustanteil von 31.491,58 Euro pro Jahr.

Der Tilgungsplan für die annuisierte Restschuld von 31.491,58 Euro ist in folgender Tabelle 6 dargestellt:

Tilgungsplan						
Nr.	Annuität	Kapitalquote	Zinsquote	Restschuld		
1	31.491,58	15.604,10	15.887,48	361.144,25		
2	31.491,58	16.262,13	15.229,45	344.882,12		
3	31.491,58	16.947,90	14.543,68	327.934,21		
4	31.491,58	17.662,60	13.828,99	310.271,62		
5	31.491,58	18.407,43	13.084,15	291.864,19		
6	31.491,58	19.183,67	12.307,91	272.680,52		
7	31.491,58	19.992,64	11.498,94	252.687,88		
8	31.491,58	20.835,73	10.655,85	231.852,15		
9	31.491,58	21.714,38	9.777,20	210.137,77		
10	31.491,58	22.630,07	8.861,51	187.507,70		
11	31.491,58	23.584,38	7.907,20	163.923,31		
12	31.491,58	24.578,94	6.912,65	139.344,38		
13	31.491,58	25.615,43	5.876,15	113.728,95		
14	31.491,58	26.695,63	4.795,95	87.033,32		
15	31.491,58	27.821,39	3.670,20	59.211,93		
16	31.491,58	28.994,61	2.496,97	30.217,32		
17	31.491,58	30.217,32	1.274,26	0,00		

Ausgangssumme = 1.076.748,35 - 700.000,00 = 376.748,35 / Zinssatz 4,127 %

II.3. Akkumulierte Verluste (Variante 1)

Die in einem Jahr entstehenden Verluste durch Ausfall einer Annuität nehmen offensichtlich, wie man in Tabelle (5) sieht, Jahr für Jahr ab, bis sie nach 12 Jahren (70 % Fall), 14 Jahren (60 % Fall), 15 Jahren (50 % Fall) auf Null gehen. Darauf wurde bereits hingewiesen. Fallen in einem Jahr mehrere Hypotheken aus, sind die Werte mit der entsprechenden Anzahl von Ausfällen zu multiplizieren. Betrachtet man die Situation Folgejahr für Folgejahr, dann addieren sich die entsprechenden Werte zu Jahresverlusten auf, die immer höher werden. Diese bleiben dann ab dem 12. bzw. 14. bzw. 15. Jahr konstant. Jahr für Jahr sind die entsprechenden Verluste zu tragen. Bleiben sie unter einer Gesamthöhe von 25 Millionen Euro, betrifft das **nur** die Risikoanteile.

In der hier zunächst betrachteten **Variante 1** des Verlustmodells fallen vom Ende des 1. Jahres an die angenommenen Hypothekenausfälle an. Die nachfolgenden 3 Tabellen 6a/6b/6c zeigen für diesen Fall die aufaddierten Werte in den 3 unterschiedlichen betrachteten Situationen (Versteigerungspreis 700 000, 600 000, 500 000 Euro) und für die unterschiedlichen oben diskutierten Risikotypen (2 bzw. 7 Ausfälle in jedem Jahr im Normalmodell und 20 bzw. 35 Ausfälle im Schockmodell). Deutlich wird, dass selbst im ungünstigsten der betrachteten Fälle **alle jährlichen Verluste bequem durch das Risikosegment abgedeckt werden**.

Tabelle 6a: Kumulierte annuisierte Verluste bei je d Ausfällen in den Jahren 2,3,...,20 und 70% Erlös bei Zwangsversteigerung:

n	d=1	d=2	d=7	d=20	d=35
1	0	0	0	0	0
2	35.718,99	71.437,98	250.032,93	714.379,80	1.250.164,65
3	69.447,05	138.894,10	486.129,35	1.388.941,00	2.430.646,75
4	100.938,63	201.877,26	706.570,41	2.018.772,60	3.532.852,05
5	129.902,08	259.804,16	909.314,56	2.598.041,60	4.546.572,80
6	155.987,35	311.974,70	1.091.911,45	3.119.747,00	5.459.557,25
7	178.769,30	357.538,60	1.251.385,10	3.575.386,00	6.256.925,50
8	197.724,60	395.449,20	1.384.072,20	3.954.492,00	6.920.361,00
9	212.199,03	424.398,06	1.485.393,21	4.243.980,60	7.426.966,05
10	221.359,85	442.719,70	1.549.518,95	4.427.197,00	7.747.594,75
11	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
12	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
13	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
14	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
15	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
16	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
17	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
18	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
19	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
20	224.124,44	448.248,88	1.568.871,08	4.482.488,80	7.844.355,40
Σ	3.543.291,28	7.086.582,56	24.803.038,96	70.865.825,60	124.015.194,80

Tabelle 6b: Kumulierte annuisierte Verluste bei je d Ausfällen in den Jahren 2,3,...,20 und 60% Erlös bei Zwangsversteigerung:

n	d=1	d=2	d=7	d=20	d=35
1	0	0	0	0	0
2	43.473,86	86.947,72	304.317,02	869.477,20	1.521.585,10
3	85.241,21	170.482,42	596.688,47	1.704.824,20	2.983.442,35
4	125.091,58	250.183,16	875.641,06	2.501.831,60	4.378.205,30
5	162.774,98	325.549,96	1.139.424,86	3.255.499,60	5.697.124,30
6	197.991,36	395.982,72	1.385.933,52	3.959.827,20	6.929.697,60
7	230.376,32	460.752,64	1.612.634,24	4.607.526,40	8.063.171,20
8	259.481,30	518.962,60	1.816.369,10	5.189.626,00	9.081.845,50
9	284.745,53	569.491,06	1.993.218,71	5.694.910,60	9.966.093,35
10	305.455,82	610.911,64	2.138.190,74	6.109.116,40	10.690.953,70
11	320.683,05	641.366,10	2.244.781,35	6.413.661,00	11.223.906,75
12	329.190,44	658.380,88	2.304.333,08	6.583.808,80	11.521.665,40
13	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25
14	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25
15	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25
16	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25

17	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25
18	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25
19	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25
20	329.276,55	658.553,10	2.304.935,85	6.585.531,00	11.524.679,25
Σ	4.978.717,85	9.957.435,70	34.851.024,95	99.574.357,00	174.255.124,80

Tabelle 6c: Kumulierte annuisierte Verluste bei je d Ausfällen in den Jahren 2,3,...,20 und 50% Erlös bei Zwangsverkauf:

n	d=1	d=2	d=7	d=20	d=35
1	0	0	0	0	0
2	51.228,73	102.457,46	358.601,11	1.024.574,60	1.793.005,55
3	101.035,36	202.070,72	707.247,52	2.020.707,20	3.536.237,60
4	149.244,51	298.489,02	1.044.711,57	2.984.890,20	5.223.557,85
5	198.648,26	397.296,52	1.390.537,82	3.972.965,20	6.952.689,10
6	242.995,76	485.991,52	1.700.970,32	4.859.915,20	8.504.851,60
7	284.983,74	569.967,48	1.994.886,18	5.699.674,80	9.974.430,90
8	324.238,40	648.476,80	2.269.668,80	6.484.768,00	11.348.344,00
9	360.292,44	720.584,88	2.522.047,08	7.205.848,80	12.610.235,40
10	392.551,62	785.103,24	2.747.861,34	7.851.032,40	13.739.306,70
11	420.241,49	840.482,98	2.941.690,43	8.404.829,80	14.708.452,15
12	442.331,49	884.662,98	3.096.320,43	8.846.629,80	15.481.602,15
13	457.403,76	914.807,52	3.201.826,32	9.148.075,20	16.009.131,60
14	462.783,46	925.566,92	3.239.484,22	9.255.669,20	16.197.421,10
15	462.783,46	925.566,92	3.239.484,22	9.255.669,20	16.197.421,10
16	462.783,46	925.566,92	3.239.484,22	9.255.669,20	16.197.421,10
17	462.783,46	925.566,92	3.239.484,22	9.255.669,20	16.197.421,10
18	462.783,46	925.566,92	3.239.484,22	9.255.669,20	16.197.421,10
19	462.783,46	925.566,92	3.239.484,22	9.255.669,20	16.197.421,10
20	462.783,46	925.566,92	3.239.484,22	9.255.669,20	16.197.421,10
Σ	6.664.679,78	13.329.356,56	46.652.758,46	133.293.595,60	233.263.792,30

Fazit: Auch im ungünstigsten Fall sind von den angenommenen Ausfällen **nur** die Risikopapiere betroffen. Selbst im ungünstigsten Fall (35 Ausfälle pro Jahr, Einkünfte aus Zwangsversteigerung 50 %, d=35) in Tabelle 6c geht (erst) im Jahr 9 die Hälfte der Einnahmen für die Risikogruppe von 25 Millionen Euro verloren. Zum Schluss sind dies etwa 60 % Verlust.

II.4. Akkumulierte Verluste (Variante 2)

Alles soeben als Fazit Festgestellte gilt erst recht, wenn man in einer **Modellvariante 2** annimmt, dass Ausfälle erst ab dem 5. Jahr anfallen. Lässt man alle übrigen Annahmen identisch zu Variante 1, ergeben sich die Verluste, die in den Tabellen 7a, 7b und 7c aufgelistet sind. Hier liegen die Verluste erst recht nur im Risikosegment und maximal bei 11 Millionen der 25 Millionen Euro dort erhoffter jährlicher Rückflüsse. Aufaddiert ist die **Rendite-Situation im Risikosegment deutlich besser als im Sicherheitssegment**.

Tabelle 7a: Kumulierte annuisierte Verluste bei je d Ausfällen in den Jahren 5,6,...,20 und 70% Erlös bei Zwangsversteigerung:

n	d=1	d=2	d=7	d=20	d=35
1	0	0	0	0	0
2	0	0	0	0	0
3	0	0	0	0	0
4	0	0	0	0	0
5	28.963,45	57.926,90	202.744,15	579.269,00	1.013.720,75
6	55.048,72	110.097,44	385.341,04	1.100.974,40	1.926.705,20
7	77.830,67	155.661,34	544.814,69	1.556.613,40	2.724.073,45
8	96.785,97	193.571,94	677.501,79	1.935.719,40	3.387.508,95
9	111.260,40	222.520,80	778.822,80	2.225.208,00	3.894.114,00
10	120.421,22	240.842,44	842.948,54	2.408.424,40	4.214.742,70
11	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
12	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
13	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
14	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
15	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
16	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
17	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
18	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
19	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
20	123.185,81	246.371,62	862.300,67	2.463.716,20	4.311.503,35
Σ	1.722.168,53	3.444.337,06	12.055.179,71	34.443.370,60	60.275.898,55

Tabelle 7b: Kumulierte annuisierte Verluste bei je d Ausfällen in den Jahren 5,6,...,20 und 60% Erlös bei Zwangsversteigerung:

n	d=1	d=2	d=7	d=20	d=35
1	0	0	0	0	0
2	0	0	0	0	0
3	0	0	0	0	0
4	0	0	0	0	0
5	37.683,40	75.366,80	263.783,80	753.668,00	1.318.919,00
6	72.899,78	145.799,56	510.298,46	1.457.995,60	2.551.492,30
7	105.284,74	210.569,48	736.993,18	2.105.694,80	3.684.965,90
8	134.389,72	268.779,44	940.728,04	2.687.794,40	4.703.640,20
9	159.653,95	319.307,90	1.117.577,65	3.193.079,00	5.587.888,25
10	180.364,24	370.728,48	1.262.549,68	3.707.284,80	6.312.748,40
11	195.591,47	391.182,94	1.369.140,29	3.911.829,40	6.845.701,45
12	204.098,86	408.197,72	1.428.692,02	4.081.977,20	7.143.460,10
13	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
14	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
15	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
16	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
17	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
18	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
19	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
20	204.184,97	408.369,94	1.429.294,79	4.083.699,40	7.146.473,95
Σ	2.723.445,92	5.456.891,84	19.064.121,44	54.568.918,40	95.320.607,20

Tabelle 7c: Kumulierte annuisierte Verluste bei je d Ausfällen in den Jahren 5,6,...,20 und 50% Erlös bei Zwangsverkauf:

n	d=1	d=2	d=7	d=20	d=35
1	0	0	0	0	0
2	0	0	0	0	0
3	0	0	0	0	0
4	0	0	0	0	0
5	46.403,75	92.807,50	324.826,25	928.075,00	1.624.131,25
6	90.751,25	181.502,50	635.258,75	1.815.025,00	3.176.293,75
7	132.739,23	265.478,46	929.174,61	2.654.784,60	4.645.873,05
8	171.993,89	343.987,78	1.203.957,23	3.439.877,80	6.019.786,15
9	208.047,93	416.095,86	1.456.335,51	4.160.958,60	7.281.677,55
10	240.307,11	480.614,22	1.682.149,77	4.806.142,20	8.410.748,85
11	267.996,98	535.993,96	1.875.978,86	5.359.939,60	9.379.894,30
12	290.086,98	580.173,96	2.030.608,86	5.801.739,60	10.153.044,30
13	305.159,25	610.318,50	2.136.114,75	6.103.185,00	10.680.573,75
14	310.538,95	621.077,90	2.173.772,65	6.210.779,00	10.868.863,25
15	310.538,95	621.077,90	2.173.772,65	6.210.779,00	10.868.863,25
16	310.538,95	621.077,90	2.173.772,65	6.210.779,00	10.868.863,25
17	310.538,95	621.077,90	2.173.772,65	6.210.779,00	10.868.863,25
18	310.538,95	621.077,90	2.173.772,65	6.210.779,00	10.868.863,25
19	310.538,95	621.077,90	2.173.772,65	6.210.779,00	10.868.863,25
20	310.538,95	621.077,90	2.173.772,65	6.210.779,00	10.868.863,25
Σ	3.927.259,02	7.854.518,04	27.490.813,14	78.545.180,40	137.454.065,70

II.5. Risiko- und Sicherheitssegment im Vergleich

Die folgende Tabelle zeigt für den Risiko- und Sicherheitsbereich die Rückflüsse an Kapital und Zinsen auf, und zwar zunächst für den Fall, dass überhaupt keine Hypotheken ausfallen.

Tabelle 8: Verteilung der Rückflüsse, falls alle Hypotheken bezahlt werden

	Rückflüsse über 20 Jahre		
	Kapital (in Mill. Euro)	Zinsen (in Mill. Euro)	Σ (in Mill. Euro)
Risikosegment	240	260	500 (=20 x 25 Mill.)
Sicherheitssegment	960	340	1300 (=20 x 65 Mill.)
Σ	1200	600	1800

pro 20 % Sicherheitssegment	240	85 (=340 : 4)	325 (=1300 : 4)
--------------------------------	-----	---------------	-----------------

Im Weiteren wird aufgezeigt, dass in den Fällen, die in Tabelle 6a – 6c und Tabelle 7a – 7c betrachtet werden, selbst im Risikobereich **nie ein Verlust bzgl. der Zurückzahlung des Kapitals auftritt**. Bzgl. der Zinseinnahmen ist es so, dass die Situation für das Risikosegment in der Regel besser ist, teilweise erheblich besser ist, als vom Sicherheitssegment. In einem einzigen Fall sind die Zinsergebnisse im Risikofall und im Sicherheitsfall weitgehend identisch und nur einmal ist das Zinsergebnis im Risikofall schlechter als im Sicherheitsfall (statt 85 nur 26 Millionen Zinsen); der Verlust im Verhältnis zum Sicherheitssegment beträgt in diesem Fall 59 Millionen Euro.

Tabelle 9: Relative Rückflusskonstellation im Vergleich Risiko- zu Sicherheitssegment

	7 Ausfälle pro Jahr		35 Ausfälle pro Jahr	
	Verluste durch Hypotheken-ausfall (gerundet in Mill. Euro)	Gewinnüberschuss bei Zinsen im Risikobereich gegenüber Sicherheitssegment (was bleibt von $260 - 85 = 175$ Euro übrig?)	Verluste durch Hypotheken-ausfall (gerundet in Mill. Euro)	Gewinnüberschuss bei Zinsen im Risikobereich gegenüber Sicherheitssegment (was bleibt von $260 - 85 = 175$ übrig?)
70 % Szenario	25	150	124	51
70 % Szenario / Ausfälle erst nach 4 Jahren	12	163	60	115
60 % Szenario	35	140	174	1
60 % Szenario / Ausfälle erst nach 4 Jahren	19	156	95	80
50 % Szenario	47	128	233	-58
50 % Szenario / Ausfälle erst nach 4 Jahren	28	147	138	37

II.6. Wann tritt dann überhaupt einmal ein Verlust im Sicherheitsbereich auf?

Man muss schon extreme Schockverhältnisse annehmen, um gravierende Probleme im Sicherheitsbereich zu erzeugen. Dies resultiert überschlagsmäßig aus ein paar einfachen Überlegungen. Von 1800 Millionen Rückflüssen müssten mehr als 500 Millionen ausfallen, damit das Sicherheitssegment erreicht wird. Wenn aber die Ausfälle nur jährlich zuwachsen und der Wiederverkaufswert der Häuser eine solide Basis bildet, sind 500 Millionen Ausfall nicht zu erreichen. Grund ist der Wiederverkaufswert der Häuser. In anderen CDO's (**Collateralized debt obligations**) sind es die Restwerte von Automobilen, die als Sicherheit eingebracht werden oder die Rückflüsse aus Staatspapieren von Staaten wie den USA oder Deutschland, die den Grundstock an Rückflüssen und Einnahmen bilden, die die Sicherheitspapiere schützen.

Bevor also Probleme im Sicherheitsbereich auftreten, müssen dediziert andere Schocks auf Systemebene, geradezu **Systembrüche** hinzukommen. Hierzu stelle man sich einen einmaligen **Totalkollaps** im ökonomischen Sektor vor, bei dem z. B. im Jahr 2 und nur dann, auf einen Schlag die

Hälfte (500) bzw. alle (1000) Hypotheken ausfallen. Auch das ist nicht der totale Gau, da immerhin ein Jahr lang Annuität bezahlt wurde und immer noch die Erlöse der Zwangsversteigerungen anfallen. Deren Höhe hat dann natürlich einen entscheidenden Einfluss auf die Ergebniszahlen.

Tabelle 10: Verlustsituation im Kollapsfall

Verkaufswert bei Zwangsversteigerung in % des Hypothekenwertes	Anzahl der Hypothekenausfälle. Diese finden ausschließlich Ende Jahr 1 statt	Verluste insgesamt (= Verluste im Risikosegment) (in Mill. Euro)	% Verlust im Sicherheitsbereich (d.h. Verlust im Sicherheitsbereich bezogen auf 1300 Millionen maximal mögliche Rückflüsse)	Ausfälle	Verluste insgesamt	Verluste im Risikosegment (in Mill. Euro)	% Verlust im Sicherheitsbereich (d.h. Verlust im Sicherheitsbereich bezogen auf 1300 Millionen maximal mögliche Rückflüsse)
70 %	500	339,331	0 %	1000	678,661	500	13,7 %
60 %	500	413,001	0 %	1000	826,003	500	25,0 %
50 %	500	486,673	0 %	1000	973,346	500	36,4 %

Verluste im Sicherheitsbereich treten im 500-Ausfallszenario immer noch nicht auf, erst im 1000-Ausfallszenario. Die Verlustbeträge sind dann 178,661 Mill. im 70 % Fall, 326,003 Mill. im 60 % Fall und 473,346 im 50 % Fall. In den beiden ersten Fällen ist immer noch nur der Zinsbereich betroffen, das Kapital wird zurückgezahlt. Nur im 50 % Fall tritt bei der Rückzahlung ein Kapitalverlust ein. Er betrifft 133,346 Millionen von 960 Millionen, also ungefähr 14 %.

III. Systemische Risiken – Kettenreaktionen und Brandbeschleuniger

Die in II gegebene Analyse zeigt die tatsächlich bestehende Werthaltigkeit von Subprimes selbst in ungünstigsten Marktsituationen. Für die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist deshalb mehr und anderes verantwortlich als die aufgetretenen Probleme mit Rückzahlungen von Hypothekenkrediten, die Teil von Verbriefungsprozessen waren. Tatsächlich hatten die Probleme im Subprimebereich eher Katalysatorcharakter. Nachdem einmal Zweifel an den „Ratings“ bestimmter Papiere aufgetreten waren, setzt die – zunächst langsame – Flucht aus solchen Papieren eine **Kettenreaktion** in Gang, die über Mechanismen wie die internationalen Bilanzierungsrichtlinien und Basel II letztlich in den Kollaps des Systems führten. Die letztgenannten Regelwerke, die in den letzten Jahren im Aufwärtstrend eine „Bonanza ohne Ende“ gefördert hatten, wurden nun zu **Brandbeschleunigern** auf der Talfahrt nach unten.

III.1. Hohe Sicherheit

Die Risikoanalyse ergibt insgesamt eine **extrem hohe Sicherheit** für Sicherheitsanteile, selbst bei den extremen Anforderungen der oben beschriebenen 4. Risikodimension, selbst wenn alle 4 Risikotypen

kumuliert auftreten. Dies gilt ebenso, wenn die Hälfte der Hypotheken am Ende des 1. Jahrs ausfällt. Die verbleibenden Puffer sind in der Regel groß. Sie sind sehr groß, wenn die Verluste erst nach einigen Jahren einsetzen. Selbst die Situation für Risikopapiere bleibt beherrschbar, ja vom Zinsergebnis ist das Risikosegment in der Regel der attraktivere Bereich. Ein **Top-Rating** für die Sicherheitsanteile war in diesem Sinne berechtigt, auch die Risikopapiere hatten „großen Charme“, wenn man bereit war, für hohe Zinsrückflüsse ein gewisses Risiko einzugehen.

III.2. Handelbare Fondspapiere

Die Fondspapiere werden je nach Fondskonstruktion an Finanzplätzen gehandelt (meist in kleinerer Stückelung). In diesem Fall ist zu jedem Zeitpunkt ein Marktwert der Anteile bekannt. Die Anteile lassen sich jederzeit in liquide Mittel (Barmittel) umwandeln. Allerdings ist damit unter widrigen Verhältnissen (kein Markt) ein Fall des Wertes der Papiere ins Bodenlose möglich, obwohl dies der finanzmathematischen Analyse widerspricht.

III.3. Wertpapiere als Eigenkapitalersatz

Die hochgerateten 80 % Sicherheitsanteile können/konnten im Finanzsektor fast wie Bargeld genutzt werden. Beliebt ist auch, sie in kurzlaufenden Verträgen, z.B. 3 Monate, zu hinterlegen, um sich den jeweiligen Barwert als liquide Mittel bei anderen zu leihen. Über lange Zeit war das zu einem Zinssatz von 1 bis 1,5 % möglich. Der Halter der Papiere war damit jederzeit liquide und bei ihm verblieben trotzdem etwa 2 % Gewinn aus der Bedienung der Sicherheitspapiere. Natürlich war jeweils nach 3 Monaten für weitere 3 Monate eine Anschlussfinanzierung zu finden (aus „kurz“ mach „lang“). Eine beliebte Konstruktion heißt **Re-Purchasing Agreement**. Man verkauft heute und regelt bereits den Rückkauf in z. B. 3 Monaten. Die Papiere selber liegen dabei unerreichbar im Safe einer Aufbewahrungsbank. Die Abwicklung erfolgt über **Handelsplattformen**, die heute voll unter der Kontrolle weniger privater Akteure sind. Das Geschehen hat fast Geldmarktcharakter, ist aber von öffentlicher Seite nicht beaufsichtigt und nicht reguliert.

III.4. Nutzung eines Kredithebels

Eine interessante weitere Möglichkeit ist der Kauf der Fondspapiere mit sogenanntem **großem Kredithebel**. Kauft z. B. jemand 10 der Sicherheitsanteile zu je 12 Millionen Euro für insgesamt 120 Millionen Euro, dann bringt er möglicherweise nur 20 Millionen Eigenkapital auf und leiht sich 100 Millionen im Finanzmarkt. Hat er eine hohe Bonität und ist mit einer kurzen Fristigkeit der Kredite, z. B. 1 Jahr zufrieden, kann das bei einem Zinssatz von 2 % gelingen. Bei Rückflüssen von 3,4 % steigert das die Rendite auf die eingesetzten eigenen 20 Millionen auf 9 % pro Jahr.

III.5. Wieso kam es überhaupt zur Krise? Was war nicht adäquat modelliert?

Alle oben vorgenommenen Modellierungen beziehen sich auf einen normalen Zustand der Welt, nicht auf einen „Panikzustand“ der die prinzipielle Stabilität von Teilen des Finanzsystems betrifft. Hier geht es um den Wechsel von **Zuständen in chaotischen Systemen**, die bezüglich der Übergangsprozesse in der Regel nicht modellierbar sind, sondern nur im Sinne von Szenarien untersucht werden können.

Im konkreten Fall der Subprime-Krise war es so, dass Unruhe bezüglich erwarteter Annuitätenzahlungen im Bereich der Hypothekenbank-Kredite irgendwann zu einer Flucht aus diesen Papieren geführt hat. Diese Flucht wäre jederzeit beherrschbar geblieben, wenn nicht über Hebeleffekte an anderer Stelle weitere Wirkungen induziert worden wären, die um Größenordnungen gravierendere negative Effekte nach sich gezogen haben. Dies hängt mit der Rolle betreffender Papiere als **Sicherheiten** zusammen. Viele Unternehmen, im Besonderen auch Banken, haben diese Papiere als Sicherheiten eingesetzt und auch in ihrer Bilanz ausgewiesen. Die fallenden Marktpreise für diese Papiere führten nun kurzfristig zu **Korrekturpflichten in Bilanzen**. Dies ist insbesondere eine Folge internationaler Bilanzierungsstandards, die von vielen international operierenden Unternehmen angewandt wurden bzw. angewandt werden mussten bzw. müssen. In Aufschwungszeiten führte diese Bewertungsmethodik, die eine **zeitnahe bilanzielle Bewertung von Sicherheiten zu Marktpreisen** vorschreibt, zu enormen sich selbst verstärkenden **Accelerationseffekten**. In der Krise passierte nun das genaue Gegenteil. Die Bewegung verlief nun sich selbst verstärkend in die andere Richtung, nach unten. Papiere mussten verkauft werden, um frisches Geld zu besorgen, Banken mussten die Kreditvergabe drosseln, weil Eigenkapital zur Hinterlegung knapp wurde, immer mehr Papiere kamen auf den Markt, der Preis fiel immer schneller. Ganze Banken wurden zahlungsunfähig oder fielen aus, das Vertrauen in die Stabilität des Banksystems war erschüttert, es erfolgte – **systemisch betrachtet** – der Übergang in ein völlig anderes Paradigma, nämlich die Destabilisierung des Finanzsektors mit allen Konsequenzen. Hier musste von Seiten der Staaten eingegriffen werden.

III.6. Was ist denn wirklich passiert - normale Welt oder nah-chaotische Verhältnisse?

Fasst man die Einsichten zusammen, die aus den Beispielrechnungen ableitbar sind, dann wird deutlich, dass bei Unterstellung normaler Verhältnisse, also unter Voraussetzung der systemischen Stabilität des Finanzsystems als Ganzem, die Modelle mathematisch korrekt gerechnet waren. D. h. insbesondere, dass es in dem 80 % Sicherheitssegment (und erst recht in noch bevorzugteren Tranchen bei weitergehender Risikodifferenzierung) in der Tat kaum Ausfallrisiken gab, unterstellt, die Dinge laufen normal. In Bezug auf das 20 % Segment sieht es anders aus. Das ist ein High-Risk-Segment. Allerdings gilt auch hier, dass die potentiell größten Verluste in den ersten Jahren eintreten. Glaubt man als Verantwortlicher Hinweise zu haben, dass die ersten 3 – 4 Jahre nichts passiert, dann ist das, was anschließend passiert, vom Risiko her selbst im schlimmsten Schockfall zu bewältigen und wie in (16) – (18) gezeigt, werden die Risikopapiere selbst bei Realisierung ungünstiger Verhältnisse in der Regel besser honoriert als die Papiere im Sicherheitsbereich. In diesem Sinne war die finanzmathematische Berechnung als Basis eines Rating weit überwiegend korrekt.

Ein Weiteres kommt hinzu: Nach den Erfahrungen mit einem boomenden Immobilienmarkt war es lange eine erfolgreiche Firmenpolitik darauf zu setzen, dass es auf jeden Fall noch ein paar Jahre gut gehen wird. Die Tabellen 7a – 7c zeigen, dass dies dann selbst unter sehr ungünstigen Verhältnissen noch zu passablen Zahlen führt. Das Risiko schien also auch für vorsichtige Anleger beherrschbar zu sein und gerade die unter teils öffentlicher Aufsicht stehenden Landesbanken oder die KfW waren unter Dauerdruck, eine Performance zu generieren, die sich im Vergleich zu den Zahlungen der großen Geschäftsbanken sehen lassen konnte. Wobei die Gestaltungsmöglichkeiten im Verhältnis zu denen z. B. einer Deutschen Bank, viel geringer waren: Der Wettlauf von Hase und Igel.

Hinzu kommt schließlich ein weiterer Effekt: Vorstände haben in der Regel nur noch begrenzte Restlaufzeiten in ihren Verträgen. Wer auf gute Boni setzt, „spielt“ das Risiko, vor allem, wenn von ihm Performance gefordert wird und es kein alternatives Geschäftsmodell gibt, diese Performance sicherzu-

stellen. Im Erfolgsfall hat man die Boni, im Nichterfallsfall muss man gehen, muss dann aber die Boni, die vorher kassiert wurden, nicht zurück bezahlen.

III.7. Warum ist es bei den heutigen Marktgegebenheiten so problematisch, wenn der Preis von Papieren fällt?

Papiere vom „sicheren“ Subprime -Typ dienen als Sicherheiten für andere Geschäfte. Wie oben beschrieben, kann sich der Besitzer gegen solche Papiere z. B. kurzfristig re-finanzieren. Wer mit großen Kredithebeln arbeitet, wer lang laufende Kredite kurzfristig re-finanziert, braucht immer wieder **Re-Finanzierung**. Sicherheit dafür sind u. a. Papiere des beschriebenen Typs. Wenn die Attraktivität der Papiere sinkt, wird es schwer, die Refinanzierung sicherzustellen. Wenn das nicht gelingt, muss man in der Not irgendwann versuchen, die Papiere zu verkaufen. Dies z. B. schon deshalb, weil gesetzliche Vorschriften **erzwingen**, dass man bestimmten Relationen einhält bzw. weil der Vorstand alternativ **Konkurs anmelden muss**. Bestimmte Fonds oder Akteure müssen allein schon deshalb verkaufen, weil dies in einer solchen Situation gesetzlich oder aufgrund eigener Statuten erzwungen wird. Wird in der Not unter ungünstigen Bedingungen am Markt verkauft, ist nicht nur der Erlös viel zu gering. Die vielen Papiere, die verkauft sein wollen, führen dazu, dass der **Preis immer weiter sinkt**. D. h., in einer **Todesspirale** nach unten verlieren die Papiere an Wert, sie verlieren teilweise extrem unrealistisch an Wert.

III.8. Der Wirbel der Kaskaden – Kettenreaktion über zwei Größenordnungen: Der Weg in die Krise

Die Welt befand sich in einem langen Aufwärtstrend, der Teil einer Bubble im Finanzbereich war, der wiederum Teil einer größeren Serie von Bubbles, wie z. B. der .com-Bubble, war. Alle diese Blasen sind laut George Soros, einem angesehenen Mathematiker und einem der erfolgreichsten Finanzmarktakteure aller Zeiten, Teil der **Superbubble**, die jetzt zu Ende geht und aus 3 Jahrzehnten einer Politik des leichten Geldes gespeist wurde⁴. Die kritischen Stimmen in jüngerer Zeit nahmen zu. Irgendwann würde eine (Super-)bubble zu Ende gehen würde. Es war Nervosität im Raum. Dann vielen erwartete Hypothekenzahler in zunehmender Zahl aus. Nervosität bedeutet systemisch u. U. den **Übergang in ein anderes Paradigma**, einen anderen Systemzustand. Ein Paradigma, in dem die normalen wahrheitstheoretischen Überlegungen nicht mehr greifen, so etwas wie stochastische Unabhängigkeit nicht gegeben ist, aber auch die Rationalität der verschiedenen Akteure nicht mehr unterstellt werden kann, obwohl dies unsere Systeme generell voraussetzen.

Wird irgendwo am Horizont die Gefahr eines Kollapses eines großen Finanzdienstleisters absehbar, dann können dort viele Akteure ihr Eigentum verlieren, und zwar im Multimillionen oder Milliardenbereich. Bricht eine Bank ganz zusammen, sind u. U. die meisten Konteneinlagen verloren. Einen Run der Bürger auf die Konten können wir als Gesellschaft nicht überstehen, weil der in gedruckter Form verfügbare Teil des Geldes als Kern des Zentralbankgeldes nur im Prozentbereich der Beträge vorhanden ist, die auf den normalen Privatkonten bewegt werden. Dies hat praktische Gründe, hat **nichts** mit einer Krise zu tun. Dies gilt so auch in Boomzeiten.

⁴ Soros, G.: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Alexander Fest Verlag, Berlin, 1998

Eine beginnende Panik kann deshalb **Kettenreaktionen** in Gang setzen, die kaum zu beherrschen sind, und der Auslöser für die Panik können in einer bestimmten Situation bereits eine bestimmte Zahl von Hypotheken sein, die nicht bedient werden, wenn es nämlich deutlich mehr nicht bediente Hypotheken sind als erwartet, in einer Situation, in der möglicherweise auch noch die Preise auf den Immobilienmärkten sinken statt, wie bisher, immer weiter steigen. Wenn in dieser Situation viele Akteure versuchen, aus ihren Papieren herauszukommen, dann kann dies eine Lawine auslösen. Der Preis der Papiere fällt schnell. Auch dies würde allerdings ein lokales Phänomen im Hypothekenbereich bleiben, wenn sich diese Verluste nicht über andere Hebel in immer größere Effekte übersetzen würden. Bilanzierungsrichtlinien führen zu einem erheblichen Abschreibungsbedarf in sehr kurzer Zeit – **eine Größenordnung** an zusätzlichem Effekt. Schon vergebenen Kredite verlangen unter Basel II in dieser Situation Nachjustierungen, insbesondere mehr Eigenkapitalhinterlegung bei der kreditgebenden Bank. Aber die verliert gerade in schwindelerregendem Tempo ihre Eigenkapitalbasis. Schon bei dem bisherigen, besseren Rating der Kreditnehmer dürften so viele Kredite gar nicht vergeben worden sein – eine zusätzliche Größenordnung an unbeherrschbarer Finanzierungslücke. Bei einzelnen Banken droht der Konkurs. In der Folge sinkt das Vertrauen von einer Bank in die andere Bank. Jetzt trocknet **auch noch der Interbankenhandel aus**. Jetzt drohte die Krise endgültig aus dem Ruder zu laufen. Die Stunde der Exekutive. Die Regierungen mussten sofort handeln. Sie haben das mit Umsicht und Konsequenz getan.

Danksagung

Ich danke Herrn PD Dr. Dirk Solte (FAW/n) und Herrn PD Dr. Thomas Kämpke (FAW/n) für viele wichtige Hinweise und Anregungen zu dem vorliegenden Text.

Literaturhinweise: FAW/n-Arbeiten zum Thema

1. Radermacher, F.J.: Globalisierung gestalten – Die neue zentrale Aufgabe der Politik. Ein BWA-Impulsbuch, S. 15-82, Terra Media Verlag, Berlin, 2006
2. Radermacher, F.J., Beyers, B.: Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert, Murmann Verlag, Hamburg 2007
3. Solte, D.: Weltfinanzsystem am Limit - Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Terra Media Verlag, Berlin 2007

Weitere Informationen unter:

www.bwa-deutschland.de, www.faw-neu-ulm.de oder www.globalmarshallplan.org, www.clubofrome.de/schulen, www.connectingyouth.org, www.dekade.org, www.gmp-deutschland.de

Unter der Adresse „globalmarshallplan.org“ kann kostenlos der wöchentliche Newsletter der Global Marshall Plan Initiative abonniert werden. Ferner können dort einschlägige Bücher bestellt werden. ■

PhilosophieArena für Nachhaltigkeit

Vier ehrenamtlich organisierte Vereine aus dem Rhein-Main Gebiet rufen die PhilosophieArena Rhein Main ins Leben. Mit diesem Zusammenschluss steht den Bürgern der Region, Unternehmen und Organisationen städteübergreifend eine Auswahl anregender Veranstaltungen zur Verfügung. Aktuell finden sie statt in Frankfurt am Main, Wiesbaden, Mainz, Kelkheim oder Bad Soden.

Die PhilosophieArena lädt ein zu Gesprächen im wirtschaftsethischen Salon, Diskursen über lebende Legenden der Region, Informationen über wirtschaftliches Handeln und Parallelen zu uralten Philosophien. Auch Physik und Literatur werden besprochen und diskutiert. Mal geht es mehr unternehmerisch, ein anderes Mal mehr künstlerisch oder wissenschaftlich zu. Das kommt auf die ausgesuchte Veranstaltung an.

Auf den soeben eröffneten Webseiten der PhilosophieArena gibt es einen Überblick zu den Angeboten der Gründervereine DenkArt, Philosophieforum Kelkheim, dnwe deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik / Regionalforum Rhein Main und Forum Philosophie & Wirtschaft.

Durch die Veranstaltungen, die zum gemeinsamen Denken über Werte und Strukturen, zum Lernen und Kommunizieren anregen, möchten sie ein grundlegendes Gut der Bevölkerung stärken: selbständiges Denken, das (Hinter-) Fragen und Verstehen.

Die heute oft geforderte flexible Anpassung, schnelle und fundierte Entscheidungen bringen weitere neue Wege und Anforderungen mit sich. Wie verstehen wir beispielsweise mögliche Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Handeln und den Veränderungen der Umwelt? Wächst die Auseinandersetzung mit dem eigenen Bewusstsein, gibt es auch mehr Verständnis für gesellschaftliches Bewusstsein und ihre Notwendigkeiten. Traditionell philosophische Fragestellungen also sind aktueller denn je.

Hintergrund

Die PhilosophieArena wurde im Sommer 2009 von vier Vereinen als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet: DenkArt e.V., Forum Philosophie und Wirtschaft e.V., Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik EBEN Deutschland e.V. und Philosophieforum Kelkheim e.V.

Web >> www.philosophiearena.de



>>>>

PhilosophieArena Rhein Main

Kultur | Wirtschaftsethik | Wissenschaft | Kunst

 Suchen

[Home](#) [PhilosophieArena](#) [DenkArt](#) [Philosophieforum Kelkheim](#) [DNWE Regionalforum Rhein Main](#) [Forum Philosophie & Wirtschaft](#)
[Aktuell](#) [Tipp](#) [Rückblick](#) [???](#)


AKTUELL

Axel Honneth feierte 60. Geburtstag

Der Direktor des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main feierte am 18. Juli seinen 60. Geburtstag. Wir gratulieren ihm dazu ganz herzlich und empfehlen zwei aktuelle Bücher, die in diesen Tagen erschienen sind: Erneuerung der Kritik. Axel Honneth im Gespräch (Campus Verlag) und Sozialphilosophie und Kritik (Suhrkamp Verlag).

[Fortsetzung...]

VERANSTALTUNGEN

[Grussworte](#)
[Veranstaltungen 2009](#)
[Veranstaltungsarchiv 2009](#)

PHILOSOPHIEARENA

"Die ethische Fundierung der Wirtschaft ist heute so dringlich wie seit jeher. Sie öffentlich zu diskutieren, bedeutet über das eigene Handeln und die eigenen Werte nachzudenken ..."

Aus dem Grußwort von
Prof. Dr. Felix Semmelroth

DEM NÄCHST



24.08.09: Was ist Recht, was ist Gerechtigkeit? [Kelkheim]
Einsendeschluss Schülerwettbewerb!



27.08.09: Unternehmerische Verantwortung in Zeiten der Krise [Frankfurt, 19 Uhr]
Vortrag von Professor Leisinger im Haus am Dom.



30.08.09: Zauberbergfest [Kelkheim, 11 Uhr]
Philosophieforum Kelkheim e.V., Vortrag um 15 Uhr: Kampfplatz der Philosophie: Große

IM FOKUS



Zeit für Philosophie

Es geht hier nicht notwendig um Freizeit und Entspannung. Eine Reflexion durch Fragen, Verstehen und Kommunizieren kann sehr sportlich sein. Gehirnjogging, wenn Sie so wollen.

Die Organisatoren der vier Gründervereine kümmern sich seit vielen Jahren um ein Angebot kritischer Reflexion im Rhein Main Gebiet. Mit dem frisch gebackenen Zusammenschluss der PhilosophieArena stehen die Vereinsangebote rund um [...]

ALSO



Vor 40 Jahren,

am 6. August 1969, starb Theodor W. Adorno. "Die Todesnachricht kam plötzlich und völlig überraschend. Gerade hatte man in Frankfurt nach einem turbulenten Sommersemester aufzuatmen begonnen. Mitte Juli 1969 hatte Adorno mit seiner Frau Gretel die übliche schwüle Frankfurter Sommerhitze verlassen und sich wie in den letzten beiden Jahrzehnten nach der Site alter Gebirgskühe, die [...]"

ARENA

[www.fst702](#)

ANZEIGE

PRINT*POOL

Ressourcenschonende Drucksachen

Z.B. SCHOPENHAUER



Frankfurt: Schopenhauer

Einführung in die Nachhaltigkeitskritik

von Davide Brocchi, Köln

Der erste Bericht des Club of Rome sorgte 1972 für großes Aufsehen. Sein Titel war die Grenzen des Wachstums. Das Forschungsteam um den US-Chemiker Dennis Meadows hatte anhand von mathematischen Modellen berechnet, dass das Wachstum von Weltbevölkerung und Wirtschaft relativ bald gegen die biophysischen Grenzen des Planeten gestoßen wäre. Ohne eine radikale gesellschaftliche Wende wäre es im Laufe der nächsten hundert Jahre zu jenem katastrophalen Szenarium gekommen, das Thomas Malthus bereits 1798 in An Essay on the Principle of Population beschrieben hatte: Eine Bevölkerung, die exponentiell wächst und mehr verbraucht als die Umwelt hergibt, bringt sich irgendwann selbst um. Dem Survival of the fittest folgt ein Suicide of the fittest.

State of the World 2009

Fast 30 Jahre sind vergangen und eine Menge Dinge haben sich inzwischen verändert - leider in die falsche Richtung. Seit 1972 hat die Weltbevölkerung um drei Milliarden Menschen zugenommen. Der globale Luftverkehr hat sich verfünffacht, in der Europäischen Union sogar verzweifelt. Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre ist dramatisch gestiegen. Die Zerstörung der Tropenwälder schreitet ungebremst voran.

Obwohl der Kalte Krieg seit 20 Jahren vorbei ist, haben die weltweiten Rüstungsausgaben wieder Rekordwerte erreicht, während eine Milliarde Menschen verhungert (heute 178 Millionen mehr als 1990). Selbst in Deutschland gelten rund elf Millionen Menschen (13,5 Prozent der Bevölkerung) als arm, obwohl das Bruttoinlandsprodukt fast drei Mal höher als 1972 ist. Dafür dürfen zwei Drittel der Bürger mehr konsumieren: Sind sie deshalb freier und glücklicher? Nicht unbedingt. Sie leiden oft unter Stress, müssen ständig „wettbewerbsfähig“ sein und sind in Bedürfnissen und sozialen Erwartungen gefangen, die es vor dreißig Jahren nicht gab.

Natürlich gibt es auch Positives zu verzeichnen. Nach dem Baby-Boom sinkt die Geburtenrate in Deutschland. Der Rhein ist wieder sauber. Die Sonnen- und Windenergie boomen. BMW will aus der Formel 1 aussteigen und in umweltfreundliche Technologien investieren. Bush ist weg und Obama ist da. Erfreuliche Entwicklungen, die aber am globalen Ergebnis (noch) zu wenig ändern: Seit Jahrzehnten steuert die globali-

sierte Gesellschaft auf eine katastrophale Krise zu, die keinen Vergleich in der Geschichte hat.

Vor kurzem haben sich die G8 und die Schwellenländer darauf geeinigt, den globalen Temperaturanstieg in diesem Jahrhundert bei maximal zwei Grad Celsius halten zu wollen. Grund zur Freude? Wohl kaum. Zwei Grad Celsius bedeuten einen ähnlichen Zustand wie in der Eiszeit – nur in die umgekehrte Richtung. Es könnte aber noch schlimmer kommen, denn die CO₂-Emissionen steigen weiter. In ihrem Climate Change – Synthesis Report verkündeten prominente Klimaexperten im vergangenen Juni, dass eine durchschnittliche Temperaturzunahme von 2,4 Grad Celsius bereits unvermeidbar sei.

Mit welchen Ressourcen werden wir einer solchen Herausforderung begegnen, sie gestalten oder umkehren? Noch heute wird 80 Prozent des globalen Energiebedarfs mit fossilen Energieträgern gedeckt. Während die Wissenschaftler eine Energierevolution fordern, geht die Internationale Energieagentur von einem steigenden Einsatz von Erdöl, Kohle und Erdgas aus: 2030 wird 90 Prozent der Energie auf diese Weise produziert, lautet die Prognose.

In der Tat wird in Flughäfen und Autobahnen weiter investiert, während die Autobranche neue Märkte erobert. Um die Wirtschaft anzukurbeln, werden die Verbraucher aufgefordert, noch mehr zu konsumieren. Im November 2008 schlug die SPD vor, allen Erwachsenen einen Konsumscheck von 500 Euro zu schenken. Heute gibt es 2.500 Euro Abwrackprämie, wenn man einen neuen Wagen kauft.

Wenn die chinesische Wirtschaft zum zweiten Quartal in Folge um acht Prozent wächst, dann macht es Hoffnung auf ein baldiges Ende der Rezession. Welche sozialen und ökologischen Kosten das Wirtschaftswachstum mit sich bringt, interessiert die Wenigsten.

Viele Staaten werden sich in den nächsten Jahren eher mit ihrer dramatischen Schuldenlast beschäftigen müssen, als mit der sozial-ökologischen Wende.

Kalifornien macht es vor: Um den Bankrott zu vermeiden, lässt die siebtgrößte Wirtschaft der Welt dutzende Naturparks schließen und soziale Leistungen für Arme und Alte streichen.

Gleichzeitig haben sich amerikanische Bankmanager in wenigen Monaten 33 Milliarden Dollar Boni ausgezahlt, nachdem ihre Banken durch Steuergelder gerettet worden waren.

Alles nur Pessimismus? Diese Analyse verdichtet Berichte, die jeder aufmerksame Leser in der Tagespresse finden kann.

Die Nachhaltigkeitsdebatte und ihre Schwächen

Natürlich schaut nicht jeder passiv zu wie die Welt allmählich untergeht. In Wissenschaft und Zivilgesellschaft findet zum Beispiel eine rege Debatte über Alternativen statt, oft unter dem Dachbegriff der Nachhaltigkeit.

Die verbreiteste Definition von Nachhaltigkeit kommt aus dem Brundtland Bericht *Unsere gemeinsame Zukunft* von 1987: Nachhaltig ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Man muss leider feststellen, dass die Nachhaltigkeitsdebatte kaum eine Wirkung gegen nicht-nachhaltige Umtriebe entfaltet - wenn überhaupt, dann fungierte sie lediglich als verhaltenes Korrektiv. Dies hat verschiedene Gründe.

Heute schützt sich die gesellschaftliche Ordnung gegen ihre Überwindung nicht (nur) durch Überwachung, Repression und Exklusion. In modernen „demokratischen“ Gesellschaften wird die Radikalität (im Sinne von: Probleme an den Wurzeln anpacken) entschärft, indem die Alternativen „vereinnahmt“ werden. Durch Manipulation, Kommerzialisierung, Ökonomisierung, Professionalisierung oder Institutionalisierung werden die Kräfte des Wandels umkanalisiert, um das Status Quo zu stützen. Diese Prozesse sind nicht immer bewusst und absichtlich, sondern ergeben sich oft durch vorhandene Strukturen.

Vor diesem Hintergrund muss auch die Nachhaltigkeitsdebatte kritisch betrachtet werden. Noch bevor der Nachhaltigkeitsbegriff irgendwelche Wirksamkeit entfalten konnte, drohte er zu „Expertenlyrik“ zu verkommen - so Werner Schenkel, ehemaliger Direktor des Umweltbundesamtes. Die mächtige PR-Maschinerie von Regierungen und Großunternehmen tat den

Rest: Sie schluckte, kaute und entkontextualisierte den Begriff; verpackte ihn in Floskeln wie „nachhaltiges Wachstum“ und ließ diese durch die Massenmedien verbreiten. Das Ergebnis: Auch der Chemiekonzern Bayer schmückt sich inzwischen mit „Nachhaltigkeitsberichten“.

Die Wirkung der Kommerzialisierung kann man beim Phänomen Bio feststellen. Das grüne Logo drückt keine alternative Kultur mehr aus, sondern ist mehr und mehr Teil eines Business geworden; das Merkmal eines wohlhabenden, bewussten und gut gebildeten Milieus, das gerne als Lohas bezeichnet wird: *Lifestyle of Health and Sustainability*.

Die Institutionalisierung der Umweltbewegung fand in den 80er Jahren statt, zum Beispiel durch die Bildung der Umweltministerien: Trotz Tschernobyl konnte die Regierung die Atomenergie weiter fördern, indem sie Initiative beim Umweltschutz zeigte.

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ entstand auf der internationalen Bühne der Vereinten Nationen, genauer gesagt in der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED), auch Brundtland Kommission genannt. In den letzten 30 Jahren hat es an internationalen Konferenzen und Absichtserklärungen sicher nicht gefehlt. Trotzdem sind die bisherigen Ergebnisse der internationalen Sozial- und Umweltpolitik mager - ein klarer Beweis dafür, dass sich radikale Forderungen nicht durch einen Top-Down-Prozess durchsetzen lassen. 1972 fand die erste UN-Umweltkonferenz in Stockholm statt und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) wurde gegründet. 1992 trafen sich die Regierungschefs bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Es herrschte damals die große Hoffnung, dass dem Kalten Krieg ein sozial-ökologisches Zeitalter folgen würde. Der Weg dahin wurde in der Agenda 21 beschrieben, das wichtigste Dokument, das in Rio verabschiedet wurde.

Der großen Hoffnung folgte eine tiefe Enttäuschung. Anstelle der globalen Kooperation kam der globale Wettbewerb. Eine flächendeckende Privatisierung ersetzte vielerorts das Gemeinwesen und die Solidarität. Den Demokratien wurden wichtige Steuerungshebel entzogen zugunsten der Deregulation der Wirtschaft. Während der Prozess der neoliberalen Globalisierung von G7 und Welthandelsorganisation (WTO)

in einem schwindeligen Tempo vorangetrieben wurde, waren 1997 unglaubliche Bemühungen in Kyoto nötig, um die Klimakonferenz vor dem Scheitern zu retten. Aus dem sehr bescheidenen Kyoto-Protokoll stiegen später die USA aus, die größte CO₂-Schleuder weltweit. Bis heute wurde der Vertrag nur von wenigen Unterzeichnern konsequent umgesetzt.

Im Jahr 2000 verabschiedete die UNO in feierlicher Stimmung die Millenniumsziele. Die internationale Gemeinschaft wollte zum Beispiel die weltweite Armut bis zum Jahr 2015 halbieren: Davon sind wir immer noch sehr weit entfernt.

Über die Rio+10-Konferenz von 2002 in Johannesburg spricht heute keiner mehr: Sie geriet in den Schatten des 11. Septembers. Nachdem die umweltpolitischen Verhandlungen der letzten Jahre meistens mit enttäuschenden Ergebnissen endeten, schaut nun die Welt nach Kopenhagen, wo am 7. Dezember die 15. Klimakonferenz beginnen wird.

Wirklich eine Ironie des Schicksals: Die nachhaltige Entwicklung fand bisher ihre größten Hindernisse genau dort, wo der Begriff entstand - nämlich oben. Einer Auseinandersetzung mit diesen Hindernissen weichen aber die dominanten Nachhaltigkeitsstrategien aus. „Realistisch“ ist praktisch das, was einen offenen Konflikt mit Machtstrukturen und Geldgebern vermeidet.

Es kann deshalb nicht wirklich überraschen, dass die einflussreichste Nachhaltigkeitsstrategie immer noch jene des Weiter so ist: Die Beschaffung von Arbeitsplätzen, die Armutsbekämpfung oder der Umweltschutz setzt Wirtschaftswachstum voraus. Es riecht nach Ideologie, wenn die Ursachen als Lösung angepriesen werden.

Relativ einflussreich ist auch die Effizienzstrategie. Sie orientiert sich am Mythos des technologischen Fortschritts und betrachtet die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft als beständige Tatsache. Das Problem sei nicht, dass Unternehmen Profit schlagen oder dass Massen fliegen wollen: Eine umweltschonende Wirtschaft ist allein eine Frage der richtigen Technologie. Mit drei Liter-Autos können die Menschen weiter fahren und ihre CO₂-Emissionen gleichzeitig senken. Mit Sonnen- und Windenergie kann die Wirtschaft weiterwachsen. Keiner muss auf irgendetwas verzichten, im Gegenteil. In Faktor 4, einem Klassiker der Effizienzstrategie, verspricht der Naturwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker „doppelten

Wohlstand durch den halbierten Naturverbrauch“, wenn man 50 bewährte technische Lösungen konsequent umsetze. So einladend das Versprechen auch klingt, so bedeutend sind die Schwächen dieser Strategie. Zum Beispiel: (a) Für die Herstellung neuer Technologien werden nicht-erneuerbare Ressourcen benötigt. Zum Teil sind sie nur in Spuren auf der Erde vorhanden; (b) Die Effizienzstrategie akzeptiert die Wachstumslogik, obwohl diese die Umweltvorteile der Effizienz mindert; (c) Auch neue Technologien haben ökologische, soziale und kulturelle Auswirkungen, die nicht immer vorhersehbar sind; (d) „Irgendwie werden es die neuen Technologien für uns schon richten“: Der Glaube am technischen Fortschritt schuf in der Vergangenheit immer wieder ein trügerisches und gefährliches Sicherheitsgefühl.

Der Einsatz von effizienteren und umweltschonenden Technologien spielt auch bei der ökologischen Modernisierung eine wichtige Rolle. Dieser Ansatz geht aber weiter und zielt auf eine zusätzliche Ökonomisierung des Austausches mit der Umwelt: Nicht nur die natürlichen Ressourcen für die Industrie (Inputs) sollen einen „Preis“ haben, sondern auch die umweltschadenden Emissionen (Outputs). Das Steuersystem soll ökologisch reformiert werden. Die CO₂-Emissionsrechte auf der Climate Exchange Börse wie Aktien gehandelt werden. Bei dieser Strategie kommt die gleiche Rationalität zum Einsatz, die an sozialen und ökologischen Problemen nicht ganz unschuldig ist. Aber je mehr monetarisiert wird, desto höher ist der Stellenwert von Geld und Profit in unserer Gesellschaft. In einem Kontext der sozialen Ungleichheit bedeutet ökologische Modernisierung Folgendes: Wer mehr Geld besitzt, hat mehr Macht und kann sich mehr leisten, z.B. ein grünes Gewissen; Wer weniger hat, ist vom Geld und Geldgebern abhängiger, muss auf Teures verzichten und zum Discounter gehen. Die Kosten werden auf die Schwächeren externalisiert – und die Vorteile auf die Stärkeren konzentriert.

Was die sozial-ökologische Wende schließlich bremst, ist die breite Überzeugung, dass man neoliberale Globalisierung und Nachhaltigkeit nebeneinander realisieren könne, als ob sie nichts miteinander zu tun hätten. Bei der Welthandelsorganisation (WTO) und bei den UN-Umweltkonferenzen sind dieselben Regierungen vertreten. Im ersten Fall betrachten sie Umweltschutzmaßnahmen als störende Handelshemmnisse; im zweiten Fall beteuern sie hingegen ihre ökologischen Absichten. Einerseits setzt sich der Wirtschaftsminister für den Bau neuer Kohlekraftwerke ein, andererseits fördert der

Umweltminister Maßnahmen für eine Reduzierung der CO₂-Emissionen. Genauso finden wir in der gleichen Tageszeitung die Nachricht über den steigenden Meeresspiegel und eine Seite weiter die Werbung einer Billigfluggesellschaft. Während die Finanzkrise immer mehr Familien erreicht, strahlt die ARD die Soap Opera Geld.Macht.Liebe und natürlich die tägliche Live-Schaltung aus dem „Frankfurter Parkett“.

Epochale Herausforderungen stehen uns bevor, aber im Westen ist es auffallend ruhig: Keine öffentlich getragenen Konflikte, keine großen politischen Proteste und keine revolutionären Kommunen. Der Konflikt zwischen nicht-nachhaltiger Entwicklung und nachhaltiger Entwicklung wird eher innerlich und privat geführt: Er drückt sich durch eine gesellschaftliche Schizophrenie und eine individuelle Alienation aus.

Die Nachhaltigkeitsdebatte braucht neue Perspektiven

Es ist Zeit, dass andere Fragen in den Mittelpunkt der Nachhaltigkeitsdebatte rücken. Zum Beispiel:

- Wir verfügen bereits über eine Reihe bewährter Lösungen für soziale und ökologische Probleme: Warum setzen sie sich nicht durch? Was hemmt ihre Umsetzung? Wie können wir diesen Hindernissen entgegentreten?
- Wir leben in der Gesellschaft der Innovation und des „flexiblen Menschen“: Was macht sie so schwerfällig vor der drohenden globalen Krise?
- Auch eine Wissens- und Informationsgesellschaft wie unsere kann katastrophale Entscheidungen treffen: Wir wollen weiter wachsen, obwohl wir wissen, wohin das führt. Wie können wir das erklären?
- Die größten Gefahren für die Menschheit gingen bisher hauptsächlich von den „entwickelten“ Ländern aus - und nicht aus den „unterentwickelten“. Wie kann sich die Nachhaltigkeit in einem nicht-nachhaltigen kulturellen Kontext entfalten? Hat die kulturelle Führung des Westens immer noch Bestand? Was können wir von anderen Kulturen lernen?

- In der Geschichte lernten die Menschen oft nach der Erfahrung der Katastrophe. Wie können die Menschen a priori lernen, bevor es zu spät ist?

Keine neue Technologie kann solche wichtigen Fragen beantworten. Bei der Frage der Nachhaltigkeit geht es nicht um die Befriedigung wachsender Bedürfnisse, sondern und vor allem um die Vorbeugung von „evolutionären Sackgassen“ in der Entwicklung unserer Gesellschaft. Der Soziologe Jürgen Habermas würde Nachhaltigkeit als „soziale Evolution“ definieren und die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft am Niveau ihrer Lernkompetenz und ihrer Lernmechanismen bemessen. Der Weg zu einer besseren Gesellschaft ist also ein Lernprozess, bei dem Aspekte wie soziale Ungleichheit, Demokratie, Werteinstellungen oder Emotionen eine zentrale Rolle spielen.

Mit der Zunahme von Macht sinkt die Lernfähigkeit einer Gesellschaft – und dies könnte zumindest zum Teil erklären, warum Auschwitz und Hiroshima Produkte einer Hochkultur waren. Die eigentliche Gefahr für unsere Zukunft liegt nicht bei den biophysischen Grenzen, sondern in der Missachtung der menschlichen Grenzen, unserer eigenen.

Davide Brocchi (*1969), lebt in Köln, ist Sozialwissenschaftler und Lehrbeauftragter des Instituts für Umweltkommunikation der Universität Lüneburg. ■

CSR aus gewerkschaftlicher Sicht

Gastbeitrag von Claus Matecki

In einer demokratisch verfassten Gesellschaft müssen Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR) ist in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Immer mehr Unternehmen tun gutes und berichten darüber.

CSR basiert nach der Definition des Grünbuches der EU-Kommission auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Aus Sicht der Gewerkschaften ist deshalb CSR alleine nicht geeignet, das notwendige Niveau zum Schutz von Arbeitnehmerrechten zu gewährleisten. Hierzu bedarf es verbindlicher Mindeststandards weltweit.

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bedeutet die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR), das sich Unternehmen verbindlich dazu verpflichten, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, zum dauerhaften Erhalt der Umwelt beizutragen und die Verbraucher zu schützen.

In Zeiten weltweit agierender Konzerne kann gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen nicht nur auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren. Sie muss für die Gewerkschaften viel mehr als zusätzliche Leistung auf Verfahren aufsatteln, die überprüfbar und sanktionsfähig sind. Als geeignet hierfür sehen Gewerkschaften vor allem die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Die verbindliche Regelung von Arbeitsbedingungen ist für Gewerkschaften eine unverzichtbare Voraussetzung für gerechte und menschenwürdige Erwerbsarbeit. Sie bietet Schutz für die Beschäftigten, reduziert die Komplexität eines unübersichtlichen Arbeitsmarktes und trägt generell zur Zivilisierung des Kapitalismus bei. In Deutschland gibt es starke, schützende, gesetzliche Regelungen, die Arbeitnehmerrechte gewährleisten und die durch eine überprüf- und erstreitbare Sicherung von Mindeststandards einklagbar sind.

Auf internationaler Ebene gibt es diese bundesdeutsche rechtliche Ausgestaltung von Arbeitsbeziehungen jedoch nicht. Abhängige Erwerbsarbeit existiert auf globaler Ebene in einem schwerüberschaubaren Feld verschiedenster nationaler Rechtssetzungen. Dies wäre in Zeiten nationalstaatlich

abgegrenzter Volkswirtschaften weniger problematisch als in Zeiten der Globalisierung.

Multinationale Unternehmen agieren weltweit über die verschiedensten nationalen Gesetzgebungen hinweg und sind oft auch in Ländern tätig, in denen keine verrechtlichte Arbeitnehmerschutzstruktur anzutreffen ist. Für diese multinationalen Unternehmen bietet CSR die Möglichkeit innerhalb ihres Unternehmens verbindliche Standards zu schaffen, die weltweit im Unternehmen Gültigkeit haben. Dieses Modell ist aus Sicht der Gewerkschaften jedoch stark verbesserungsbedürftig. CSR kann und darf aus gewerkschaftlicher Sicht niemals ein Ersatz für gesetzliche Regelungen sein. Deshalb darf CSR auf nationalstaatlicher Ebene nur als zusätzliches Regulierungsmodell auf einer umfassenden gesetzlichen Basis aufsatteln.

International liefern freiwillige CSR-Vereinbarungen keinen ausreichenden Rahmen um die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung voranzutreiben. Die OECD-Leitsätze sind aus gewerkschaftlicher Sicht das bisher beste Modell um die soziale Dimension der Globalisierung voranzutreiben. Aufbauend auf den ILO-Kernarbeitsnormen haben die OECD-Staaten mit den OECD-Leitsätzen einen Empfehlungskatalog für multinationale Unternehmen erarbeitet, der neben Menschenrechten und Kernarbeitsnormen Prinzipien der Vorsorge und Nachhaltigkeit sowie Korruptionsbekämpfung, Verbraucherschutzfragen und Besteuerung von Unternehmenstätigkeiten umfasst. Darüber hinaus beinhalten sie weitere Empfehlungen, die sie für Gewerkschaften zu einem besonders interessanten Regulierungsmodell für internationale Unternehmenstätigkeiten machen: Die OECD-Leitsätze beinhalten Empfehlungen zu Informationsrechten der Arbeitnehmer und deren Gewerkschaften, wie bspw. der Aufforderung, den Arbeitnehmervertretern die nötigen Informationen über die tatsächliche Situation eines Unternehmens zukommen zu lassen. Die OECD-Leitsätze verfügen ausserdem über einen Beschwerde- und Sanktionierungsmechanismus. Zu diesem Zweck hat jedes Land, das die Leitsätze unterzeichnet hat, eine nationale Kontaktstelle (NKS) eingerichtet. Die nationalen Kontaktstellen haben die Aufgabe die OECD-Leitsätze bekannt zu machen, Beschwerden entgegenzunehmen und in einem Moderations- und Schlichtungsverfahren streitige Fälle zu lösen und auf die Einhaltung der OECD-Leitsätze zu achten.

Die OECD-Staaten sind mit der Ratifizierung der OECD-Leitsätze Verpflichtungen eingegangen: Die auf ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen sind von den OECD-Staaten anzuhalten, bei ihrem weltweiten Engagement im Sinne der OECD-Leitsätze zu handeln.

Der DGB-Bundesvorstand hat in einem 10-Punkte-Papier zu CSR, u. a. die Bundesregierung aufgefordert die notwendigen Schritte einzuleiten, damit die OECD-Leitsätze ihr volles Potenzial zur weltweiten Durchsetzung sozialer und ökologischer Unternehmensverantwortung entfalten können. Die Gewerkschaften fordern seit langem die Schaffung einer wirklich interministeriellen nationalen Kontaktstelle, die Erhöhung der Transparenz und Effizienz der deutschen nationalen Kontaktstelle und, dass die OECD-Leitsätze allen Regierungsaktivitäten zu CSR als Mindeststandards zu Grunde gelegt werden sollen.

Die aktuelle CSR-Debatte ist eine verspätete Reaktion auf die seit über einem Jahrzehnt anhaltende weltweite Kritik an sozialer und ökologisch unverantwortlicher Unternehmenspolitik. Im Kern geht es den deutschen Gewerkschaften um die bis heute fehlenden verbindlichen zwischenstaatlichen Regelungen zur Durchsetzung einer sozialen Dimension der Globalisierung. National wie international gilt: Nur das Engagement der Unternehmen, das über bestehende und vereinbarte Standards hinaus geht, verdient unsere Würdigung. CSR allein kann verbindliche Standards nicht ersetzen. Darüber hinaus darf CSR von Unternehmen nicht dazu verwendet werden, um ihre Verantwortung neu zu definieren bzw. neu auszulegen. Der Schutz von Arbeitnehmern muss gesetzlich reguliert bleiben, und in denen Ländern in denen dies noch nicht geschehen ist, reguliert werden. Verbindliche und sanktionsfähige Regelwerke für soziale und wirtschaftliche Unternehmenstätigkeiten sind nach wie vor dringend erforderlich. Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften bleibt es dabei: Unternehmen haben keine alleinige Definitionshoheit über die Ausgestaltung ihres sozialverantwortlichen Handelns. So fordert Art. 14, Abs. 2 des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Im Geiste des Deutschen Grundgesetzes fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine bessere Regulierung und eine am Gemeinwohl orientierte Ausrichtung unternehmerischen Handelns. Dies bleibt

für Gewerkschaften die zentrale Richtschnur unseres Handelns. Mit diesem Kompass arbeiten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auch mit politischen Entscheidungsträgern zusammen, um die CSR-Debatte zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beeinflussen.

Der DGB fordert darüber hinaus die Unternehmen auf, die demokratisch gewählten Arbeitnehmervertretungen in die Ausarbeitung einer CSR-Strategie zu integrieren. Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter hingegen sind in der gegenwärtigen CSR-Debatte aufgefordert an CSR-Vereinbarungen mitzuarbeiten und diese aktiv zu gestalten. Aus Sicht der Gewerkschaften kann eine arbeitnehmerorientierte CSR-Strategie gesetzliche Regelungen punktuell ergänzen, jedoch niemals ersetzen. Auch in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise bleibt es Aufgabe der Unternehmen sozial, ökologisch und nachhaltig zu wirtschaften. Die Gewerkschaften werden auch in der Weltwirtschaftskrise das Engagement der Unternehmen an diesen Kriterien messen. ■

Claus Matecki, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des DGB

Die Botschaft: Wer sich mal so richtig positiv fühlen will



Es gibt Momente und Filme, die ein positives Grundgefühl hinterlassen. 5 Minuten für eine sanft positive Grundstimmung.

Es bewegt sich auf den kleinen Ecken der Welt etwas, sehr still im Systemschatten und lugt hervor. So startet heute das dreitägige globale Meditieren für mehr Mitgefühl.

Da passt wie gerufen - ist es gerufen und wenn ja, von wem? - die beiden kleinen Filmchen, die aktuell sich großer Beliebtheit auf Youtube und facebook erfreuen. Glocalist Medien haben schon via ihrem Twitter darauf aufmerksam gemacht.

Es entsteht ein tiefes Gefühl der Verbundenheit und Testimonials berichten von erstaunlichen emotionalen Reaktionen, die nachstehender Film bei ihnen ausgelöst hat.

Der eine lautet einfach "The Message"; kleine Botschaften auf Händen geschrieben, die einfach elementar und wuchtig in ihrer Stille daherkommen und der andere Film will mehr. Hier geht es um das The Humans Project.

**What does it mean
to be human?**

Beiden gemeinsam ist der positive Ansatz, der ein Lächeln und eine gute Stimmung zaubert. Mehr ist von einem Film kaum zu erwarten. Anschauen und Sich-Wohlfühlen. Sie atmen alle

den Geist von Change & Hope. Sie sind vielleicht Vorboten von einer Art von unverkrampften Ernsthaftigkeit im Bewusstsein, dass es Spitz auf Knopf steht für die Welt. Zentrale Botschaft "Der Botschaft" ist: Wir sind nicht mehr unsichtbar und Du nicht alleine in der einen Welt, wo alles und jeder verbunden sei. Von daher auch wiederkehrende Appelle an die Einheit

der Menschheit, gegen Rassismus und für Toleranz. Interessant der Abschluss mit der Maske aus dem Film "Vendetta"; da wird wohl auf einen anderen, möglichen Drehmoment hingewiesen.

Aus gut informierten Kreisen ist zu erfahren, dass Berlin gerade eine Antwort vorbereitet. Die Botschaft wurde gehört.

The Message >> <http://www.youtube.com/watch?v=Z-BzXpOch-E>

The Humans Project >> http://www.youtube.com/watch?v=R0VS_3XmEpY&feature=channel

The Meaning >> http://www.youtube.com/watch?v=A4oeO6-BeJk&annotation_id=annotation_272158&feature=iv ■

A new community project

for everyone

Honig vom Teebaum haut Bakterien um: Ohne Beipackzettel.

Schon das pharaonische Ägypten wußte im Honig die Götterspeise. Ihre kulturellen Kinder die Griechen sahen dies ebenso. Eine neue Studie belegt: Gewisse Sorten von Honig sind effektiver als Antibiotika.

Und wenn die Bienen aussterben - Europa arbeitet gerade daran (s.h. Bericht auf Glocalist >> www.glocalist.com/news/kategorie/oekologie/titel/honigbienen-nach-vergiftung-droht-nun-der-hungertot/) - dann hat die Menschheit noch knapp drei Jahre zum Überleben, denn ohne die Bestäubung von Bienen läuft nix.

Und nun, ist Honig besser als industriell erzeugtes Antibiotika. In einer bisher einzigartigen Studie haben Forscher der University of Sydney Beweise dafür gefunden, dass manche Honigsorten bei der Behandlung von oberflächlichen Wunden und Infektionen effektiver wirken als Antibiotika. Beipackzettel und unerwünschte Nebenwirkungen kann man getrost vergessen, denn Honig ist gesund. Natürlich nicht in Tagesdosen wie von einem halben Kilo oder mehr, aber wer packt das schon?

Antibiotika wirken in der Regel nur gegen bestimmte Bakterien. Die meisten Bakterien, die Infektionen in Krankenhäusern verursachen, sind noch dazu gegen mindestens ein Antibiotikum resistent. Die in der Studie eingesetzten Honigsorten wirkten jedoch gegen alle getesteten Erreger, darunter auch multiresistente Bakterien. Was besonders entscheidend ist, die Bakterien passten sich nicht an und entwickelten keine Resistenz gegenüber dem Honig, wie dies bei Antibiotika der Fall ist.

Die von den Wissenschaftlern verwendeten Honigsorten waren Manuka und Jelly Bush aus Neuseeland bzw. Australien. Beide sind zwar als medizinische Varianten erhältlich, werden jedoch in Krankenhäusern kaum eingesetzt. Mit der vorliegenden Studie konnte erstmals gezeigt werden, dass der medizinische Honig in vielen Fällen antibiotische Cremes auf Wunden oder an Kathetern ersetzen könnte. In Anbetracht einer immer kürzeren Lebensdauer vieler Antibiotika sind alternative Behandlungswege gegen Infektionen unerlässlich.

Den getesteten Honigsorten ist gemein, dass sie von Bienen produziert werden, die sich von Pflanzen der Gattung Leptospermum - allgemein auch als Teebaum bekannt - ernähren. Bisher wissen die Forscher nicht genau, wie der Honig Infektionen vermeidet und abtötet. Sie vermuten, dass ein Bestandteil namens Methylglyoxal eine Wechselwirkung mit anderen, bisher unbekannten, Bestandteilen des Honigs eingeht und so infektionsauslösende Bakterien daran hindert, neue Stämme zu bilden, die gegen den Honig resistent sind. ■

Eine nachhaltige Energiezukunft ist möglich. Wir begleiten sie bei der Realisierung!

- © wir informieren und stellen klar
- © wir haben den Überblick und entwickeln mit Ihnen individuelle, integrierte Konzepte
- © wir bringen Sie mit den Richtigen zusammen
- © wir sind unabhängig und bewerten die eingelangten Angebote

Wir sind der Einstieg in Ihre nachhaltige Energieversorgung.



AEE NÖ-Wien

Studie: Bioprodukte besser für Körper und Seele.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) beweist in seiner Großstudie, dass Bioprodukte besser sind als konventionelle. Damit geht der DNR in Stellung gegen die britische Studie der FSA, die das Gegenteil behauptet.

Ökoprodukte sind auch ernährungsphysiologisch besser als konventionell erzeugte, betonten Vertreter des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) bei der Vorlage der Ergebnisse des fünfjährigen europäischen Forschungsprojektes QLIF* heute in Berlin.

"Nach den Ergebnissen von QLIF enthalten Ökoprodukte bei verschiedenen Kulturen wie Kohl, Salat, Tomaten oder Kartoffeln gegenüber dem konventionellen Anbau deutlich höhere Gehalte an Antioxidantien, Vitaminen und bioaktiven Stoffen. Biomilch weist vor allem im Sommer 40 bis 60 Prozent mehr Omega-3-Fettsäuren und konjugierte Linolsäuren (CLA) sowie 30 bis 70 Prozent mehr Vitamine, Carotinoide und andere Antioxidantien auf", erläuterte Projektleiter Urs Niggli.

Diese Ergebnisse widerlegen die vor kurzem veröffentlichte Studie der britischen Food Standard Agency (FSA), die großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit erzeugt hatte.

Hauptursache für die besseren Ergebnisse der Ökoprodukte ist die organische Düngung, deren Wirkung bisher unterschätzt wurde. Sie erhöht gegenüber der mineralischen Düngung beim konventionellen Landbau nicht nur die Gehalte an bioaktiven Stoffen, sondern beeinflusst auch die Genexpression, die Eiweißprofile und die Konzentration von Stoffen, welche die Abwehrkräfte der Pflanzen stärken.

Sekundäre Pflanzenstoffe (oder bioaktive Stoffe) wirken im tierischen und menschlichen Körper als Antioxidantien. Das sind Substanzen, die als Radikalfänger im menschlichen Organismus bei der Infektionsabwehr entzündungshemmend wirken und das Risiko für bestimmte Krebs- und arteriosklerotische Erkrankungen verringern.

Bei der Biomilch spielt die artgerechte Fütterung der Tiere mit Gräsern und Kräutern eine wichtige Rolle für die Zusammensetzung der Milch. Die günstigere Zusammensetzung der Fettsäuren ist vorteilhaft für die menschliche Gesundheit. LDL-

Cholesterin-Werte lassen sich senken, die Verklumpung von Blutplättchen in den Blutgefäßen wird vermindert.

Kritik an britischer Studie

"Auffallend ist, dass die FSA-Studie kurz vor der Veröffentlichung der Ergebnisse des QLIF-EU-Forschungsprojektes erfolgte, natürlich ohne deren Erkenntnisse zu berücksichtigen", kritisierte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Zudem seien gezielt Studien ausgeschlossen worden, die den höheren Gehalt von bioaktiven Stoffen bei Bioobst belegten.

Heftige Kritik an der FSA-Studie übte auch Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, 1. Vizepräsident des DNR. "Problematische Rückstände von Pestiziden, Wachstumsregulatoren, Schwermetallen und Nitraten wurden erst gar nicht berücksichtigt, da sie nach Ansicht der FSA nicht relevant für die Ernährung seien. Dabei sind die negativen chronischen Wirkungen bereits geringer Konzentrationen dieser Schadstoffe für Kleinkinder längst bekannt", so Vogtmann. Die Ökoprodukte schneiden gerade bei diesen gefährlichen Substanzen sehr gut ab.

Der ökologische Landbau weist zudem im Gegensatz zur konventionellen Landwirtschaft positive Effekte für die biologische Vielfalt auf. Neben der Ausstattung mit naturnahen und miteinander vernetzten Flächen ist vor allem eine naturschonende Bewirtschaftung von Bedeutung. Biobetriebe haben wegen der gezielten Förderung von Nützlingen zur Schädlingsbekämpfung und den Bewirtschaftungsrestriktionen (Verzicht auf Pestizide und synthetische Düngemittel) einen höheren Anreiz, ökologische Ausgleichsflächen wie zum Beispiel Hecken anzulegen.

Durch den Verzicht auf die sehr energieaufwändige Herstellung und den Einsatz von Pestiziden und Mineraldünger leistet der Ökolandbau einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Durch den höheren Humusgehalt der Böden lässt sich beim Ökolandbau zudem mehr Kohlenstoff speichern als bei der konventionellen Bewirtschaftung. ■

WWF, Vattenfall und Germanwatch arbeiten zusammen

Es hat schon etwas besonderes, wenn ein Atomkraftwerksbetreiber, eine Umweltschutzorganisation und eine Watch-Dog Organisationen für Entwicklungspolitik in Sachen erneuerbare Energie zusammenarbeiten. Die Pannenserie des AKW Krümmel beweist auch, der Ausstieg aus der Atomkraft ist überfällig.

WWF, Germanwatch, Vattenfall Europe Transmission und TenneT engagieren sich erstmals gemeinsam für die vollständige Integration erneuerbarer Energien ins europäische Stromnetz, denn Europa braucht ein besseres Stromnetz für erneuerbare Energien.

Der gemeinsame Ansatz horcht auf den Namen "Renewables-Grid-Initiative (RGI)" und will den Ausbau von Produktions- und Hochspannungsnetz-Kapazitäten zur vollständigen Integration von zentral und dezentral erzeugter erneuerbarer Energie fördern.

Eine massive Steigerung der Integration erneuerbarer Energien ins europäischen Stromnetz wird notwendig, um die Klimaschutzziele der Europäischen Union (20 Prozent erneuerbare Energie bis 2020) zu erreichen und die angestrebte CO₂-Reduktion um mindestens 80 Prozent bis 2050 zu verwirklichen.

Daraus folgt, dass 35 Prozent des europäischen Stroms bis 2020 aus erneuerbaren Energien erzeugt werden müssen. Das erfordert eine grundlegende Erneuerung und Erweiterung der Netzinfrastruktur mit strategischen Stromtransportleitungen, die regenerativen Strom aus entlegenen Produktionsstandorten zu den Verbrauchszentren transportieren. Denn die konventionell erzeugte Energie ist nicht nur umstritten, sie verstopft auch die Leitungen und lässt nur mehr wenig Raum für vorwiegend dezentral eingespeisten Ökostrom.

Es geht daher um die Entwicklung intelligenter Stromnetze. Diese sind eine wesentliche Voraussetzung für die vollständige Integration erneuerbarer Energien sowohl aus dezentraler Produktion als auch aus großen Wind- und Solarkraftwerken. Insbesondere in Zeiten einer schwachen Konjunktur erhöht sich der Druck, die aus ökonomischen, ökologischen sowie geostrategischen Gründen unerwünschte Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu überwinden.

Die Vertreter der ersten vier Partner WWF, Germanwatch, Vattenfall Europe Transmission und TenneT unterzeichneten dazu der Tage in Berlin ein Memorandum of Understanding. Unterstützung findet dieses Projekt auch von den Grünen durch den grünen Energiesprecher und Glocalist-Autor Hans Fell.

Diese neuen Konstellationen zeigen deutlich, dass sich überkommene Strukturen und Denkweisen aus dem Kalten Krieg und Freund-Feind Schemata grundsätzlich aufzulösen beginnen, was grundsätzlich positiv einzuschätzen ist.

Derweil verriegeln Greenpeace-Aktivisten das Einfahrtstor zum Pannenreaktor Krümmel bei Hamburg. Sie fordern von der Atomaufsicht, dem Betreiber Vattenfall wegen Unzuverlässigkeit die Lizenz zu entziehen. Offenbar ist der Reaktor nur haarscharf an einem Trafobrand vorbeigeschrammt. Ein von Vattenfall vorgelegtes Foto zeigt, wie Öl aus zwei Lecks über eine zu drei Vierteln schwarze, offenbar verschmorte Seitenwand des Maschinentransformators rinnt.

Die Panne am 4. Juli hatte zur Schnellabschaltung geführt. Sie war die dritte innerhalb von zwei Wochen - und offenbar schwerwiegend: Wieder ein Kurzschluss im Trafo und Desinformationspolitik statt Aufklärung, sagt Mathias Edler, Atomexperte von Greenpeace. Die Parallelen zum Trafobrand im Jahr 2007 sind offensichtlich. ■

Manipulation: Nicht nur falsch – auch böse...

Greenpeace von BBC geleimt

Greenpeace ist empört über die gekürzte Version eines BBC-Interviews mit Gerd Leipold, Geschäftsführer von Greenpeace International. Denn darin werde die Hauptaussage dahingehend geschnitten, dass der Greenpeace-Geschäftsführer zugegeben hätte, dass die Warnungen vor der Eisschmelze in der Arktis eine Übertreibung, ja sogar eine Lüge sei, so Greenpeace.



GERD LEIPOLD BEIM BBC-INTERVIEW AM 4. AUGUST 2009

Anfang Dezember werden die Staats- und Regierungschefs der Welt in Kopenhagen über die Klimaschutzmaßnahmen der Zukunft entscheiden. Der massive Widerstand von Interessengruppen gegen ein solches Klimaschutzabkommen wächst vor allem in den USA. Dort wird von den Leugnern des Klimawandels, sogenannten Klimaskeptikern, auch nicht vor Manipulationen und Faktenklitterung zurückgeschreckt. Jüngstes Opfer der Angriffe wurde Gerd Leipold, Geschäftsführer von Greenpeace International.

Auf der Internetseite Big Hollywood veröffentlichten die Filmemacher Phelim McAleer und Ann McElhinney am Mittwoch exklusiv einen Blogeintrag über ein Interview von Gerd Leipold bei der BBC. Hauptaussage: Der Greenpeace-Geschäfts-

führer habe zugegeben, dass Warnungen vor der Eisschmelze in der Arktis eine Übertreibung, ja sogar eine Lüge seien. Doch die angeführten Beweise erweisen sich bei einem genaueren Blick als manipuliert und aufgebauscht. Das angefügte Video des BBC-Interviews ist eine von den Filmemachern überarbeitete Version des Originals. Nach einer Frage des Journalisten Stephen Sackur wurden 1:32 Minuten des Interviews herausgeschnitten. So antwortet Gerd Leipold nun auf eine ihm so in Wahrheit nicht gestellte Frage.

Als Hauptbeweis für angebliche Greenpeace-Übertreibungen muss ein Missverständnis zwischen Sackur und Leipold herhalten. Der BBC-Journalist versteht die Aussage in einem Greenpeace-Blog, dass bis 2030 die Arktis im Sommer eisfrei werde

(Ice free Arctic), als Prognose für das Abschmelzen auch des Landeises auf Grönland. Gemeint ist aber das von Klimawissenschaftlern prognostizierte Abschmelzen des Meereises im Sommer. Zwar reden auch Forscher im Englischen von arctic ice, wenn sie vom Abschmelzen des Meereises sprechen. Korrekterweise müsste es aber arctic sea ice heißen. Das könnte ein Fehler gewesen sein, wie Leipold zugibt. Die Filmemacher verdrehen diese Aussage Leipolds so, als nehme er damit alle Warnungen vor dem Klimawandel zurück.

Der Angriff auf Greenpeace ist Teil einer Marketingkampagne für den Film Not evil – just wrong, der am 18. Oktober veröffentlicht wird. McAleer und McElhinney, die Regisseure und Produzenten des Films sind, wollen damit die wahren Kosten der Klimawandel-Hysterie belegen. Auch bei Not evil – just wrong werden Interviews mit Klimaforschern verkürzt, und damit sinnentstellend gezeigt.

Skeptiker oder Lobbyisten?

Dass es einen vom Menschen verursachten Klimawandel gibt, ist eine Erkenntnis, die sich in Jahrzehnten durchgesetzt hat. Noch in den Neunzigerjahren verlief die Diskussion wesentlich kontroverser als heute. Seitdem ist die globale Erwärmung immer deutlicher hervorgetreten. Heute gibt es kaum noch Klimaforscher, die die Existenz des vom Menschen gemachten Klimawandels verneinen.

Nach wie vor gibt es jedoch eine kleine Gruppe sogenannter Klimaskeptiker. Sie sind vielleicht wirklich nicht von der Stichhaltigkeit der Datenlage überzeugt. Oder nicht bereit, einen Lebensstil in Frage zu stellen, der den Planeten ruiniert.

Oft aber stehen Lobbyisten aus Industrie und Wirtschaft hinter den Skeptikern. Das überrascht nicht wirklich. Wenn Menschen den Klimawandel verursachen, muss vom Menschen gegengesteuert werden. Wenn Öl und Kohle als Energieträger zur globalen Erwärmung führen, müssen sie durch umweltfreundlichere Energieträger ersetzt werden. Die Öl- und Koh-

leindustrie freut das nicht. Die Rolle des Ölmultis ExxonMobil (Esso) dabei ist längst belegt.

In den USA leisteten die organisierten Lobbyisten in den Neunzigerjahren ganze Arbeit. Dass die Vereinigten Staaten das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichneten, geht nicht zuletzt auf das Konto von Exxon bezahlter Klimaskeptiker. US-Klimaskeptiker waren es auch, die 1996 das European Science and Environment Forum (ESEF) gründeten - eigens zu dem Zweck, eine effektive europäische Klimaschutzpolitik zu verhindern. (Quelle Greenpeace: Autoren: Sigrid Totz & Jan Haase) ■

Links zu den TV-Versionen unter:

www.greenpeace.de/themen/klima/nachrichten/artikel/nicht_nur_falsch_auch_boese/

Am 19.8.09 wurde der 1. Welttag der humanitären Hilfe begangen

Das Leben der Helfer von UN- und NGO-Mitarbeitern ist immer öfter bedroht.

Noch nie kamen so viele Einsatzkräfte ums Leben wie dieses Jahr, 69 sind es bereits. Mit dem Welttag sollen alle humanitären Helfer geehrt werden.

Am 19. August wird erstmals der Welttag der humanitären Hilfe begangen. Diesem Datum kommt eine besondere Bedeutung zu, da am 19. August 2003 der UN-Sonderbeauftragte Sergio Vieira de Mello und 21 weitere Menschen bei einer verheerenden Bombenexplosion in Bagdad zu Tode kamen.

Karel De Gucht, EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, erklärte: „Der Welttag der humanitären Hilfe bietet die Gelegenheit, die humanitären Helden und Heldinnen zu ehren, die ihr Leben im humanitären Dienst verloren haben. Er ermöglicht es auch, die lebenswichtige Arbeit zu würdigen, die unser humanitäres Personal oft unter schwersten Bedingungen leistet, und auf die dringenden humanitären Bedürfnisse in der ganzen Welt aufmerksam zu machen, sei es in Sri Lanka, Pakistan, Sudan oder einem der vielen anderen Krisengebiete“.

Er fügte hinzu: „Meine Botschaft ist ganz einfach: Weder der Zivilbevölkerung noch den humanitären Helfern, die sich bemühen, sie zu unterstützen, darf ein Leid zugefügt werden. Die Grundsätze und Werte der humanitären Hilfe - Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit - sollten die Helfer schützen und ihnen ermöglichen, ungehindert ihre Arbeit zu tun, um die Not in aller Welt zu lindern“.

Das UNHCR sieht humanitäre Hilfe derzeit in einem schrecklichem Dilemma

Mit Blick auf den 1. Welttag der humanitären Hilfe, erklärte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres, die humanitären Helfer und deren Organisationen würden sich in einem schrecklichen Dilemma befinden. Die zunehmenden Bedrohungen gegenüber humanitären Helfer werfen die grundlegende Frage der Sicherheit von Mitarbeitern in risikoreichen Umgebungen auf.

"Wir sind immer noch geschockt über den brutalen Mord an unseren Mitarbeiter Zill-e-Usman, der vor kurzem im Katcha Gari Camp in einer Grenzprovinz im Nordwesten Pakistans von nicht indentifizierten Bewaffneten erschossen wurde. Er

ist damit der dritte UNHCR-Mitarbeiter, der in diesem Jahr in Pakistan getötet wurde.

Die aktuellen Todesfälle der humanitären Helfer werfen die grundlegende Frage der Sicherheit unserer Mitarbeiter in risikoreichen Umgebungen auf. Sie konfrontieren uns mit dem Hauptproblem aller humanitärer Organisationen: Wie können wir Menschen in größter Not bei ihrem Kampf ums Überleben beistehen und gleichzeitig die Sicherheit unserer Helfer gewährleisten?

Unsere Fähigkeit denen zu helfen, die diese Hilfe am dringendsten brauchen, wurde mehrfach unter Beweis gestellt in so genannten 'humanitären Grauzonen', in denen wir arbeiten müssen. Die Art der Konflikte verändert sich mit der zunehmenden Anzahl bewaffneter Gruppen, von denen einige offensichtlich humanitäre Helfer als legitime Angriffsziele betrachten.

Humanitäre Helfer arbeiten in den gefährlichsten Regionen der Welt und riskieren ihr Leben, um Menschen in größter Not zu helfen. Jede humanitäre Organisation und die UN insgesamt müssen die Sicherheit ihrer Mitarbeiter garantieren. Dies muss oberste Priorität genießen und ist nicht verhandelbar.

Einhergehend mit der Entwicklung bewaffneter Konflikte und der sich ändernden Einstellung einiger kriegführender Staaten, haben die gezielten Angriffe auf humanitäre Helfer zugenommen. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis, in einigen Situationen sogar ein Widerspruch zwischen der Sicherheit der Mitarbeiter und der zu leistenden humanitären Hilfe. UNHCR hat zunehmend Probleme, vorhandene Sicherheitsrisiken als zumutbar für seine Mitarbeiter einzustufen.

Dieser Gedenktag zeigt, welch' schreckliches Dilemma damit verbunden ist."

Allein im Jahr 2008 wurden weltweit 260 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen während ihres Einsatzes getötet, entführt oder bei Überfällen schwer verletzt. UNHCR hat bereits drei Todesfälle in 2009 zu beklagen. ■

World Humanitarian Day

KEY MESSAGES

1.

The humanitarian community's ability to respond rapidly, effectively and predictably to crises, natural or man made, has improved beyond all recognition in the last 20 years.

This is due largely to the dedication of the many thousands of aid workers who have devoted their lives to humanitarian work, matching idealism with action, and principles with practice. Their selfless and non-political endeavours are vital for the necessary acceptance by all concerned that assistance to the needy should be provided impartially and neutrally, without reference to religion, gender, or race.

2.

This inaugural World Humanitarian Day is in part dedicated to the memory of all those aid workers who have lost their lives while bringing assistance to others, the majority of them from the communities they are trying to help.

Among these dedicated professionals is one of the great humanitarians, Sergio Vieira de Mello, who died on this day in 2003 alongside 21 other colleagues in the Canal Hotel bombing in Baghdad. His memory should serve as an inspiration to all of us who carry out humanitarian work today, even as our assistance efforts in many places continue to be limited by increasingly violent frequent and targeted attacks on humanitarian staff.

3.

While much has been achieved, the challenges faced by many millions of people around the world are still formidable, and the need for principled and effective humanitarian action is greater than ever.

Humanitarian needs are growing faster than our ability to deal with them. Long-running and intractable conflicts are still exacting an unconscionable toll on civilians. Natural hazards are becoming increasingly severe and frequent. The international humanitarian community is facing new threats generated by the combined effects of global mega-trends: climate change, chronic poverty, the food and financial crises, water and energy scarcity, migration, population growth, urbanisation, pandemics.



Tango-Theater: L'amour fou?!

Die geliebte Stimme

„Die meisten leben in den Ruinen ihrer Gewohnheiten“ (Jean Cocteau). Und die Liebe nimmt den Hauptschauplatz ein als eines der nachhaltigsten Lebensmotive. Ein Tango-Theaterabend in der Lokhalle Schöneberg mit Mia Kaspari & Company.

Am 10.09.09 ist Premiere für die neueste Inszenierung von Mia Kaspari „L'amour fou?! Die geliebte Stimme“. Die Zuschauer erleben kein Fertigprodukt, sondern ein poetisches Theater, das Fragen aufwirft, Zutaten liefert und zum Träumen anregt.

Der Text. Der Monolog von Jean Cocteau, das letzte Telefonat einer Liebenden mit ihrem Geliebten, der sie verlassen hat, ist Grundbaustein der Performance und wird in Deutsch und Französisch gesprochen. Der Monolog ist ein Sinnbild dessen, zu welchen Gefühlslagen ein Mensch fähig ist, wenn er/sie liebt... Im Gegensatz zu Jean Cocteau lässt Mia Kaspari auch „die geliebte Stimme“ zu Wort kommen. Unterschiedliche Paarkonstellationen werden durchgespielt und der Zuschauer mit auf eine Reise genommen zu den verschiedenen Facetten der Liebe.

Die französische Sprache. Sie wird eingesetzt, um die Authentizität, die Melodie sowie die Poesie des Textes zu erhalten und den Stil Cocteaus aufzunehmen. Es wird auch französische Chansons geben, gesungen durch Dieter Rita Scholl.

Der Tango. Live gespielt von dem Tango Duo, Cordula Welsch (Geige) und Michael Dolak (Bandoneon) wird er als roter Faden durch den Abend führen. Lebenssehnsucht, Liebe und Tod, das Ringen der Geschlechter miteinander, Erotik, das Geben und Nehmen, nonverbale Kommunikation. Die existentiellen Themen reflektiert der Tango auf eine einzigartige Weise und die Choreographen und Tänzer Raffaella Tempesta und Michael Ihnow übersetzen ihn künstlerisch, interpretieren ihn überraschend neu und finden tänzerische Metaphern um die Poesie der Liebe einzufangen.

Die Videoprojektionen. Sie sind in weiteres Inszenierungselement, zeigen Interviews mit unterschiedlichsten Menschen,



von jung bis alt, von „prominent bis stinknormal“.

Infos, Termine & Reservierungen

Premiere: Donnerstag, 10.09.09

Eine weitere Aufführung am 11.09.09. Ab Donnerstag, 17.09. bis Samstag

31.10.2009, jeden Donnerstag, Freitag und Samstag.

Insgesamt gibt es 23 Aufführungen.

Einlass und Abendkasse: ab 19.30 Uhr.

Vorstellungsbeginn: 20.00 Uhr

Derniere: Samstag, 31.10.09

Karten & Reservierungen:

Eintritt: Vorstellungen mit Tango-Live-Musik
24,50 € / 12,50 € erm.

Parkeintritt 1,00 €

Reservierungen: Mia Kaspari & Company, mail@lamourfou.info
oder Theaterhaus Berlin: 030 – 280 419 66

Erreichbarkeit: S-Bahn 2/26 Priesterweg,
Busse 170, M76 und X76

Eingang: Nur direkt über den Zugang
am S-Bahnhof Priesterweg

Hinweis: Spielort nur mit festem Schuhwerk und warmer Kleidung betreten!

Web >> <http://www.lamourfou.info>

Glocalist Medien sind Medienpartner.

Verbraucher: EU-weites Klassifizierungssystem für Verbraucherbeschwerden soll die politische Reaktion auf Marktstörungen beschleunigen

Die Europäische Kommission hat heute den Entwurf einer EU-weiten Methode zur Klassifizierung und Meldung von Verbraucherbeschwerden vorgestellt und die Öffentlichkeit eingeladen, Kommentare dazu abzugeben. Die Zahl der Verbraucherbeschwerden ist ein Schlüsselindikator für das Funktionieren von Märkten. Rund die Hälfte der europäischen Verbraucher, die unzufrieden sind mit der Art und Weise, wie ein Gewerbetreibender auf eine Beschwerde reagiert hat, wenden sich an Dritte, etwa eine Verbraucherorganisation oder ein Regulierungsorgan. In Europa gibt es ungefähr 700 Beschwerdestellen, und die meisten von ihnen haben ihr eigenes Klassifizierungssystem. Deshalb ist es, auch auf nationaler Ebene, sehr schwierig, einen Überblick zu gewinnen. Mit dem heutigen Vorschlag wird angestrebt, dass Organisationen, die Verbraucherbeschwerden erfassen, in der ganzen EU eine vergleichbare Klassifizierungsmethode anwenden und ihre Daten dann der Kommission übermitteln. Nach entsprechender Analyse werden sich die EU-weit harmonisierten Daten nutzen lassen, um die Leistung verschiedener Branchen und nationaler Märkte für die Verbraucher zu beurteilen; den Behörden auf nationaler und auf EU-Ebene wird es dann möglich sein, sich rascher und effektiver mit denjenigen Märkten zu befassen, die den Bedürfnissen der Verbraucher nicht gerecht werden. Die Kommission wird das Feedback auf die Konsultation bei der endgültigen Gestaltung der Methode berücksichtigen. Die Verwendung des Klassifizierungssystems für Verbraucherbeschwerden durch die verschiedenen Organisationen wird freiwillig sein.

7. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1092&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Zum Lernen ins Ausland: Kommission startet öffentliche Konsultation zu Mobilitätsmöglichkeiten für junge Menschen

Die Europäische Kommission hat heute ein Grünbuch mit dem Titel „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ veröffentlicht. Sie möchte damit eine Debatte zu der Frage anstoßen, wie die Chancen junger Menschen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten durch einen Auslandsaufenthalt zu erhöhen, weiter verbessert werden können. Ein solcher Aufenthalt zum Studieren, Lernen, Arbeiten und im Rahmen von Freiwilligentätigkeiten stellt eine der grundlegenden Möglichkeiten dar, mit denen junge Menschen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern und ihre persönliche Entwicklung voranbringen können. Die Kommission startet mit diesem Grünbuch eine öffentliche Konsultation, die bis zum 15. Dezember 2009 dauern wird. Antworten können über einen Online-Fragebogen und in schriftlicher Form erfolgen.

8. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1096&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Kartellrecht: Kommission sieht weiteren Handlungsbedarf im Arzneimittelsektor

Der Markteintritt von Generika verzögert sich und die Anzahl neuartiger Arzneimittel auf dem Markt ist rückläufig. Zu diesem Ergebnis kommt die Europäische Kommission in ihrem Abschlussbericht über den Wettbewerb im Arzneimittelsektor. Die Sektoruntersuchung deutet darauf hin, dass auch bestimmte Unternehmenspraktiken für diese Entwicklung verantwortlich sind, ohne indessen auszuschließen, dass mitunter weitere Faktoren wie unzureichende Rechtsvorschriften dafür verantwortlich sind. Um dem abzuhelpen, will die Kommission ihre kartellrechtlichen Untersuchungen im Sektor intensivieren und auch Vergleichsvereinbarungen zwischen den Herstellern von Originalpräparaten und denen von Generika weiter prüfen. Die ersten kartellrechtlichen Untersuchungen wurden bereits eingeleitet. In ihrem Abschlussbericht appelliert die Kommission außerdem an die Mitgliedstaaten, Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Verbreitung von Generika erleichtern. Festgestellt wird weiter, dass so gut wie alle Akteure des Sektors ein Gemeinschaftspatent und eine europäische Sondergerichtsbarkeit für Patentsachen unterstützen.

8. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1098&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kartellrecht: Kommission verhängt je Euro 553 Millionen Geldbußen gegen E.ON und GDF Suez für Aufteilung von Gasmärkten in Frankreich und Deutschland

Die Europäische Kommission hat gegen E.ON AG und ihr Tochterunternehmen E.ON Ruhrgas AG (Deutschland) sowie gegen GDF Suez SA (Frankreich) Geldbußen in Höhe von insgesamt € 106 000 000 verhängt. Die Unternehmen hatten durch die Aufteilung von Märkten gegen das in Artikel 81 EG-Vertrag verankerte Verbot von Kartellen und wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen verstoßen. Die Geldbußen gegen E.ON/E.ON Ruhrgas und GDF Suez belaufen sich auf je € 53 000 000. Ruhrgas AG (jetzt E.ON Ruhrgas und Teil des E.ON-Konzerns) und Gaz de France (jetzt Teil von GDF Suez) hatten sich 1975 anlässlich des gemeinsamen Baus der MEGAL-Pipeline, über die russisches Gas nach Deutschland und Frankreich importiert wird, darauf geeinigt, kein über diese Rohrleitung transportiertes Gas im Inlandsmarkt des jeweiligen anderen Unternehmens zu verkaufen. Auch nach der Liberalisierung der europäischen Gasmärkte hielten die beiden Unternehmen an dieser Marktaufteilungsvereinbarung fest und rückten erst 2005 endgültig von ihr ab. Die Kommission verhängt hiermit zum ersten Mal Geldbußen aufgrund eines Kartellrechtsverstoßes im Energiesektor. Diese Entscheidung steht nicht im Zusammenhang mit dem anderen Fall, im Rahmen dessen GDF Suez kürzlich Verpflichtungsangebote vorgelegt hat.

8. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1099&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Verdachtspersonen in Strafverfahren haben Anspruch auf einen Dolmetscher/Übersetzer

Mit dem heute angenommenen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates sollen EU-weite Mindestnormen für das Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren eingeführt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass Personen, die einer Straftat verdächtigt werden und die die Verfahrenssprache weder verstehen noch sprechen, von dem Augenblick an, in dem ihnen der Verdacht mitgeteilt wird, bis zum Ende des Verfahrens – einschließlich etwaiger nächstinstanzlicher Verfahren – ein Dolmetscher beigelegt wird. Ebenso sollten sie Anspruch auf Übersetzung maßgeblicher Prozessunterlagen haben, um sicherzugehen, dass die gegen sie erhobenen Beschuldigungen von ihnen auch verstanden werden.

8. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1101&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Seeverkehr – Kommission bemüht sich um gemeinsame Maßnahmen zur Eindämmung der Wirtschaftskrise

Bei der Europäischen Kommission fanden zweitägige Gespräche mit Vertretern der Mitgliedstaaten, führenden Persönlichkeiten des Seeverkehrs und der Europäischen Investitionsbank statt, um die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf das Seeverkehrsgewerbe zu erörtern. Die Teilnehmer prüften gemeinsam, inwieweit europäische Maßnahmen Wirkung zeigen, die dem Sektor helfen sollen, die durch die Wirtschaftskrise verursachten Schwierigkeiten zu überwinden. Die Diskussionen fanden im Rahmen des jährlichen Treffens der Akteure und Experten für den Kurzstreckenseeverkehr und für Meeresautobahnen statt, an dem auch Vertreter der Beitrittsländer und EFTA-Länder sowie der Förderzentren für den Kurzstreckenseeverkehr teilnahmen.

8. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1104&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Union für den Mittelmeerraum: Kommission stockt ihren Beitrag zu prioritären Projekten auf

Anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung der Union für den Mittelmeerraum (am 13. Juli 2008 in Paris) kündigt die Europäische Kommission für 2009-2010 einen zusätzlichen Beitrag von 72 Mio. EUR zugunsten der Bereiche an, die die Staats- und Regierungschefs der EU und der Länder des Mittelmeerraums als prioritär festgelegt haben. Im Mittelpunkt werden die Sanierung der Umwelt im Mittelmeerraum, Meeresautobahnen und Autobahnen, alternative Energiequellen mit dem Mittelmeersolarplan als Schwerpunkt, Hochschulbildung und Forschung und Investitionsförderung stehen. Mit einem Teil der Mittel wird die Arbeit des Sekretariats der Union für den Mittelmeerraum unterstützt. Damit beläuft sich der Gesamtbetrag, den die Gemeinschaft seit Juli 2008 für die von der Union für den Mittelmeerraum festgelegten Prioritäten bereitgestellt hat, auf 90 Mio. EUR.

10. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäische Union auch 2008 wichtigster Entwicklungshilfegeber

In dem Jahresbericht 2009 zur Entwicklungszusammenarbeit und zur Außenhilfe im Jahr 2008 wurde die Position der Europäischen Union als wichtigster Geber bestätigt. Sie stellte 2008 fast 60 % der weltweiten Entwicklungshilfe bereit, und allein die Kommission hat mit insgesamt 12 Milliarden EUR über 20 % aller europäischen Entwicklungshilfemittel eingesetzt. Gleichzeitig wurden nicht nur die Qualität und Wirksamkeit der Hilfe, sondern auch die Transparenz und das Monitoring der Ergebnisse verbessert.

10. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1115&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäische Kommission und Industrie investieren 3,2 Mrd. EUR in wirtschaftliche Erholung für eine stärkere, umweltfreundlichere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft von Morgen

Die Europäische Kommission und die Industrie kündigten heute die erste Runde von Aufforderungen zur Einreichung von Forschungsvorschlägen an, mit denen 268 Mio. EUR in drei Schlüsselmarktbereiche fließen sollen, um so die Wirtschaft wieder anzukurbeln und sie nachhaltiger und wissensbasierter zu gestalten. Insgesamt sind 3,2 Mrd. EUR für öffentlich-private Partnerschaften in der EU vorgesehen, die neue Technologien im verarbeitenden Gewerbe, in der Baubranche und im Automobilsektor entwickeln sollen. Diese Kooperationen zwischen der Kommission und der Industrie werden die globale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen ausbauen, den übermäßigen Energieverbrauch von Gebäuden in Europa drosseln, der bis zum einem Drittel der CO₂-Emissionen der EU ausmacht, sowie neue und nachhaltige Formen des Straßenverkehrs entwickeln. Die drei geplanten Partnerschaften sind Bestandteil des Europäischen Konjunkturprogramms der Kommission, das vom Europäischen Rat im Dezember 2008 unterstützt wurde und darauf abzielt, das öffentliche Interesse mit den Forschungsplänen der Industrie in Einklang zu bringen.

13. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1116&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Umwelt : Ein Großteil der empfindlichsten Arten und Lebensräume in Europa ist gefährdet

Heute hat die Kommission einen Bericht über den Erhaltungszustand von über 1150 Arten und 200 Lebensraumtypen, die durch EU-Recht geschützt sind, veröffentlicht. Nur bei einem kleinen Teil dieser empfindlichen Lebensräume und Arten wurde ein guter Erhaltungszustand erreicht; die Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen verstärken, wenn sich diese Situation verbessern soll. Der Bericht, der sich auf den Zeitraum 2001-2006 erstreckt und die bislang umfassendste Übersicht über die biologische Vielfalt in der EU bietet, ist ein wichtiger Maßstab zur Abschätzung zukünftiger Trends. Grasland, Feuchtgebiete und Küstenräume sind am stärksten gefährdet, insbesondere wegen des Rückgangs der traditionell geprägten Landwirtschaft, wegen der Förderung des Fremdenverkehrs und wegen des Klimawandels. Es gibt aber auch einzelne Lichtblicke: So beginnen einige größere, bedeutsame Arten wie der Wolf, der eurasische Luchs, der Biber und der Otter bereits wieder, Teile ihrer früheren Lebensräume zu bevölkern. Viele Mitgliedstaaten haben erhebliche Mittel investiert, um eine genaue Überwachung vornehmen zu können, und die Berichtserstattung war trotz einiger Lücken ein großer Erfolg.

13. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1118&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission schlägt weitere Bankenrechtsänderung mit strengeren Eigenkapital- und Vergütungsvorschriften für Banken vor

Die Europäische Kommission hat eine weitere Änderung der EU-Eigenkapitalvorschriften für Banken vorgeschlagen, die darauf abzielt, die Banken zu einer strengeren Bewertung ihrer Handelsbuchrisiken zu verpflichten, die Eigenkapitalanforderungen für Weiterverbriefungen zu erhöhen, das Marktvertrauen durch striktere Pflichten zur Offenlegung von Verbriefungsrisiken zu stärken und die Banken zu soliden Vergütungspraktiken zu verpflichten, die eine übermäßige Risikobereitschaft weder fördern noch belohnen. Den neuen Vorschriften zufolge werden Banken, die bei Anlagen in hochkomplexe Weiterverbriefungen nicht nachweisen können, dass sie alle damit verbundenen Risiken kennen, Beschränkungen unterliegen, und werden die nationalen Aufsichtsbehörden die Vergütungspolitik der Banken überprüfen und für den Fall, dass diese den neuen Anforderungen nicht genügen, Sanktionen verhängen dürfen. Der Vorschlag, mit dem die bestehenden Eigenkapitalrichtlinien geändert werden sollen, ist Teil der Maßnahmen, die die EU in Reaktion auf die Finanzkrise eingeleitet hat. Er trägt der Konsultation der Mitgliedstaaten, der Bankaufsichtsbehörden und der Finanzbranche Rechnung und wird nun zur Beratung an das Europäische Parlament und den Ministerrat weitergeleitet.

13. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1120&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Staatliche Beihilfen: Bank Burgenland – Kommission bringt Österreich wegen Nichtrückforderung einer rechtswidrigen staatlichen Beihilfe vor den EuGH

Die Europäische Kommission hat nach den Beihilfevorschriften des EG-Vertrags beschlossen, Österreich wegen Nichtbefolgung der Kommissionsentscheidung vom 30. April 2008 (siehe IP/08/667 und MEMO/08/282) beim Europäischen Gerichtshof zu verklagen. Die Kommission hatte Österreich aufgefordert, eine rechtswidrige staatliche Beihilfe in Höhe von rund 41,5 Mio. EUR (zuzüglich Zinsen) von der österreichischen Versicherungsgruppe Grazer Wechselseitige (GRAWE) zurückzufordern. GRAWE hatte die Beihilfe im Zusammenhang mit der Privatisierung der Bank Burgenland erhalten. Bis heute ist Österreich dieser Aufforderung nicht nachgekommen.

14. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1134&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zum Schutz der finanziellen Interessen der EU

Die Europäische Kommission hat heute den Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft und zur Betrugsbekämpfung für 2008 vorgelegt. Darin sind die wichtigsten Maßnahmen beschrieben, die die Mitgliedstaaten und die Kommission 2008 zur Verbesserung der Betrugsprävention und -bekämpfung getroffen haben. Er enthält außerdem genaue Zahlenangaben zu den Unregelmäßigkeiten und vermuteten Betrugsfällen, die der Kommission 2008 von den Mitgliedstaaten gemeldet wurden. Auch wenn in verschiedenen Sektoren ein Anstieg der Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen war, ist die Anzahl der Fälle insgesamt doch rückläufig oder gegenüber 2007 unverändert; eine Ausnahme bilden die Heranführungshilfen. Auch das (geschätzte) Schadensvolumen der vermuteten Betrugsfälle ist 2008 generell zurückgegangen.

15. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1137&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zwölf europäische Autoren erhalten Literaturpreis der Europäischen Union

Die Europäische Kommission, der Europäische Buchhändlerverband, der Europäische Schriftstellerkongress und der Europäische Verlegerverband haben heute die Namen der zwölf europäischen Autoren bekanntgegeben, die den ersten Literaturpreis der Europäischen Union erhalten. Die Preise werden am 28. September in Brüssel überreicht. Der bekannte schwedische Bestseller-Autor Henning Mankell wird dieses Jahr als Botschafter für den Literaturpreis der Europäischen Union auftreten. Diese Aufgabe wurde ihm in Anerkennung seines Werkes und seines literarischen Erfolges angetragen.

16. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1146&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Finanzdienstleistungen: Kommission veröffentlicht Studie über Preise, Kosten und Volumen von Wertpapierhandel und Nachhandel

Die Europäische Kommission hat heute eine erste Studie der Beraterfirma Oxera Consulting Ltd. über Preise, Kosten und Volumen von Wertpapierhandel und Nachhandelsaktivitäten in der EU veröffentlicht. Die Erhebung, die in Zukunft regelmäßig durchgeführt werden soll, wird es der Kommission ermöglichen, die künftige Entwicklung von Preisen und Kosten zu verfolgen. Auf diese Weise kann sie besser beurteilen, wie ihre Politik sich in der Praxis auswirkt, und künftige Maßnahmen auf eine solide Basis stellen.

16. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1151&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommissionsvorschlag für mehr Transparenz bei Projekten für Investitionen in die EU-Energieinfrastruktur

Die Europäische Kommission hat heute einen Vorschlag für eine Verordnung verabschiedet, durch die genauere Informationen über Energieinfrastruktur-Investitionsvorhaben in der EU vorliegen sollen. Die voraussichtliche Entwicklung der Energieinfrastruktur in den wichtigsten Energiesektoren wie dem Erdölsektor (einschließlich Biokraftstoffe), dem Stromsektor (einschließlich Strom aus Kernenergie) und dem Erdgassektor, aber auch in verwandten Bereichen, z. B. im Bereich des Transports und der Speicherung von bei der Energiegewinnung entstehendem CO₂, soll dadurch transparenter gemacht werden. Transparenz bei geplanten und laufenden Investitionsvorhaben kann bei der Bewertung der Frage helfen, ob in den nächsten Jahren Infrastrukturlücken drohen, da älter werdende Infrastrukturkapazitäten in erheblichem Umfang erneuert bzw. neue Kapazitäten gebaut werden müssen, damit ein Energiemix mit niedrigem CO₂-Ausstoß Wirklichkeit werden kann.

16. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1152&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Abfall : Kommission setzt Ultimatum für nicht konforme Abfalldeponien in der EU

Heute läuft die Frist für die Anpassung nicht konformer Abfalldeponien in der Europäischen Union an die EU-Regeln ab. Die Mitgliedstaaten hatten acht Jahre Zeit um sicherzustellen, dass Deponien, die bereits vor dem Inkrafttreten der europäischen Rechtsvorschriften über Abfalldeponien bestanden, an die Bestimmungen angepasst oder geschlossen werden. Die Kommission hat alle Mitgliedstaaten schriftlich an ihre Verpflichtungen erinnert und um entsprechende Konformitätsdaten gebeten. Werden Verstöße gegen die Rechtsvorschriften festgestellt, so ist mit Rechtsverfahren zu rechnen. Nicht konforme Abfalldeponien bilden eine Bedrohung für die Gesundheit der Bürger und die Umwelt. Sie können Emissionen und Gerüche verursachen, Boden und Wasser verunreinigen und das Grundwasser verschmutzen. Ab heute müssen die Mitgliedstaaten außerdem die zu deponierenden Mengen biologisch abbaubarer Siedlungsabfälle im Vergleich zu 1995 um die Hälfte reduzieren.

16. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission begrüßt Empfehlungen des ersten Tätigkeitsberichts der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG)

EU-Energiekommissar Piebalgs begrüßte den ersten Tätigkeitsbericht der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (European Nuclear Safety Regulators Group – ENSREG), den der Vorsitzende Stritar heute vorlegte. Übergeordnetes Ziel der Gruppe ist es, zum Erhalt und zur weiteren Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen sowie zur sicheren Entsorgung abgebrannter Brennstoffe und radioaktiver Abfälle beizutragen. Der Bericht enthält die Erörterungen und Empfehlungen der Gruppe zu den Themen nukleare Sicherheit, Abfallentsorgung und Transparenz. Er würdigt den positiven, bedeutenden Beitrag, den im ENSREG-Rahmen in den vergangenen zwei Jahren zur Verbesserung der Kommunikation und des Informationsaustausches zwischen den europäischen Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit geleistet wurde.

17. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1158&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Krise im Milchsektor: EU-Kommission schlägt Stabilisierungsmaßnahmen für den Milchmarkt vor

Die Europäische Kommission wird weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Milcherzeuger in der EU zu unterstützen und den Milchmarkt zu stabilisieren. In ihrem heute veröffentlichten Bericht über die Lage auf dem Milchmarkt beschreibt die Kommission den Katalog der verfügbaren Maßnahmen, um die derzeit sehr schwierige Marktsituation abzumildern. Die Kommission will dabei weiter auf Instrumente, wie Interventionsankäufe, Beihilfen für die private Lagerhaltung sowie Ausfuhrerstattungen, zurück greifen. Ferner sollen die Direktzahlungen an die Landwirte früher geleistet werden. Die Kommission hat auch eine neue Serie von Absatzförderungsprogrammen für Milcherzeugnisse auf den Weg gebracht. Weitere mögliche Maßnahmen könnten darin bestehen, dass die von den Milcherzeugern bei Quotenüberschreitung erhobene Abgabe zur Finanzierung einer Regelung für die freiwillige Aufgabe der Milcherzeugung verwendet und dass der vorübergehende Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Überwindung der Kreditklemme auf Landwirte ausgedehnt wird. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten nach den letztjährigen Beschlüssen des GAP-Gesundheitschecks die Möglichkeit, bestimmte Beihilfemittel auf prioritäre Gruppen im Milchsektor umzuverteilen, und außerdem bestehen eine Reihe von Möglichkeiten zur Förderung der Milcherzeuger im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums. Die Kommission prüft daneben weiterhin, ob etwaige wettbewerbswidrige Praktiken in der Lebensmittelversorgungskette und insbesondere im Milchsektor vorliegen. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni wird die Kommission allerdings nicht die bereits getroffenen Beschlüsse zur Milchquotenregelung antasten..

22. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1172&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Europäische Forschungsrat auf dem Prüfstand: EU-Kommission begrüßt Bericht des Prüfungsgremiums

EU-Kommissar Janez Potočnik nahm heute den Bericht über die Prüfung der Strukturen und Verfahrensabläufe des Europäischen Forschungsrats (ERC) von der Vorsitzenden des Prüfungsgremiums Professorin Vaira Vike-Freiberga in Empfang. Dieser Bericht ist das Ergebnis einer eingehenden Untersuchung des ERC durch ein hochrangiges unabhängiges Expertengremium. Die Kommission wird bis Oktober 2009 zu den Empfehlungen des Berichts Stellung beziehen und ihre Vorschläge für die Zukunft des ERC vorlegen. In dem Bericht werden die beachtliche Bilanz des ERC und seine ausschlaggebende Rolle im Europäischen Forschungsraum herausgestellt. Gleichzeitig wird betont, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit sich der anfängliche Erfolg auch fortsetzt.

23. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1184&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU stellt 28 Mio. EUR zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse bereit

Die Europäische Kommission hat 16 Programme aus 12 Mitgliedstaaten (Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien und Vereinigtes Königreich) genehmigt, mit denen in der Europäischen Union über landwirtschaftliche Erzeugnisse informiert und deren Absatz gefördert werden soll. Die Programme, die eine Laufzeit von ein bis drei Jahren haben, sind mit insgesamt 62,1 Mio. EUR ausgestattet, an denen sich die EU mit 27,8 Mio. EUR beteiligt. Die ausgewählten Programme betreffen ökologische Erzeugnisse, Milcherzeugnisse, Fleisch, Wein, Obst und Gemüse, Olivenöl, Honig und Blumen.

23. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1186&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

72 % der Europäer setzen große Hoffnungen auf die EU im Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Aus einer neuen, heute veröffentlichten Studie geht hervor, dass 61% der Europäer überzeugt sind, dass der Höhepunkt der Wirtschaftskrise noch nicht erreicht ist. Ein Drittel der Erwerbstätigen sind „sehr besorgt“, dass sie aufgrund der Krise ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. 72 % der Befragten denke jedoch, dass die EU eine positive Rolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit spielt. Ein Drittel der Befragten kennt den Europäischen Sozialfonds und damit das Hauptinstrument, mit dem die EU in Arbeitnehmer investiert.

24. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1187&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission zieht Bilanz der Fortschritte im Bereich nachhaltige Entwicklung

In den letzten Jahren hat die Europäische Union das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in zahlreiche ihrer politischen Strategien aufgenommen. Sie hat sich zur Vorreiterin insbesondere bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Förderung einer Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß gemacht. Trotzdem setzen sich in einigen EU-Bereichen nicht nachhaltige Trends fort, und die Anstrengungen müssen verstärkt werden. Drei Jahre nach Inkraftsetzung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung legt die Kommission eine Bilanz der Trends auf europäischer Ebene vor und gibt Anstoß zu einem Nachdenken über deren Zukunft.

24. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1188&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU macht neue Frequenzen für neue, schnellere Mobilfunkdienste frei

Europa ist heute auf dem Weg zu einer neuen Generation von Mobilfunkdiensten einen wichtigen Schritt vorangekommen. Nach dem Europäischen Parlament billigte heute auch der Ministerrat einen Vorschlag der Europäischen Kommission zur Modernisierung einer europäischen Rechtsvorschrift – nämlich der sog. GSM-Richtlinie – hinsichtlich der Nutzung der Funkfrequenzen, die für Mobilfunkdienste benötigt werden. Die GSM-Richtlinie von 1987 reserviert einen Teil des 900-MHz-Bands für GSM-Netzzugangssysteme (Global System for Mobile oder anfänglich Groupe Spécial Mobile) wie beispielsweise Mobiltelefone. Die neugefasste Richtlinie erlaubt nun die Nutzung des 900-MHz-Bands auch für die Bereitstellung schnellerer europaweiter Dienste wie mobiles Internet, ohne aber den Fortbestand der GSM-Dienste in Frage zu stellen. Diese neue Flexibilität wird einen stärkeren Wettbewerb auf dem europäischen Telekommunikationsmarkt fördern und zu einer schnelleren und größeren Verbreitung drahtloser Breitbanddienste beitragen, die als eine der Triebfedern des Wirtschaftsaufschwungs gelten. Dank der Reform der GSM-Richtlinie werden Einsparungen der Branche von bis zu 1,6 Mrd. € erwartet. Die geänderte Richtlinie wird voraussichtlich im kommenden Oktober in Kraft treten. Die Kommission hatte die Überarbeitung der GSM-Richtlinie parallel zur Reform des für die Telekommunikation geltenden EU-Rechtsrahmens vorgeschlagen. Die neugefasste GSM-Richtlinie ist die erste von mehreren wichtigen Richtlinien im Telekommunikationssektor, über die verhandelt wurde. Die Einigung zwischen Parlament und Rat ebnet nun den Weg für eine stärkere drahtlose Wirtschaft.

27. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1192&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kartellrecht: Kommission leitet öffentliche Anhörung zur Überprüfung der Wettbewerbsvorschriften für den Vertriebssektor ein

Die Europäische Kommission bittet um Stellungnahmen zu ihrem Vorschlag für eine geänderte Gruppenfreistellungsverordnung und geänderte Leitlinien für Liefer- und Vertriebsvereinbarungen (vertikale Beschränkungen). Die geltende Verordnung tritt im Mai 2010 außer Kraft. Die Kommission ist in Anbetracht ihrer Erfahrungen mit der Anwendung der Verordnung und der Leitlinien sowie der Stellungnahmen von Marktteilnehmern der Auffassung, dass die Vorschriften sich insgesamt bewährt haben und nicht grundlegend geändert werden sollten. Mit den Änderungsvorschlägen soll im Wesentlichen den Marktentwicklungen der letzten Jahre Rechnung getragen werden, vor allem der gewachsenen Nachfragemacht großer Einzelhandelsunternehmen und der Entwicklung des Online-Vertriebs. Interessierte Unternehmen und Personen werden gebeten, ihre Stellungnahme bis zum 28. September 2009 vorzulegen.

28. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1197&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weniger Diskriminierung am Arbeitsplatz durch EU-Rechtsvorschriften über die Geschlechtergleichstellung: neuer Bericht

Wie aus einem heute genehmigten Bericht der Europäischen Kommission hervorgeht, haben die Beschäftigten von den EU-Rechtsvorschriften profitiert, da diese einen umfassenderen Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts gewähren und klarere Definitionen des Begriffs „Diskriminierung“ enthalten. Die Durchführung der Richtlinie 2002/73/EG ist bislang generell zufriedenstellend verlaufen, wenngleich noch nicht alle Länder ihre Vorschriften mit den EU-Anforderungen in Einklang gebracht haben. Der Bericht nennt Hauptprobleme und bewährte Verfahren bei der Durchführung der Richtlinie, mit der die Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen vorangetrieben werden soll.

29. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1202&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

„Ozean von morgen“ – 34 Mio. EUR Fördergelder für multidisziplinäre Forschungsvorhaben, die dazu beitragen sollen, maritime Tätigkeiten und die Erhaltung von Meeren und Ozeanen miteinander in Einklang zu bringen

Die Europäische Kommission hat heute eine Aufforderung zur Einreichung von Forschungsvorschlägen zum Thema „Ozean von morgen“ veröffentlicht. Die Ozeane bedecken über 70 % der Erdoberfläche, doch sie geraten immer stärker unter Druck durch vom Menschen verursachte Umweltbelastungen. Dies ist eine Gefahr sowohl für marine Ökosysteme als auch für nachhaltige maritime Tätigkeiten. Mit Hilfe dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen soll untersucht werden, wie arktische und marine Ökosysteme auf eine Kombination natürlicher und vom Menschen verursachter Faktoren reagieren. Dadurch soll eine wissenschaftliche Grundlage für ein nachhaltiges Management, flankierende Strategien und mögliche damit verbundene Technologien geschaffen werden. Bis zu 34 Mio. EUR werden für große multidisziplinäre Forschungsvorhaben bereitgestellt, an denen Partner aus verschiedenen Ländern und Forschungsbereichen teilnehmen. Dies ist ein konkretes Beispiel für den interdisziplinären Ansatz, der in der im September 2008 verabschiedeten Europäischen Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung empfohlen wurde.

30. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1206&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ein wichtiger Beitrag zur Finanzstabilität: Europäischer Markt für Credit Default Swaps (CDS) wird sicherer

Ab heute unterliegen Credit Default Swaps (CDS) auf europäische Unternehmen und auf diesen basierten Indizes dem Clearing durch zentrale Gegenpartei-Clearingstellen (CCP), die in der EU nun reguliert sind. Dadurch wird die Finanzstabilität gestärkt, indem ein besseres Risikomanagement für europäische CDS gewährleistet wird. Auch wird auf den Aufruf von Kommissar McCreevy reagiert, der eine Reduzierung der auf diesem Markt vorhandenen Risiken forderte (siehe SPEECH/08/538). Bei den CDS handelt es sich um Finanzprodukte, die den Käufer gegen Verluste bei einem Kreditereignis (z.B. einem Ausfall) absichern sollen, die ein bestimmtes Unternehmen erleidet. Bislang wurden sie lediglich auf bilateraler Ebene zwischen dem Käufer und dem Verkäufer gemanagt.

31. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1215&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Staatliche Beihilfen: Kommission gibt grünes Licht für deutsche Bad-Bank-Regelung

Die Europäische Kommission hat nach den Beihilfevorschriften des EG-Vertrags eine deutsche Regelung genehmigt, durch die der Finanzmarkt in Deutschland weiter stabilisiert werden soll. Die Regelung ergänzt das deutsche Rettungspaket für Finanzinstitute, das im Oktober 2008 von der Kommission genehmigt wurde (vgl. IP/08/1589), und soll Finanzinstituten die Möglichkeit geben, ihre faulen Wertpapiere auf Zweckgesellschaften zu übertragen. Sie erfüllt die Kriterien der Mitteilung der Kommission über die Behandlung wertgeminderter Aktiva (vgl. IP/09/85). So ist gewährleistet, dass die Wertminderungen vor der Übertragung der Wertpapiere in transparenter Weise offengelegt werden. Ferner müssen die Wertpapiere auf der Grundlage des tatsächlichen wirtschaftlichen Wertes bewertet werden. Bei den mit der Übertragung verbundenen Kosten ist für eine angemessene Lastenverteilung zu sorgen, und die Begünstigten müssen eine angemessene Vergütung zahlen. Anträge auf Entlastung sind binnen sechs Monaten ab Einführung der Regelung zu stellen.

31. JULI 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1216&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommissionsbericht: Digitale Wirtschaft kann Europa aus der Krise führen

Der heute veröffentlichte Bericht der Europäischen Kommission über die digitale Wettbewerbsfähigkeit Europas verdeutlicht die großen Fortschritte, die Europa seit 2005 im digitalen Sektor gemacht hat: 56 % der Europäer nutzen heute regelmäßig das Internet, 80 % von ihnen über einen schnellen Internetanschluss (gegenüber nur einem Drittel im Jahr 2004). Damit steht Europa in Bezug auf das Breitband-Internet an der Weltspitze. Mit mehr Mobilfunknutzern als Einwohnern (Verbreitungsgrad 119 %) ist Europa der weltweit erste wirklich „mobile“ Kontinent. Europa kann aber noch mehr, denn eine neue Generation „digital gewiefter“ junger Europäer entwickelt sich zu einem starken Wachstums- und Innovationsmotor für die europäischen Märkte. Wenn sich Europa nachhaltig aus der Wirtschaftskrise erholen will, muss es das Potenzial der digitalen Wirtschaft ausschöpfen. Die Kommission stellt daher heute öffentlich zur Diskussion, welche Strategie die EU verfolgen sollte, um die digitale Wirtschaft voll auf Touren zu bringen.

4. AUGUST 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1221&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt befristete Regelung Deutschlands zur Vergabe zinsvergünstigter Kredite an Hersteller umweltfreundlicher Produkte

Die Europäische Kommission hat nach den EG-Beihilfevorschriften eine Regelung genehmigt, in deren Rahmen zinsvergünstigte Kredite an Unternehmen vergeben werden dürfen, die in die Herstellung umweltfreundlicher Produkte investieren. Die Regelung ist Teil des deutschen Pakets zur Bewältigung der derzeitigen Wirtschaftskrise. Sie ermöglicht es den Behörden auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene bis zum 31. Dezember 2010 Darlehen zu vergeben, für die bis zum 31. Dezember 2012 ermäßigte Zinssätze erhoben werden dürfen. Die Regelung steht mit dem Vorübergehenden Beihilferahmen der Gemeinschaft in Einklang, der den Mitgliedstaaten zusätzliche Möglichkeiten eröffnet, den Unternehmen im Rahmen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise die Kapitalbeschaffung zu erleichtern (siehe IP/08/1993). So respektiert die Regelung insbesondere die im Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen festgelegten Mindestzinssätze und Umweltschutzanforderungen und gilt nur für Unternehmen, die sich vor dem 1. Juli 2008 nicht in Schwierigkeiten befanden. Daher ist sie mit Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe b EG-Vertrag vereinbar, dem zufolge Beihilfen zulässig sind, wenn sie der Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats dienen.

5. AUGUST 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1223&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission setzt neues Ziel für die Informationsgesellschaft: Kompetenz im Umgang mit neuen Medien

Die Art und Weise, wie wir Medien nutzen, verändert sich, das Informationsangebot ist enorm und verlangt von uns mehr, als lesen, schreiben und mit einem Computer umgehen zu können. Die Europäische Kommission verwies heute darauf, dass Europäer, ob alt oder jung, Gefahr laufen, die Vorteile der heutigen High-tech-Informationsgesellschaft ungenutzt zu lassen, sofern nicht mehr getan wird, ihre Medienkompetenz so weit zu erhöhen, dass sie Bild, Ton und Text abrufen, auswerten und bewerten sowie traditionelle und neue Medien zur Kommunikation nutzen und Medieninhalte schaffen können. Die Kommission fordert die EU-Länder und die Medienbranche auf, sich stärker bewusst zu machen, welche Fülle von Medienbotschaften - Werbung, Filme oder Online-Inhalte - Menschen bewältigen müssen.

20. AUGUST 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1244&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>